

FCL

NEUERSCHEINUNG!

SOMOSNICARAGUAS FRAUEN ZWISCHEN
ALLTAG UND BEFREIUNG

"Somos" - "Wir sind" ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Schwierigkeiten und Erfolgen, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseindrücke, Comics und Fotos in diesem "Lesebuch" informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den "machismo"
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- und viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Das Buch hat ca. 260 Seiten und kostet DM 12,80

Es erscheint im Februar 1984

Subskriptionspreis DM 10,- bei Bestellungen gegen Vorauskasse (Verrechnungsscheck der Bestellung beifügen) bis 15. 2. 1984 an LN-Vertrieb Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

EL PARCIAL

LA INTERNACIONAL SOCIALISTA EN CENTROAMERICA

EL PARCIAL - Heft 11 (Dezember 1983)

Das Heft umfaßt 138 Seiten, davon 122 Seiten Pressedokumentation. Die Texte sind überwiegend in spanischer Sprache, wobei vor allem mexikanische und mittelamerikanische Publikationen berücksichtigt wurden; daneben wurden auch Quellen in deutscher und englischer Sprache aufgenommen.

Inhaltliche Gliederung: Die Offensive der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika/Versuch der Einflußnahme auf mittelamerikanische Befreiungsbewegungen/Die PLN Costa Ricas: eine vermeintlich sozialdemokratische Partei im Schlepptau Reagans/Die SI und Guatemala: Mißachtung der Befreiungsbewegungen/Die SI und El Salvador: Halbherzige Unterstützung des revolutionären Prozesses/Die SI und Nicaragua: entschiedene verbale Unterstützung und geringfügige materielle Hilfe.

Das Heft kostet 10,00 DM + Porto und ist zu beziehen über Doris Hermes, Kielortallee 4, 2 Hamburg 13.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

DICIEMBRE DE 1983 11

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 122

11. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Januar 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

HONDURAS / EL SALVADOR: Keine Verlegung der Flüchtlinge! — **ARGENTINIEN:** Kein Putsch mehr — **COSTA RICA:** Soziale Konflikte — **NICARAGUA:** Knute der Contadora — **GRENADA:** "Wissenschaftlich entschieden" — **MEXICO:** Umweltzerstörung und Ökologiediskussion

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— ARGENTINIEN: "Es wird keine Putsche mehr geben"	4
— URUGUAY: Weg mit der Militärdiktatur	9
— CHILE: Die chilenische Opposition im Parque O'Higgins	11
Schluß mit dem CInlsmus	13
— PERU: Die Kommunalwahlen und die Vereinigte Linke	16
— KOLUMBIEN: Movimiento 19 de Abril (III)	25
— GRENADA: "Wissenschaftlich entschieden"	35
— NICARAGUA: Unter der Knute der Contadora	39
Kakao gegen Contra	42
— COSTA RICA: Soziale Konflikte zerstören die Mythen	45
— HONDURAS / EL SALVADOR: Keine Verlegung	
der Flüchtlinge	52
Liebe Brüder und Schwestern in aller Welt!	56
Aufruf an die Leser der LN	59
— MEXICO: Der Urwal der sich in Hamburger verwandelt	60
Mexico-Stadt: die letzten Wälder	
werden geplündert	66
— SCHULDEN: Die internationale Verschuldung (III)	68
— SOLIDARITÄT: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua — Waffen	
für El Salvador	73
Aufruf	75
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	77
— REZENSIONEN	79

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Redaktionsschluß dieser Nummer: 15. Dezember 1983

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährlich berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postcheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft

Am 13.12 sind die ersten beiden deutschen Gesundheitsteams nach Nicaragua abgereist. Mit ihrem Namen "Brigada Zompopera" nehmen sie Bezug auf den Ort, an dem am 30. April 1983 15 Nicaraguaner und Tonio Pflaum von somozistischen Banden ermordet wurden. Die zwölf Krankenschwestern, Hebammen, Ärztinnen und Ärzte werden für drei bis sechs Monate in Nicaragua in ländlichen Gesundheitseinrichtungen arbeiten und damit nicaraguanisches Gesundheitspersonal ersetzen, das zur Landesverteidigung abgezogen werden mußte. Wir meinen, daß diese Form von Solidarität die praktischste, effektivste und damit sinnvollste ist, die zur Zeit von der internationalen Solidaritätsbewegung geleistet werden kann. In den nächsten Tagen wird auch die erste Gruppe mit Erntehelfern aus der BRD nach Nicaragua fliegen. Wir werden in den nächsten Heften aus Nicaragua über die Arbeit der Genossinnen und Genossen berichten.

In alter, schlechter Manier stand in der westdeutschen Solidaritätsbewegung wiederum nicht diese konkrete Aktion im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Von solidarischer Auseinandersetzung konnte schon gar nicht die Rede sein. Man zog sich an den unterschiedlichen Aufrufen der verschiedenen Initiativen hoch. Wir gehen auf den Konflikt in dem Artikel "Arbeitsbrigaden für Nicaragua - Waffen für El Salvador?" ein. Kurz vor Redaktionsschluß erreichten uns die Meldungen über das Kommuniqué der FPL aus El Salvador, in dem dem ehemaligen Vorsitzenden dieser Partei, Salvador Cayetano Carpio ("Marcial") der Mord an der Kommandantin "Ana Maria" zugeschrieben wird. Der Widerlichkeit des Mordes folgt die Widerlichkeit der Auseinandersetzung in der salvadoreanischen Guerilla. In bekannter stalinistischer Manier wird ein Sündenbock vorgestellt, dem man "Feigheit", "Abwechslertum" und "mangelnde Fähigkeit zur Selbstkritik" unterstellt; die ehemals legendäre Figur Marcial wird im Handumdrehen zum Verräter gestempelt, um jeder Diskussion über die Strukturen der politischen Diskussion innerhalb der Bewegung zu entgehen. DIESE Art der "Aufklärung" war es sicher nicht, die wir im Sommer dieses Jahres von der FMLN gefordert hatten. Aber es zeigt uns einmal mehr, daß sich die Aktivitäten der westdeutschen Solidaritätsbewegung nicht nur auf die materielle Unterstützung des bewaffneten Kampfes beschränken dürfen. Die Befreiungsbewegung selbst und die Militarisierung ihrer politischen Kultur müssen in Zukunft noch stärker ins Zentrum unserer politischen Diskussionen gerückt werden. Damit werden wir dem Anspruch einer "kritischen Solidarität" eher gerecht, als mit dem ängstlichen Ausblenden der Tatsache, daß sich stalinistische Tendenzen in der FMLN durchzusetzen scheinen. Wir werden in der nächsten Nummer auf diesen Konflikt eingehen.

Auf einer ähnlichen Ebene liegt der Abdruck eines Dokumentes, das wir lieber nicht gedruckt haben müßten: Die Auszüge aus dem Protokoll der letzten ZK-Sitzung des New Jewel Movements in Grenada. Es ist nicht die Übersetzung in die deutsche Sprache, das dieses Protokoll zu einem Horrordokument macht. Es ist die Wiedergabe der auch von uns oft unterschätzten Realität eines "Marxismus-Leninismus", der mit dem Anspruch, die Interessen des Volkes zu vertreten, auf die primitive Ebene der stalinistischen Liquidierung herabbrutscht.

Der Wahlsieg der "Radikalen Bürgerunion" mit ihrem Präsidenten Alfonsín in Argentinien scheint eine neue Ära der demokratischen Öffnung im Cono Sur einzuleiten. Fest steht schon heute, daß der neugewählte Präsident mit seinen Ankündigungen konsequenter Schritte gegen die Verantwortlichen der blutigen Militärdiktatur Wirkungen über die Grenzen Argentiniens hinaus erzeugt. Allein in Montevideo gingen vor einiger Zeit 400 000 Menschen auf die Straße, um für die Rückkehr der Demokratie zu kämpfen. 400 000 Menschen, das sind 15% der gesamten Bevölkerung Uruguays. Wenn auch heute noch niemand sagen kann, was diese bereits erreichten oder zu erwartenden Öffnungen bringen werden, so steht für uns doch fest, daß die Ära der diktatorischen Militärregimes im südlichen Lateinamerika ihrem Ende entgegengeht. Wir werden diesen Prozeß mit Sympathie und Aufmerksamkeit verfolgen.

ARGENTINIEN

"Es wird keinen Putsch mehr geben"

Autogeheupe, Tänze auf den Straßen, begeisterte Solidaritätsdemonstrationen, Wohlwollen im Ausland- Argentinien kehrt zur Demokratie zurück. Nach den Wahlen am 30.10.1983, aus denen die Radikale Bürgerunion (UCR) als die stärkste Partei hervorging, gaben die Militärs die Macht nun früher als geplant ab, nämlich schon am 10.12. statt im Frühjahr 1984. Nach fast achtjähriger Militärdiktatur übernimmt nun wieder ein demokratisch gewählter Präsident das Ruder in einem Augenblick, in dem Argentinien vor nahezu unlöslichen wirtschaftlichen und innenpolitischen Problemen steht...



Alfonsín bei der Stimmabgabe

Die Wahlen

Die Wahlen, in denen sich die UCR und die "peronistische Gerechtigkeitspartei" (Partido Justicialista, PJ) als stärkste Parteien gegenüberstanden, endeten mit einer für viele inländische und ausländische Beobachter überraschenden Niederlage für die Peronisten. Sie, die im Wahlkampf noch die "peronistische Dreieinigkeit" von Juan, Eva und Isabel Perón heraufzubeschwören versuchten, erhielten nur 39% der Stimmen, der Kandidat der UCR, Raul Alfonsín, dagegen 52%. Dabei ist auffallend, daß die Peronisten nur im Norden und Nordwesten, den ärmeren Gebieten, die Mehrheit der Stimmen erhielten. In ihren traditionellen Hochburgen, den stark industrialisierten Zonen in und um Buenos Aires, schnitten sie besonders

schlecht ab.

Über das, was die Regierung Alfonsíns nun genau machen wird, kann man im Augenblick natürlich nur spekulieren. Es zeichnen sich jedoch schon allgemeine Tendenzen seiner Politik in den z.Z. wichtigsten Bereichen, nämlich der Wirtschaftspolitik, der Frage der zukünftigen Rolle des Militärs und der Frage der Verschwundenen, ab.

Zur Wirtschaftspolitik

Mit Sicherheit wird sich die neue Regierung von der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Militärs, die Argentinien an den Rand des Ruins führte, abwenden. Erste Maßnahme Alfonsíns war ein 40tägiger Preisstopp, der der Regierung Zeit für die Ausarbeitung eines konkreten Programms geben soll. Wirtschaftsminister der neuen Regierung wird Bernardo Grinspun, ein Anhänger des keynesianischen Modells. Das bedeutet, daß die Wirtschaft durch Steigerung der Nachfrage wieder in Gang gebracht werden soll. Die Reaktivierung der Wirtschaft soll durch schrittweise Realloohnerhöhung und gezielte Kredite an die produktiven Unternehmen vorangetrieben werden; außerdem soll der Staat bei der "Re-Industrialisierung" eine aktive Rolle spielen.

Durch Steigerung des Exports soll das gewaltige Devisenloch gestopft werden, denn Devisen werden dringend für die Bezahlung der Auslandsschulden benötigt. Neben dem Quasi-Boykott der nationalen Industrie stellen diese das größte wirtschaftliche Problem dar. Insgesamt betragen sie ca. 44 Milliarden US-Dollar, und Alfonsín wird, will er kreditwürdig bleiben, nicht darum herum kommen, diese zu akzeptieren. Doch bereits im Oktober standen den 250 Millionen Dollar Devisenreserven der argentinischen Nationalbank 300 Millionen Dollar bereits überfälliger Verpflichtungen gegenüber. Zwar kündigte Alfonsín an, daß die Rechtmäßigkeit bestimmter Schuldenposten überprüft werden muß. Das darf jedoch nicht über die enormen ökonomischen Belastungen, unter denen er sein Amt antritt, hinwegtäuschen. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond will er vermeiden, um das künftige Wirtschaftsprogramm nicht durch dessen Auflagen (z.B. Lohnkürzungen) zu gefährden. Er wird wahrscheinlich versuchen, sich mit den Gläubigerbanken auf einen längeren Rückzahlungszeitraum und niedrigere Zinsen zu einigen. Für 1984 wird damit gerechnet, 8 Mrd. Dollar zu tilgen und 5,6 Mrd. Dollar Zinsen zu zahlen. Insgesamt rechnet man mit 11 Mrd. Dollar, die in diesem Jahr umzuschulden wären.

Die zukünftige Rolle des Militärs

Die Proteste der Bevölkerung richteten sich nach dem Falkland-Desaster verstärkt auf zwei Punkte: Wo sind die Verschwundenen, und wer trägt die Verantwortung für die Niederlage im Malwinen-Krieg?

Als nach der Toterklärung der Verschwundenen im April '83 die Proteste immer heftiger wurden und für die Militärs klar wurde, daß sie die Macht nicht würden behalten können, erließen sie einige Wochen vor den Wahlen noch das Amnestiegesetz, das die an Entführungen, Folterungen etc. beteiligten Personen vor einer Strafverfolgung unter einer zivilen Regierung schützen sollte (vergl. LN 120). Dieses Gesetz, das schon vor den Wahlen von der

Justiz als verfassungswidrig abgelehnt wurde, soll selbstverständlich aufgehoben werden. Alfonsin nannte das Gesetz "moralisch unannehmbar, politisch unverantwortlich und juristisch verwerflich" und kündigte an, die an der Unterdrückung beteiligten Generäle vor Gericht zu stellen. Bei der Beurteilung der Verbrechen geht es nicht so sehr um diejenigen, die einfach "nur" Befehle ausführten, sondern darum, die zu verurteilen, die diese Befehle gaben oder sie aus "Grausamkeit, Perversität oder Gier" überschritten. Die Chefs der drei Teilstreitkräfte, die ab 1976 jeweils die Junta bildeten, sind als "Befehlsgeber" nun direkt von diesem Vorhaben betroffen: Armeegeneral Jorge Videla, Admiral Emilio Massera und Luftwaffengeneral Orlando Agosti (1. Junta); Roberto Viola, Armando Lambruschini und Omar Graffigna (2. Junta); Leopoldo Galtieri, Jorge Anaya und Basilio Lani Dozo (3. Junta, zurückgetreten nach Falkland-Krieg). Damit versucht Alfonsin in einem Augenblick, in dem nicht nur innerhalb der Bevölkerung, sondern auch innerhalb der Armee das Ansehen der Generäle erheblich gesunken ist, künftige Putschisten auszuschalten bzw. abzusrecken. Ob dies gelingen wird, bleibt abzuwarten.



Demonstrierende Angehörige von Verschleppten in Buenos Aires

Doch dies sind nicht die einzigen Veränderungen, die sich innerhalb des Militärs abspielen sollen. Es ist eine grundlegende Umstrukturierung geplant: in einer Reform soll der Posten des Oberkommandierenden der Streitkräfte abgeschafft werden, und der General an der Spitze des Heeres soll dem Verteidigungsministerium unterstehen. 27 der 54 Generäle der Landstreitkräfte sollen durch die Ernennung von Julio Alberto Fernandez Torres automatisch in den Ruhestand versetzt werden, da sie älter oder ranghöher sind als dieser. Torres gilt übrigens als "notorischer Antiperonist".

Für den Haushalt 1984 ist die Reduzierung des Budgetpostens für Verteidigung, öffentliche Ordnung und Staatssicherheit vorgesehen. Die Ausgaben für das Militär sollen nach und nach auf die Hälfte oder weniger des derzeitigen Standes gesenkt werden. Zur Bekämpfung der "subversion" will Alfonsin eine polizeiliche Sondertruppe bilden, um das Militär von dieser Aufgabe zu "entlasten". Die für die Repression verantwortlichen Sicherheitskräfte sollen aufgelöst werden.

Weiterhin sollen fünf hohe Offiziere im Zusammenhang mit dem Falkland-Krieg schwer bestraft werden. Zu diesem Schluß kam je-

denfalls eine vor einem Jahr eingesetzte Untersuchungskommission, die die Hintergründe der Niederlage erforschen sollte. Allerdings werden diese Personen -unter ihnen Galtieri und Anaya- nicht beschuldigt, einen Krieg begonnen, sondern diesen verloren zu haben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungskommission, die als geheim galten, sickerten Ende November in die Presse und erregten großes Aufsehen, da in dem Bericht eine Bestrafung nach dem Militärrecht empfohlen wird. Also die Todesstrafe für Galtieri, Anaya, Menéndez (Ex-Gouverneur von Port Stanley) und anderen?

Aussichten für eine künftige Aussenpolitik

Was die Falkland-Inseln betrifft, kündigte der neue Außenminister Dante Caputo an, daß man die Feindseligkeiten de jure nicht einstellen werde, da man sonst den Status quo der Besetzung akzeptieren würde. In der UNO wurde ein Antrag Argentiniens und 19 weiterer lateinamerikanischer Staaten auf Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen England und Argentinien angenommen. Auch England hat bereits seine Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Dem 100jährigen Streit zwischen Argentinien und Chile um den Beagle-Kanal will Alfonsin durch ein Abkommen auf der Grundlage der päpstlichen Verhandlungsvorschläge ein Ende bereiten. Die Beziehungen zu anderen lateinamerikanischen Ländern und zu den Ländern Westeuropas sollen ausgebaut werden. Allerdings sieht Alfonsin den Westen nicht als einheitlichen Block, was (laut FAZ) in dem Ausspruch "gipfelte": "Die Vereinigten Staaten gehören nicht zum Westen." Die US-Intervention in Zentralamerika wird kritisiert; man stellt sich auf die Seite von Sozialistischer Internationale und Contadora-Gruppe.

Bei der Amtseinführung am 10.12. wurden deutliche Akzente gesetzt: obwohl Politiker wie Bush, Mejia (Guatemalas Diktator) und Geißler anwesend waren, überwogen doch nicht die Diktatoren, sondern die Oppositionellen: z.B. der exilierte Uruguayer Wilson Ferreira Adulante oder der chilenische Christdemokrat Gabriel Valdés. Um die Einladung der chilenischen Delegation hatte es vorher noch einen Mini-Skandal gegeben: die scheidende Militärjunta hatte sich erdreistet, Pinochet einzuladen, woraufhin dieser vom Außenminister Caputo quasi wieder ausgeladen wurde mit der Begründung, diese Einladung käme nicht von Alfonsins Regierung. Am Rande der Amtseinführung trat übrigens Herr Geißler ins Fettnäpfchen: er kündigte an, die Bundesregierung werde ihre Politik gegenüber den Verschwundenen wie bisher weiterführen (zu dieser Politik vergl. LN 111 und 112).

Im Moment ist noch nicht ganz klar, wie sich die verschiedenen politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen gegenüber der radikalen Regierung verhalten werden. Trotz der Niederlage der peronistischen Partei sind die Peronisten noch keineswegs "weg vom Fenster": die Gewerkschaften, mit die wichtigsten politischen Kräfte, sind nach wie vor peronistisch. Während der Vorsitzende der CGT-A, Triaca, seine uneingeschränkte Loyalität gegenüber Alfonsin erklärte, kündigte Ubaldini von der CGT-RA Streiks an für den Fall, daß Alfonsin seine Versprechen nicht einhält. Von den Peronisten selbst ist noch nichts zu hören, es ist jedoch anzunehmen, daß sie im Augenblick mit innerparteilichen Auseinandersetzungen beschäftigt sind.

Wie das Militär auf die neue Politik reagieren wird, ist langfristig noch nicht abzusehen. Kurzfristig zumindest wird man sich zurückhalten müssen. Armeekommandant Cristino Nicolaidis schied jedenfalls mit den Worten: "Wir kehren endgültig in die Kasernen zurück. Es wird keine Putsche mehr geben." Schön wärs.

Militär gegen streikende Arbeiter ...



Wird dieses Bild bald der Vergangenheit angehören?

Quellen: taz, FR, FAZ, SZ, El Clarin

URUGUAY

Weg mit der Militärdiktatur!

Wahrscheinlich war es die größte Demonstration, die je in Montevideo stattgefunden hat: Vierhunderttausend Menschen versammelten sich am Sonntag, den 27. November, um den Obelisken, der im Park Batlle y Ordóñez an die Gründung der orientalischen Republik Uruguay erinnert, um für ein schnelles Ende der drückenden Militärdiktatur zu demonstrieren.

Ähnlich wie in Chile hat die Opposition auch in Uruguay in den letzten Monaten in regelmäßiger Folge Tage des nationalen Protests ausgerufen, an denen mit öffentlichen Kundgebungen in allen Landesteilen, aber auch mit dem nun schon in vielen Ländern üblichen Lärm durch Kochtopfschlagen der Wille des Volkes Ausdruck finden soll. Unter der Losung "Freiheit, Demokratie und Arbeit" fordert die gesamte Opposition einhellig die sofortige Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit mit der Installierung einer Übergangsregierung, die baldige Abhaltung von allgemeinen Wahlen, eine totale politische Amnestie und die Wiederherstellung aller bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte.

Gleich mehrere Gründe sorgten dafür, daß nun der vierte Tag des nationalen Protestes in besonders erfolgreicher Weise ablief.

Erstens hat die demokratische Wahl, die auf der anderen Seite des Rio de la Plata, in Buenos Aires und ganz Argentinien das endgültige Aus für die dortige Militärdiktatur bedeutet hat, die Zukunftshoffnungen ganz großer Teile der uruguayischen Bevölkerung ungeheuer beflügelt. Die Beseitigung der Militärherrschaft auch in Montevideo scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. "Der Sieg ist greifbar nahe und sicher", hieß es in dem Manifest, das während der Schlußkundgebung der Demonstration unter stürmischem Jubel verlesen wurde.

Zweitens gibt es eine Art von Wettkampf und zugleich gegenseitiger Bestätigung zwischen der Opposition in Chile und der in Uruguay um die Frage, wer den Kampf gegen die Militärdiktatur am konsequentesten, am erfindungsreichsten und schließlich am erfolgreichsten führt.

Drittens aber, und das war wahrscheinlich der wichtigste Punkt, stellt der letzte Sonntag im November so etwas wie einen immerwährenden Gedenktag in Uruguay dar, weil es der Tag des Jahres ist, der schon immer für den Gang zur Wahlurne benutzt worden war. Selbst die Militärs hatten vor drei Jahren den letzten Novembersonntag gewählt, um über die von ihnen vorgeschlagene Verfassung abstimmen zu lassen, und damit eine schmachvolle Niederlage erlitten. Und vor einem Jahr hatten an diesem Tag die internen Wahlen innerhalb der drei einzig zugelassenen traditionellen Parteien stattgefunden, die ebenfalls zu einer schweren Niederlage der Militärs führten, weil deren Parteigänger kaum ein Sechstel der Stimmen erreichen konnten.

Nicht nur die Erinnerung an diese beiden deutlichen Absagen an die Diktatur war im Bewußtsein der Demonstranten, sondern auch der Rückblick auf den gleichen Tag vor zwölf Jahren, als die letzten demokratischen Wahlen in Uruguay stattgefunden hatten. Bei diesen Wahlen hatte sich zu den beiden großen traditionellen Parteien der Blancos und der Colorados erstmals als eine starke politische Kraft die "Breite Front" (Frente Amplio) gesellt, in der sich verschiedene Gruppen und Parteien der Linken zusammengeschlossen hatten. An diesem vierten Protesttag nun zeigten sich die führenden Kräfte der traditionellen Parteien bereit, ganz öffentlich und für jedermann sichtbar die Vertreter und Anhänger der Breiten Front als Bündnispartner im Kampf gegen die Diktatur des Generals Gregorio Alvarez zu akzeptieren. Die Linken traten daher offen in Erscheinung. Eine ihrer Hauptforderungen ist die Freilassung des Präsidentschaftskandidaten von 1971, des Generals Liber Seregni, der - wie viele andere - noch immer in Haft ist.

Mit diesem Protesttag hat also die Opposition einen anderen Charakter angenommen. Man will sich nicht mehr vorschreiben lassen, wer "legal" und wer "illegal" ist. Die vom Volk eindeutig abgelehnte, aber von General Alvarez immer noch in Aussicht genommene Verfassung soll nicht anerkannt werden.

Die neue Qualität der Opposition ist auch dem Staatschef nicht entgangen. In einer Rede über den Rundfunk warnte er Anfang Dezember die Vertreter der legalen Parteien, daß die für Ende November 1984 vorgesehenen Parlamentswahlen gefährdet seien, weil an der Großkundgebung "terroristischer Aktivitäten schuldige Marxisten" aktiv mitgewirkt hätten. Die Übertragung dieser Rede wurde in vielen Wohnvierteln Montevideos durch Kochtöpfeschlagen und Demonstrationen beantwortet.



(Deutsches Pancho)

Der jetzige und der zukünftige Oberkommandierende des Heeres, die Generäle Boscán Hontou und Medina, haben den Willen der Militärs zum Rückzug aus der Politik bekundet. Der Staatschef Alvarez wird jetzt versuchen, durch das Spiel mit der Angst der Militärs seine Herrschaft zu verlängern, nachdem Argentiniens neuer ziviler Präsident Alfonsín alle führenden Militärs der letzten Jahre als Verbrecher vor Gericht stellen wird. In Uruguay waren vergleichsweise viel mehr Offiziere an den blutigen Foltern beteiligt als in Argentinien und Chile.

Bei der Amtseinführung Alfonsíns in Buenos Aires wurde der anerkannte Führer der Blanco-Partei Wilson Ferreira Aldunate als der wichtigste Repräsentant des Nachbarlandes und künftiger Präsident Uruguays begrüßt und gefeiert.

Quellen: Direktberichte, Latin America Weekly Review, Le Monde Diplomatique, SZ, FR, taz.

CHILE

Die chilenische Opposition im Parque O'Higgins

Pinochet "floh" in den äußersten Norden

Während der MERCURIO auf der ersten Seite ein Foto von der Protestkundgebung am 18. 11. im Parque O'Higgins veröffentlichte, mit dessen Hilfe 'wissenschaftlich' bewiesen werden sollte, daß höchstens 80.000 bis 100.000 Personen dem Aufruf der ALIANZA DEMOCRATICA gefolgt waren, sprach Innenminister Jarpa sogar nur von 60.000 bis 80.000. Das Foto des MERCURIO war durchaus echt - nur die angegebene Uhrzeit der Aufnahme stimmt nicht. Sie war nicht unmittelbar vor Beginn des Hauptteils der Veranstaltung entstanden, wie das führende Regierungsblatt behauptete, sondern mindesten zwei Stunden früher, als die allermeisten Teilnehmer noch irgendwo unterwegs waren. Und Innenminister Jarpa war nach allen zugänglichen Informationen nicht im 'parque', wie das Ereignis des 18. 11. unterdessen allgemein benannt wird. Daß Jarpa den MERCURIO im Lügen noch übertrifft, ist den meisten Chilenen ohnehin bekannt.

Die genaue Teilnehmerzahl spielt vielleicht auch keine Rolle. Fest steht, daß es die größte Demonstration seit 1973 war und daß eine halbe Million Teilnehmer - nach Schätzungen verschiedener europäischer Journalisten, die Erfahrungen in Sachen Großveranstaltungen der Friedensbewegung haben - absolut die Untergrenze darstellen. Der Vorsitzende der ALIANZA DEMOCRATICA, Enrique Silva Cimma, zugleich einziger Redner auf der Veranstaltung, sprach sogar von einer Million Menschen.

Während der rund vierstündigen Veranstaltung herrschte Volksfeststimmung. Mehrere Musikgruppen spielten, und an verschiedenen Stellen, wo die Menschen nicht so dicht gedrängt standen, wurde getanzt. Auf unzähligen Transparenten wurde der Rücktritt Pinochets, die Auflösung des CNI und die Rückkehr zur Demokratie gefordert. Als Hubschrauber über dem Versammlungsort auftauchten, bildeten die hunderttausende einen einzigen Sprechchor: "asesinos, asesinos" (Mörder)!

Dem 18. 11. waren spannungsgeladene Tage vorausgegangen. Insbesondere das Regime selbst schien ein Interesse daran zu haben, die Stimmung anzuheizen. Und noch immer versuchen die regierenden Militärs, die breite, mittlerweile fast alle Bevölkerungsschichten umfassende Oppositionsbewegung als eine moskaugesteuerte Kampagne des internationalen Marxismus darzustellen. Die Tageszeitung der äußersten Rechten, LA NACION, erschien am 18. 11. mit der Schlagzeile: "Marxisten mißbrauchen Kundgebung der ALIANZA DEMOCRATICA". Als Grund für diese Behauptung führte LA NACION den Aufruf der chilenischen Kommunisten an ihre Anhänger an, sich der Protestkundgebung anzuschließen. Und der MERCURIO wertete den Hinweis von Radio Moskau (in seiner täglichen Chile-Sendung "Escucha Chile") auf die Kundgebung und einen Bericht über den Stand der Vorbereitungen als klaren Beleg für die eigentlichen Absichten, die angeblich hinter den anhaltenden Protesten stecken.

Die chilenische Opposition gegen die Militär-Diktatur zerfällt jedoch heute in drei klar voneinander zu unterscheidende Gruppierungen: da ist einmal die hauptsächlich von der KP und vom MIR gebildete "Demokratische Volksbewegung" MDP, dann der "Sozialistische Block", der die nicht-leninistischen linken Parteien - ein Großteil der Sozialisten, die Christliche Linke und die beiden MAPU-Parteien - verbindet, und schließlich die von den Christdemokraten beherrschte "Alianza

Democratica" AD, zu der noch die sozialdemokratisch orientierte Radikale Partei und die übrigen Sozialisten zu rechnen sind. Vorerst einziges gemeinsames Ziel aller drei Oppositionsgruppierungen ist der Sturz der Diktatur.

Heftige Angriffe gegen die beiden führenden Christdemokraten, den designierten Präsidentschaftskandidaten Gabriel Valdés und den Vorsitzenden Andrés Zaldívar, der zugleich Präsident des Weltverbandes der christdemokratischen Parteien ist, kulminierten am Vortag der Protestkundgebung in dem Vorwurf, beide hätten Vaterlandsverrat begangen, indem sie im Rahmen eines Interviews mit der spanischen Tageszeitung DIARIO 16 die europäischen Regierungen zu einem Boykott Chiles aufgerufen hätten.

Umgekehrt häuften sich in den letzten Tagen vor dem 18. 11. massive öffentliche Vorwürfe gegen den CNI, dem die Beteiligung an einer Reihe von politischen Verbrechen nachgewiesen werden kann, wie mehrere - vor allem christdemokratische - Rechtsanwälte der Presse mitteilten (so z.B. im Fall der Ermordung des Gewerkschaftsführers Tucapel Jiménez, vgl. LN Nr. 102, S. 11 ff.).

Der Geheimdienst selbst scheint in dieser Situation die Flucht nach vorn anzutreten und alles zu tun, um seine eigene Existenzberechtigung nachweisen zu können. Besonders intelligent stellt er sich dabei freilich nicht an - vielleicht ein erstes Zeichen dafür, daß selbst die kaltblütigen Handlanger der Macht in der berüchtigten Villa Grimaldi nervös zu werden beginnen.

So glaubt z.B. kaum jemand in Santiago, daß vier Bombendrohungen am Nachmittag des 17. 11. im Zentrum der Hauptstadt tatsächlich auf das Konto der 'Linksextremisten' gehen: nur in einem der vier Fälle entstand leichter Sachschaden an einem Polizeifahrzeug, in den drei anderen Fällen konnten die Sprengkörper rechtzeitig entschärft werden. Als zufälliger Augenzeuge einer dieser Entschärfungsaktionen, die von Experten an Ort und Stelle am Eingang eines Bankhauses vorgenommen wurde, hatte ich nicht den Eindruck, als ob irgendeiner der Beteiligten ernsthaft gefährdet gewesen wäre. Das Ganze wirkte eher wie ein gut inszeniertes Schauspiel.

Ebensowenig glaubhaft ist die "Entdeckung" einer fingierten Annonce im teuren Wirtschaftsteil der Tageszeitung LA SEGUNDA: die Anfangsbuchstaben aller Wörter der Verkaufsanzeige ergeben zusammengesetzt einen Aufruf der KP zur Teilnahme an der Kundgebung im parque und zum bewaffneten Kampf. Es erscheint unwahrscheinlich, daß ausgerechnet die Anhänger der KP aufmerksam den Wirtschaftsteil einer regierungsfreundlichen Tageszeitung studieren, ebenso unwahrscheinlich ist es, daß die KP teures Geld für eine kaum verständliche Anzeige ausgibt, statt ein gutes Flugblatt für das Geld zu drucken.

Pinochet 'floh' einen Tag vor der Kundgebung der Opposition nach Arica, in den äußersten Norden Chiles, und kehrte erst am Sonntag, 20. 11. nach Santiago zurück. Zu diesem Zeitpunkt war das einzige Opfer des 18., der 19-jährige Ricardo Mancilla Martínez, bereits beerdigt.

Der junge Student hatte einen Schlag von einem Polizeiknüppel auf den Kopf bekommen, war etwa 250 m blutüberströmt weitergerannt und dann tot zusammengebrochen. Die gewaltsamen Zwischenfälle, die es nach der Kundgebung an nur einer Stelle gegeben hatte, waren eindeutig die Folge von Provokationen von Seiten der Carabineros. Diese hatten - als 'Antwort' auf regierungsfeindliche Sprechchöre - einfach Tränengas in die friedlich abziehende Menge geworfen. Erst daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen.

Noch gehorchen Carabineros und Militärs den Befehlen ihres obersten Kriegsherrn. Aber "niemand kann", wie es der frühere Präsidentschaftskandidat Radomiro Tomic ausdrückte, "mit den Händen die Sonne bedecken oder den Regen mit den Fingern aufhalten." Wenn es auch u.U. noch einige Monate dauern wird: die Tage der Diktatur sind gezählt.

Schluß mit dem CiNismus

"Unzulässiger Druck stößt unser christliches Gewissen ab"
General Gordon, Direktor der CNI,
zu Fragen der Folter

I

Vor mir ein Foto einer chilenischen Zeitschrift: Ein knapp meterhohes Feuer auf einem Bürgersteig, fünf Personen im lockeren Halbkreis im Mittelgrund, eine sechste Person, ein Radfahrer im Hintergrund, scheint abgestiegen; all diese Personen, deren Gesichter das Bild nicht zeigt, scheinen abwartend den Brand zu beobachten, nur ein Bein läßt eine Laufbewegung erkennen. Nach rechts ragt aus den Flammen etwas, was ich zu allerletzt als ein Bein oder einen menschlichen Arm vermuten würde. Kennte ich nicht den Begleittext zum Foto, ich verstünde nichts: das Foto zeigt die Selbstverbrennung des chilenischen Arbeiters Sebastián Acevedo am 11. November vor der Kathedrale von Concepción.

II

Als alle Versuche sowohl beim Provinzstatthalter wie beim Erzbischöflichen Amt in Concepción ergebnislos blieben, seine beiden (erwachsenen) Kinder den Klauen der CNI zu entreißen und sie wenigstens in ein "ordentliches" Gefängnis überführt und vor ein "ordentliches" Gericht gestellt zu wissen, übergoß sich Sebastián Acevedo an einem heißen Frühlingssnachmittag vor der Kathedrale von Concepción mit dem Benzinkanister, den er bereits bei sich trug, zog einen Kreidestrich um sich, rief den Vorübergehenden seine Forderung nach Freilassung seiner Kinder zu, und als ein Polizist eingreifen wollte, steckte sich Sebastián Acevedo in Brand.

Es scheint, sein Selbstopfer hat etwas bewirkt: die Forderung nach sofortiger Auflösung der CNI hat ein landesweites Echo gefunden.

III

Als brennende Fackel überquert Sebastián Acevedo die Straße vor der Kathedrale zum Platz der Unabhängigkeit; neben Neugierigen jetzt ein Priester, der ihm die Absolution erteilt; auf der anderen Seite des Platzes übrigens der Amtssitz des Intendenten, wo man Acevedos Brief Stunden zuvor, mit Eingangsstempel, zu den Akten legte. Stundenlang die Agonie im Krankenhaus. Als eine weibliche Stimme, die Ärzte verweigern den Zutritt zum Krankenbett, sich ihm über Mikrofon als seine haftentlassene Tochter vorstellt, zweifelt er, läßt sich erst durch eine Kindheitserinnerung überzeugen.

IV

Tochter und Sohn von Sebastián Acevedo wurden Opfer einer Verhaftungswelle durch den Geheimdienst CNI Anfang November in der Bergarbeiterstadt Coronel; Ende Oktober hatte die Verhaftungswelle die Hafenstadt Valparaíso überzogen, dort waren die Opfer vornehmlich Studenten. In Valparaíso, so erklärten die Anwälte der Verhafteten, brachte die CNI die beweiskräftige Sprengstoffkiste für die Pressefotos gleich mit. Dem Sohn Acevedo mußte sein Geständnis eingeprügelt werden, ehe es für eine Aufnahme brauchbar war.

Für Pinochet und seine Noch-Anhänger liegt die Sache klar: "Wer die Auflösung der CNI verlangt, sind die Marxisten. Personen, die solche Entscheidungen treffen wie die in Concepción, haben im allgemeinen geistige Probleme (problemas mentales)."

Wissen Sie, ich würde vorziehen, daß Sie mich nicht weiter beschützen ...



V

Seit dem Anstieg der Protestbewegung in Chile hat der Terror der CNI wieder erheblich zugenommen. Daß neben der Zahl der Festnahmen auch die Zahl der bekannt gewordenen Folterungen (wieder) gestiegen ist, hat auch den Grund, daß immer mehr Gefolterte es wagen, das Verbrechen anzuzeigen, und wenn sie auch noch nicht auf Maßnahmen gegen die Folterter hoffen können, so doch darauf, daß die oppositionelle Presse die Fälle inzwischen wenigstens bekannt macht. Für das Jahr 1982 listet die Chilenische Menschenrechtskommission fast 2.200 Fälle auf, in denen die CNI tätig wurde; Tote: 20, angezeigte Folter: 108, lediglich in 39 Fällen reichte das gewonnene Material für einen Prozeß. Die CNI ist der Terror, den zu bekämpfen sie vorgibt.

VI

Die CNI, offiziell nur ein "Nachrichtendienst" wie in anderen Staaten auch, ist das für Pinochet unentbehrliche Terrorinstrument. Sie hat das "Recht", Personen im Normalfall fünf Tage, in besonderen Fällen bis zu 20 Tagen "zu befragen". Nach Zeugnisaussagen arbeitet sie außer mit Elektrofolter vor allem mit Hypnose und Drogen und in der Mehrzahl der Fälle so, daß Folter Spuren körperlich nicht mehr immer nachzuweisen sind. Die CNI hat das "Recht", die Häftlinge an Orte zu bringen, die nicht Gefängnisse sind: ihre Foltervillen. In dem Gesetz, das die Vollmachten der CNI regelt, ist natürlich von ordentlichen Haftbefehlen usw. die Rede. Ähnlich verhielt es sich mit der Vorgängerin der CNI, der DINA, die zu vieler Skandale wegen schließlich umbenannt wurde; damals sickerte übrigens mit der Zeit durch, daß ihre eigentlichen Vollmachten in geheimen zusätzlichen Erlässen geregelt waren.

VII

Nach der Verhaftungswelle in Valparaíso Ende Oktober erstatteten Anwälte der Verhafteten Anzeige wegen Entführung. Sie erreichen, daß sich ein Richter, dem Gesetz gemäß, an den vermuteten Aufenthaltsort der Entführten begibt: der bisher einzige Fall in der 10jährigen chilenischen Diktatur. Als der Richter am CNI-Quartier auftaucht, wird ihm ohne Federlesen erklärt, er irre sich. Mit Hilfe der Polizei (!) unternimmt der Richter einen zweiten Versuch; zwar kann er diesmal das Gebäude betreten, die Verhafteten zu sehen, gelingt ihm nicht.

VIII

Das Dickicht von Zensur und Selbstzensur in den chilenischen Medien machte die Folterpraktiken der CNI selbst jahrelang zu einem Tabu, das nur in spektakulären Ausnahmefällen durchbrochen wurde. Was Linke und Bewohner der Elendsviertel litten, wurde in Chile kaum öffentlich; daß einzelne couragierte Bischöfe Ende 1980 die Exkommunizierung von Folterern (ohne deren Namen zu nennen, nennen zu können?) aussprachen, blieb praktisch folgenlos.

Die jetzige Kampagne "Auflösung der CNI" reicht bis weit in bürgerliche Kreise hinein; sie ist ein Moment der politischen Konjunktur in dem Sinne, daß Angst überwunden wird, die Verbrechen der Diktatur öffentlich zu machen, aber auch in dem Sinne, daß ein Angriff gegen die permanenten Menschenrechtsverletzungen der CNI der bürgerlichen Opposition hilft, die Diktatur Pinochets zu schwächen, indem sie einen ihrer Eckpfeiler angreift. Sie ist ein Element der politischen Konjunktur schließlich, indem jetzt, da auch zunehmend Angehörige der bürgerlichen Opposition Opfer der CNI werden, der Skandal publik gemacht wird.

IX

Die Verwicklung der CNI in die Ermordung des Gewerkschafters Tucapel Jimenez (s.o.) greift der Vorsitzende der Demokratischen Allianz Enrique Silva Cimma in einer Fernsehdiskussion auf; er erklärt das in vollem Bewußtsein des Risikos, das eine solche Anschuldigung natürlich einschließt. Aber ein früherer Kontaktmann der CNI, jetzt im Pariser Exil, hat vor einem französischen Richter hinreichend präzise Aussagen gemacht. Der Beleidigungsklage der CNI sieht Silva Cimma offenbar gelassen entgegen.

X

Am 22.11. erklärt das Appellationsgericht in Santiago, es gebe keine rechtliche Grundlage für die CNI, Verhaftungen vorzunehmen und über geheime Gefängnisse zu verfügen. Die Versuche, der CNI auch auf juristische Weise beizukommen, machen jedoch deutlich, wessen "Recht" noch immer gilt: Während der Justizminister im Hinblick auf die geheimen Gefängnisse zugesteht, sie sollen künftig nicht länger geheim sein, beharrt er auf der Vollmacht für Verhaftungen; die CNI verfüge über sie kraft eines (geheimen) Dekrets...

XI

Laut einer von der Zeitschrift HOY in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage kann Pinochets Regime in diesen Novembertagen immer noch auf 29 % der Befragten zählen, aber nur 16,5 % sind für die Beibehaltung der CNI (gegen Pinochet 59,8 %, gegen die CNI 67,3 %).

XII

Eine Gruppe "Bewegung gegen Folter Sebastián Acevedo" führt am 24.11. eine halbstündige Sitzblockade vor einem Zeitungsgebäude durch, unter ihnen einige Geistliche und Nonnen. Sie verlangen die Auflösung der CNI und klagen die Medien an, die sich durch Schweigen zu Komplizen der Folterter machen. Polizei greift erst ein, als sich die Demonstration selbst auflöst, und will einen Teilnehmer festnehmen. In einer erneuten Sitzblockade umringen sie die "Wanne" und zwölf überraschte Polizisten. Die gewaltfreien Blockierer halten mehrfachem Einsatz des Wasserwerfers und Tränengas stand. Sie erhalten sogar Verstärkung durch einige Passanten. Erst mit Schlagstock, Fußtritten und Wegzerren gelingt es der herangekehrten Polizeiverstärkung, die Blockade aufzulösen. Noch immer betend ziehen sich die Demonstranten in eine nahegelegene Kirche zurück. Von Festnahmen wird nichts gemeldet.

Die Kommunalwahlen und die Vereinigte Linke

Der folgende Artikel wurde uns als eine Antwort auf die Analyse der peruanischen Kommunalwahlen in der letzten Nummer der LN zugesandt. Einer heftigen Kritik dieser Analyse folgt zunächst eine eigene Untersuchung der Wahlergebnisse und schließlich eine Darstellung des Selbstverständnisses der "revolutionären Linken" innerhalb der Vereinigten Linken (IU).

Zunächst sollen einige grobe sachliche Fehler des letzten Artikels der Lateinamerikanachrichten über Peru richtiggestellt werden.

1. Die aktuellen Wahlergebnisse lassen sich nicht mit der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung vergleichen, und deshalb kann auch nicht auf politische Kräfteverhältnisse geschlossen werden. Bei dieser Wahl gab es die IU noch gar nicht (im Artikel mit 29,4% angegeben). Damals haben vier linke Listen kandidiert. Einer der beiden revolutionären Blöcke der IU, nämlich UNIR (Unión de Izquierda Revolucionaria), hatte sich an dieser Wahl nicht beteiligt. Analphabeten durften damals nicht wählen (ca. 2 Millionen). AP (Acción Popular) hatte sich ebenfalls nicht beteiligt, gewann aber 1980 die Parlamentswahlen. Man kann also höchstens die Parlamentswahlen 1980 oder die Kommunalwahlen 1980 mit den jetzigen vergleichen.
2. In Peru gab es keine 150-jährige Ära des "caudillismo". Die vorherrschende Form der feudalen und großbürgerlichen Herrschaft waren Militärdiktaturen. Der einzige echte Caudillo war Haya de la Torre der APRA, der aber nie, bis auf wenige Monate, an der Macht war.
3. Die 10% für Sendero sind völlig aus der Luft gegriffen und durch nichts belegt. Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1980 war nur geringfügig höher als 1983 (ca. 68% 1980). Die Bedingungen, um an der Wahl teilzunehmen, haben sich aber erheblich verschlechtert. Durch die starke Abwanderung in die Städte schätzt man, daß allein in Lima 1/4 der Wahlberechtigten nicht gemeldet sind und zum Wählen daher in ihre Heimatorte fahren müssen. Während noch 1980 viele Menschen die finanzielle Möglichkeit hatten, dies zu tun, konnte diesmal kaum noch jemand wegen der zugespitzten Wirtschaftskrise eine solche Fahrt bezahlen. Daher erklärt sich im wesentlichen die etwas angestiegene Wahlenthaltung.
4. Die PPC hat auf nationaler Ebene 1% verloren und nicht wie geschrieben 5% hinzugewonnen.
5. Es ist schlichtweg gelogen, wenn in dem Artikel behauptet wird, daß ein Großteil der Wählerstimmen für IU in Lima aus der Mittelschicht kommt. Vielmehr kommt der größte Teil der Wählerstimmen aus der Arbeiterklasse und den Elendsvierteln. Es ist IU aber auch gelungen, in die unteren Mittelschichten einzudringen.
6. Die "legalistische" Linke IU hat in Ayacucho zum Wahlboykott aufgerufen. PADIN ist keine linke Partei, sondern eine bürgerlich-liberale Partei.
7. Chancen der Verständigung von Sendero mit der "legalistischen" Linken (IU oder PADIN ?) gibt es nicht, da Sendero selbst jegliche Verhandlung ablehnt und die Kandidaten der PADIN mit dem Tode bedroht hat!

Die Kommunalwahlen

Die Kommunalwahlen 1983 fanden unter erheblich anderen Vorzeichen als die von 1980 statt. In den drei Jahren Belaunde-Regierung hat sich die Krise erheblich zugespitzt. Die konsequente proimperialistische Politik von AP hat das Land nahezu in den ökonomischen Bankrott getrieben und die politischen Widersprüche verschärft. Dazu kam auch ein für Peru bisher unbekanntes Ausmaß an Korruption. Ökonomische und politische Kämpfe haben erheblich zugenommen. Es fanden über 5000 Streiks und 5 Generalstreiks auf nationaler Ebene statt. Auch die regionalen Kämpfe haben stark zugenommen. Vor allem in Pura und Puno, beides Departements, die letztes und dieses Jahr von großen Naturkatastrophen heimgesucht wurden, haben sich die FEDIP's (Fronten zur Verteidigung der Interessen des Volkes) gegen die Zentralregierung gestellt und ihre politische Autorität aberkannt. Die FEDIP's wurden von Kräften der IU, der APRA, der Basis von AP, den Gewerkschaften und Berufsverbänden bis hin zum national gesinnten Bürgertum getragen. Im Juni dieses Jahres hatte die Regierung zudem noch die regionalen Haushalte für die meisten Departements (ähnlich Bundesländern), die eh schon minimal sind, um 30% gekürzt. Darunter auch für Puno und Ayacucho. Vor zwei Jahren hatte das FEDIP von Pucallpa (Urwald-Departement) unter Führung von IU für zwei Wochen die regionale Macht übernommen, bis die Armee eingesetzt wurde.

Ein neuer Faktor war ebenfalls der bewaffnete Kampf von Sendero und die erheblich gestiegene Repression im Land gegen alle fortschrittlichen Kräfte und besonders gegen die indianischen Bauerngemeinden in Ayacucho.

Während IU 1980 noch ohne Programm angetreten war, hatte sich ihre Ausgangslage in dieser Beziehung erheblich gebessert. Im März 1983 wurde eine politische Plattform, kommunale Normen und ein Regierungsprogramm verabschiedet. Neben den umfangreichen konkreten Forderungen sind die Schwerpunkte der politischen Plattform folgende:

- Für eine demokratische antiimperialistische Volksregierung auf dem Weg zum Sozialismus unter Führung der Arbeiterklasse in einem Arbeiter-Bauern-Bündnis. Sie stützt sich auf die Asambleas Populares (Volksversammlungen) als direkte Volksmacht und die Kräfte der IU.
- Demokratisierung der Armee und Kontrolle der Volksmassen über die innere Sicherheit. Abschaffung aller Unterdrückungsapparate der Polizei und Armee.
- Befreiung des Landes von der imperialistischen Herrschaft. Für ein unabhängiges Peru, souverän und blockfrei.
- Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse auf der Basis der Entwicklung der Landwirtschaft als Grundlage einer nationalen Industrie. Dezentralisierte Planung, pluralistische Wirtschaftsweise. Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und denen der nationalen Großbourgeoisie. Durchführung einer echten Agrarreform (Das Land dem, der es bebaut!)
- Dezentralisierung der Verwaltung und Wirtschaft, Abschaffung des bürokratischen Zentralismus. Entwicklung der unterschiedlichen peruanischen Regionen.
- Gleiche Rechte für Mann und Frau. Beschäftigung für alle. Kranken- und Sozialversicherungen für jeden Bürger, kostenlose medizinische Betreuung.
- Förderung der nationalen Kultur. Kultureller Schutz für die Quechua und Aymara und die nationalen Minderheiten im Urwald.
- Solidarität mit dem Proletariat anderer Länder und den Befreiungsbewegungen, die für nationale Befreiung und den Sozialismus kämpfen.

lismus und gegen den Kolonialismus und Rassismus kämpfen.
- Ablehnung von jeder Form der Intervention.

Die FEDIP's und Asambleas Populares sollen als Organe der direkten Demokratie gefördert werden. Die Selbstverteidigungsorgane der Massen sollen verstärkt werden und die Gewerkschaften vereinigt werden. Dieses Programm beinhaltet die entscheidenden Forderungen der Volksmassen.

Positiv kam der IU auch ihre in vielen Gemeinderäten praktizierte Politik zugute, die sich wesentlich von der Politik der bürgerlichen Parteien unterschied. Andererseits ist es der IU in den drei Jahren nicht gelungen, sich nennenswert organisatorisch zu verstärken. Abgesehen von der Kommunalarbeit der Gemeinderäte von IU arbeiteten die einzelnen Parteien hauptsächlich für sich selbst.

Die APRA hatte sich inzwischen ihrer reaktionärsten Fraktion mit Townsend entledigt und im Parlament versucht, sich als demokratische Opposition zu profilieren. Durch die massive finanzielle und politische Unterstützung seitens der SPD und den venezuelanischen Sozialdemokraten gelang ihr dies zunehmend. Diese ganze vorher aufgezeigte Entwicklung in Peru muß man berücksichtigen, um das Wahlergebnis richtig einschätzen zu können.

Das Wahlergebnis

Obwohl die APRA (auch PAP genannt) die Wahl auf nationaler Ebene mit 33% gewann, ist die IU zur stärksten politischen Kraft des Landes geworden. IU hat auf nationaler Ebene mit 30% gegenüber den Kommunalwahlen von 1980 5,9% hinzugewonnen. In Lima hat IU sogar 7% dazugelegt (1980: 28%; 1983: 35%). IU hat zwar "nur" in 7 Departements gegenüber der APRA mit 13 gewonnen, dafür aber in den am dichtesten besiedelten Gebieten mit dem höchsten Anteil von Wahlberechtigten wie z.B. Lima, wo 1/3 der peruanischen Bevölkerung lebt. Prozentual sieht das so aus: APRA-Gebiet 37,3% Wählerdichte, IU-Gebiet 53,7%. Daraus ergibt sich, daß IU zahlenmäßig mehr Stimmen insgesamt bekommen hat als die APRA.

Wer hat wie gewählt?

In Lima hat IU in 17 Wahlbezirken von insgesamt 38 gewonnen. In diesen 17 Distrikten leben 52% der Bevölkerung Limas. IU hat in allen großen Arbeiter- und Elendsvierteln mit zum Teil über 50% gewonnen. Sie konnte Acción Popular 7 der größten Arbeiter- und Elendsviertel abnehmen. Dies sind: San Juan de Lurigancho, San Juan de Miraflores, Surquillo, Villa María del Triunfo, San Luis, Pachacamac und der Fischereidistrikt San Bartolo. Dies zeigt, daß die große Mehrheit der Arbeiterklasse und der Elendsviertelbewohner IU gewählt hat. In Lima gibt es sehr große Mittelschichten und eine besonders breite untere Mittelschicht. Es ist IU gelungen, in diesen traditionell nationalen Criollo-Kleinbürgertum Limas, das von der Krise stark betroffen ist, größere Zustimmung zu finden. Typische Distrikte dieser Art, die IU der AP abgenommen hat, sind Barranco, La Victoria, Lince, Rimac. Interessant ist auch, daß IU in den Elendsvierteln, in denen Sendero Luminoso seine Arbeit verstärkt hat, besonders hoch abgeschnitten hat, wie z.B. in Villa El Salvador.

CUADRO 2

DESPLAZAMIENTOS A NIVEL DISTRITAL DE AP

DISTRITO	1980	1983
1.- Barranco	AP	IU/APRA
2.- Chacabuco	AP	IU
3.- Independencia	AP	IU
4.- Jesús María	AP	PPC
5.- La Molina	AP	PPC
6.- La Victoria	AP	IU
7.- Lince	AP	IU/PPC
8.- Magdalena	AP	PPC
9.- Pachacamac	AP	IU
10.- Pueblo Libre	AP	PPC
11.- Punta Hermosa	AP	PPC
12.- Rimac	AP	IU
13.- San Bartolo	AP	IU
14.- San Isidro	AP	PPC
15.- San Juan de Lurigancho	AP	IU
16.- San Juan de Miraflores	AP	IU
17.- San Luis	AP	PPC
18.- San Miguel	AP	Independiente
19.- Santa Rosa	AP	PPC
20.- Surco	AP	IU
21.- Surquillo	AP	IU
22.- Villa María del Triunfo	AP	IU

hat IU ihre Mehrheit von 1980 verloren, da dort mehrere linke Listen zur Wahl angetreten sind. Dort konnte die APRA erstmals gewinnen. In Ayacucho hat IU zum Wahlboykott aufgerufen, da unter den Bedingungen der faschistischen Militärverwaltung und den Drohungen Senderos keine halbwegs demokratischen Wahlen mehr möglich waren. AP

hat wie erwartet ein totales Debakel erlebt und mit 15% der Stimmen in keinem Departement und in keinem Distrikt Limas gewonnen.



Das Wahlverhalten der bürgerlichen Schichten

Die proimperialistische Handelsbourgeoisie und große Teile der nationalen Großbourgeoisie haben PPC und AP die Stange gehalten. Ein bedeutender Teil der unteren Mittelschicht ist zur APRA gelaufen, ebenso kleinere Teile der nationalen Großbourgeoisie. Die APRA ist zu einer Partei der breiten national gesinnten Mittelschichten geworden. Der restliche Teil der unteren Mittelschichten ist zu IU übergegangen. In diesen Schichten hat die Propaganda der Regierung gegen IU noch einigen Eindruck gemacht. Regierung und Militärs hatten Sendero Luminoso als bewaffneten Arm von IU dargestellt und damit versucht, die volksfeindlichen Terroraktionen Senderos in Lima auch IU anzuhängen. Dadurch wurde sicher ein zusätzlicher Teil der unteren Mittelschichten zur APRA getrieben.

Das Wahlergebnis der APRA hat gezeigt, daß sich immer noch breite Volksschichten für ein bürgerlich-reformistisches Programm entscheiden. Sendero Luminoso hat eine klare politische Niederlage erlitten. Weder sind die Massen ihrem Wahlboykott gefolgt, noch konnte sie die Wahlen in ihrem Operationszentrum Ayacucho mit Ausnahme von drei Provinzen verhindern, was sie sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt hatte. Sendero hat in ihrer Schrift "Entwickeln wir den Guerillakrieg" geschrieben: "Die Massen schreien nach dem bewaffneten Kampf" und unter anderem damit den Beginn des bewaffneten Kampfes begründet. Das Wahlergebnis hat nun deutlich gemacht, daß dies eine idealistische und realitätsfremde Einschätzung war und ist.

Die politischen Kräfte in der Izquierda Unida

In vielen bisher erschienenen Artikeln über Peru wurde häufig von der "legalen" oder "legalistischen" linken IU einerseits und der bewaffneten revolutionären Linken SL andererseits gesprochen. Diese Gegenüberstellung wird vor allem von Sendero-Sympathisanten bewußt angewandt, um eine echte Einschätzung der revolutionären Kräfte Perus und ihre unterschiedlichen revolutionären Strategien zu verhindern. Dabei kommt ihnen zugute, daß es in der BRD eine Strömung in der Linken gibt, die immer auf bewaffneten Kampf abfährt und sich selten die Mühe macht zu untersuchen, wer ihn wie, wo und unter welchen historischen Bedingungen führt.

IU besteht hauptsächlich aus zwei großen Strömungen, einer revolutionären und einer reformistischen, die in verschiedenen Parteien zum Ausdruck kommen. Die revisionistische PCP"U" (Kommunistische Partei Perus "Unidad", häufig nach ihrer Zeitung benannt) und die PSR (Revolutionäre sozialistische Partei), von Anhängern der Velasco-Reformen gegründet, bilden im wesentlichen die reformistische Strömung. Die beiden Bündnisse UNIR (Einheit der Revolutionären Linken) und UDP (Volks-demokratische Einheit) bilden die revolutionäre Strömung.

Bei den Parlamentswahlen 1980 konnte man, allerdings bei getrennter Kandidatur, folgendes Kräfteverhältnis feststellen: UNIR 4,7%, UDP 4,1% und das Bündnis UI (Unidad de Izquierda) von PCP"U" und PSR 3,7%. Diese Proportion von 2,2 zu 1 hat sich seit dem Zusammenschluß dieser politischen Kräfte in IU in den letzten drei Jahren stärker zugunsten der reformistischen Strömung verändert. Dies kommt daher, daß die finanziell und organisatorisch starke PCP"U" und die PSR, die von den französischen Sozialisten unterstützt wird,

ihre gesamte Kraft auf die Parlaments- und Kommunalpolitik konzentrieren. Demgegenüber war die revolutionäre Linke finanziell und organisatorisch im Nachteil, da sie einen Teil ihrer Struktur im Untergrund behalten muß und nicht vom Ausland unterstützt wird.

Die Parteien der revolutionären Linken (im folgenden rL) PCP Patria Roja (UNIR), VRPC (UNIR), VR (UDP), MIR (UDP), PCR (UDP) sind besonders in den klassenbewußten Gewerkschaften der Minen- und Metallarbeiter, der Fischer, der Stahlarbeiter, der Erdölarbeiter, der staatlichen Angestellten, der Bauerngewerkschaft CCP (Kleinbauerngewerkschaft) und CNA (Gewerkschaft des Agrarproletariats vor allem im Norden auf den staatlichen Zuckerrohr- und Baumwollgenossenschaften) und der kampfstarken Lehrgewerkschaft SUTEP verankert. Diese Parteien und Gewerkschaften haben die großen Landbesetzungen, Streiks und Generalstreiks der letzten Jahre geführt. Am erfolgreichsten war der Generalstreik 1977, der aufstandsähnliche Formen annahm, und letztlich die Militärs zum Rücktritt zwang. Insgesamt konnte die rL ihre Basis auf nationaler Ebene stark erweitern, war aber bisher wegen ihrer Zersplitterung und organisatorischen Schwäche nicht in der Lage, diese Kräfte organisch aufzunehmen und die stark ökonomisch geprägten Kämpfe der letzten Jahre auf eine höhere politische Ebene bringen. Sie konnte auch der PCP"U" die bürokratische Kontrolle über die Gewerkschaftszentrale CGTP nicht entreißen. Auch im Bereich der parlamentarischen und kommunalen Arbeit hat sie weniger Initiative gezeigt als es ihr möglich gewesen wäre. Entscheidend war, daß die rL in den letzten drei Jahren von starken ideologischen Linien- und Umorientierungskämpfen gebeutelt wurde. Dadurch konnte sich auch eine reformistische Strömung innerhalb der rL herausbilden, die sehr stark auf Wahlen orientiert ist. Dies kam bisher in zweierlei Hinsicht zum Ausdruck:

1. Zwar konnte die rL der IU ein revolutionäres Programm durchsetzen, war aber nicht in der Lage, revolutionäre taktische und strategische Positionen zur Übernahme der Macht programmatisch zu verankern und politisch durchzusetzen.
2. Kräfte der rL, vor allem der UDP haben die Kommunalwahl zu einem Machtkampf gegen die Regierung hochstilisieren wollen, gemeinsam mit den reformistischen Kräften der PSR und PCP"U".

Die ideologischen Entwicklungen der revolutionären Linken

In diesem Jahr konnte die rL trotz noch bestehenden politischen Differenzen weitgehend ihre ideologische Schwäche überwinden und den jahrelangen Klärungsprozeß soweit nötig beenden. Die Tatsache, daß der Sozialismus in Peru nur durch den bewaffneten Kampf durchgesetzt werden kann, war in der rL niemals umstritten. Die ideologischen Differenzen betrafen im wesentlichen die Einschätzung der peruanischen Gesellschaft und ihrer Klassenstruktur und der daraus resultierenden Taktik und Strategie zur Eroberung der politischen Macht.

Nach langjährigen intensiven und umfassenden Untersuchungen zur Klassenlage in Peru seitens der Parteien und der unabhängigen Intellektuellen der Linken, die in zahllosen Büchern und in allen neuen Parteiprogrammen dokumentiert sind, läßt sich die These von Mariátegui (Gründer der sozialistischen Partei Perus 1928, ab 1930 KP Perus) aus den 20er Jahren, Peru sei ein halbfeudales und halbkoloniales Land, nicht mehr aufrecht erhalten. Alle Parteien der rL hatten diese Einschätzung bis vor wenigen Jahren geteilt. Damit verbunden war die von Mao Tsetung für halbfeudale und halbkoloniale

Länder entworfene Strategie des revolutionären Volkskrieges, der vom Land in die Städte getragen wird. Nur noch Sendero vertritt heute diese These.

Seit Mariáteguis Analyse haben sich die Verhältnisse in Peru tiefgreifend verändert. Damals lebten noch mehr als 80% der Bevölkerung als Kleinbauern auf dem Land. Es herrschte eine Agraroligarchie und Kompradorenbourgeoisie. Heute leben nur noch 40% der Bevölkerung auf dem Land, davon die Hälfte in Provinzstädten, 50% leben an der Küste in den großen Städten und 10% im Urwald. Zwischen 1968 und 1975 wurde der feudale Grundbesitz weitgehend abgeschafft. Die kleinen Überreste der Agraroligarchie haben keine politische Macht mehr. Von 1968 bis heute sind allein 20% der Andenbevölkerung in die Küstenstädte abgewandert. Die vorherrschende Produktionsweise ist kapitalistisch. Der kapitalistische Markt hat ganz Peru erfaßt. 1980 betrug der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt Perus nur noch 13% gegenüber der verarbeitenden Industrie mit 25%. Daneben gibt es stark technisierte Sektoren wie der Bergbau und Hoch- und Tiefbau. Da es sich aber um einen vom Imperialismus abhängigen Kapitalismus handelt, dessen Entwicklung vom Imperialismus selbst Grenzen gesetzt sind, bleiben auch noch einige halbfeudale Strukturen bestehen. Der Kapitalismus hat die bäuerlichen Strukturen der Selbstversorgung weitgehend zerstört. Die abgewanderten Bauernmassen konnten aber nur zum Teil in den Städten in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingegliedert werden, und daher auch die hohe Anzahl von über 50% Unterbeschäftigten und über 8% Arbeitslosen. Die imperialistische Herrschaft stützt sich heute auf eine Monopol-, Finanz- und Exportbourgeoisie.

Diese wenigen stichwortartigen Aspekte machen die tiefgreifenden Veränderungen seit Mariátegui deutlich. Die rL geht heute davon aus, daß Peru ein halbkoloniales, kapitalistisches Land ist.

Die These Mariáteguis, Peru sei eine entstehende Nation (una nación en formación), bleibt weiterhin gültig. Peru ist ein Land mit riesigen unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen in seinen verschiedenen Regionen. Neben der kreolischen Bevölkerungsmehrheit gibt es die beiden großen Quechua- und Aymara-Nationalitäten und verschiedene Ethnien im Urwaldbbiet. Die Entwicklung des Kapitalismus bis heute in Peru hat an der Küste, aber auch in vielen Provinzstädten die "westlichen" Wertvorstellungen und kleinbürgerlichen Weltanschauungen stark verbreitet. Das Provinzbürgertum ist stark auf die Bourgeoisie in Lima orientiert. Es bestehen riesige Unterschiede an politischem und gewerkschaftlichem Organisationsgrad der Massen in den verschiedenen Regionen und sehr unterschiedliche Kampferfahrungen. Dies muß bei der Entwicklung einer revolutionären Taktik und Strategie für Peru besonders berücksichtigt werden. Dies wurde lange Zeit durch die schematische Übertragung von Revolutionsmodellen verhindert. Für die rL heißt Mariáteguist zu sein, seine Thesen schöpferisch anzuwenden und weiter zu entwickeln.

Die rL kämpft für eine neodemokratische Regierung auf dem Weg zum Sozialismus. Diese Form der neodemokratischen Herrschaft ist gleichzeitig die spezifisch peruanische Form der Diktatur des Proletariats, die von der Arbeiterklasse und den Organen der direkten Demokratie des Volkes ausgeht. Diese Organe sind auf dem Land die comunidades campesinas (Bauerngemeinden), die von Mariátegui als Keimzellen des Sozialismus auf dem Land bezeichnet wurden, und in den städtischen Gebieten die asambleas populares (Volksversammlungen). Die Herrschaft der neuen Demokratie kann nur durch einen revolutionären Volkskrieg erreicht werden, der sich gleichzeitig

in den Städten und auf dem Land entwickelt, geführt durch das Proletariat auf der Basis eines Arbeiter- und Bauernbündnisses und der Einbeziehung des städtischen Halbproletariats, der linken Intellektuellen, kleinen Angestellten und Fachkräfte und fortschrittlichen Studenten.

Die taktischen Aufgaben

In der jetzigen historischen Periode steht der politische Kampf an erster Stelle. Vorrangig ist die Schaffung neuer und die Stärkung schon vorhandener Organe der direkten Demokratie der zukünftigen Volksmacht, wie die asambleas populares, FEDIP's und Arbeiterräte. Daneben muß der Kampf um den Erhalt der noch vorhandenen beschränkten bürgerlichen demokratischen Rechte und um die Erweiterung derselben geführt werden, um Kräfte zu akkumulieren. Der vorhandene demokratische Spielraum muß voll ausgenutzt werden.

Der Kampf um die politische Hegemonie der revolutionären Kräfte in IU und in den demokratischen Volksmassen muß in Angriff genommen werden. Dabei müssen die reformistischen (Wahlorientierung) und linksradikalen (Priorität des bewaffneten Kampfes jetzt) Abweichungen politisch bekämpft werden.

Förderung der regionalen Kämpfe und Stärkung der FEDIP's als Organe der Selbstverwaltung in den verschiedenen Regionen Perus und damit Bekämpfung und Schwächung der zentralen politischen Macht in Lima.

Organisierung der Massen in IU, den Gewerkschaften und Verbänden und Bildung eines klassenbewußten Gewerkschaftsdachverbandes. Gewinnung der antiimperialistischen demokratischen Mittelschichten. Dies sind im wesentlichen die mittleren und kleinen Produzenten, die Kleinhändler, der breite Dienstleistungsbereich, die Fachkräfte und Angestellten, denn sie bilden den größten ökonomisch aktiven Sektor der peruanischen Bevölkerung.

Politische Neutralisierung oder Gewinnung der Teile der nationalen Bourgeoisie, die sich im zunehmenden Widerspruch mit dem Imperialismus befinden.

Vorbereitung eines unbegrenzten nationalen Generalstreiks (paro cívico nacional).

Die vorhandenen Organe der Selbstverteidigung der Massen müssen verstärkt und in ganz Peru verbreitet werden. Dabei müssen die Erfahrungen der rondas campesinas (bewaffnete Bauernwachen)(1) berücksichtigt werden.

Verstärkung der militärischen Kräfte der Parteien der rL.

Den demokratischen Kräften steht eine starke proimperialistische Handelsbourgeoisie und eine zunehmend geschwächte nationale Bourgeoisie gegenüber. Die herrschenden Kräfte stützen sich auf eine sehr große moderne Armee europäischen Typs, die nicht mit den Armeen und Nationalgarden Mittelamerikas vergleichbar ist. In Peru kann eine Revolution nur dann siegen, wenn sie Teile dieser Armee auf ihre Seite bringt, wenn sie alle demokratischen Kräfte des Landes miteinbezieht und sie die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt und gleichzeitig auch in ganz Peru durchgeführt wird.

Die rL ist bis jetzt nicht in der Lage gewesen, diese großen Aufgaben, die sie sich selbst gesetzt hat, befriedigend in Angriff zu nehmen. Dies ist in ihrem jetzigen zersplitterten Zustand kaum möglich. Deshalb hat auch der Kampf gegen Sektierertum und Dogmatismus in diesen Parteien von der Basis her stark zugenommen. In einigen Departamentos wie Puno, Cuzco, Cajamarca und Piura arbeitet die

Basis der revolutionären Parteien schon länger eng zusammen. Insgesamt haben sich die Tendenzen zur Einheit spürbar verstärkt. In diesem Jahr gab es zwei nationale Versammlungen zur Bildung der neuen Mariátegui-Partei, an denen VR, MIR und PCR teilgenommen haben. Die Vereinigung dieser Parteien soll im Januar 1984 stattfinden.

In den letzten Jahren hat auch eine breite und fruchtbare Diskussion in der rL über Parteidemokratie, Staat und Sozialismus stattgefunden, die zu einigen positiven Ergebnissen geführt hat:

- Es genügt nicht, einen abstrakten Sozialismus für nach der Revolution zu propagieren, sondern es müssen schon jetzt Vorstellungen darüber entwickelt werden, wie dieser aussehen soll. Die Grundsteine für die zukünftige sozialistische Politik werden jetzt schon gelegt.
- Aus den bisherigen negativen Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in vielen Ländern werden einige Lehren gezogen: Der sozialistische Staat darf nicht von der Partei regiert werden, sondern muß von den Organen der direkten Demokratie des Volkes gebildet werden. Die Partei hat im wesentlichen ideologische Aufgaben.
- Zur Verhinderung der Bürokratisierung muß die politische Macht dezentralisiert werden. Es muß autonome regionale Volksregierungen bei gleichzeitigem demokratischem Zentralismus geben.
- Abwählbarkeit aller Machtorgane mit imperativem Mandat.

Es muß festgehalten werden, daß der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis noch sehr groß ist. Angesichts der sich rapide zuspitzenden ökonomischen Lage und der wachsenden Repression und Putschgefahr wird der Spielraum enger, und es ist eine große Frage, ob die rL die oben genannte historische Aufgabe für diese Etappe des politischen Kampfes bewältigen kann.

Anmerkung (1) Rondas campesinas gibt es vor allem im Norden Perus in dem Departement Cajamarca. Dort haben sich die Bauern bewaffnet, um sich vor den Viehdiebstählen, der behördlichen Willkür und den polizeilichen Übergriffen zu schützen. Man schätzt die Zahl der bewaffneten Bauern auf ca. 50 000. Die rondas campesinas sind politisch unterschiedlich organisiert. Ein Teil steht der IU nahe, ein anderer Teil der APRA. Der Regierung ist die Gefahr, die von den rondas ausgehen kann, bewußt. Deshalb versucht sie, über Hilfsgüter (Lebensmittel, Kleidung etc.) die rondas für sich zu gewinnen und die linken rondas zu isolieren. Die Erfahrungen der rondas campesinas sollen vor allen Dingen über die Bauerngewerkschaft CCP in anderen Teilen Perus verbreitet werden. Die rL sieht in den rondas Keimformen der revolutionären Volksheeres.

KOLUMBIEN

Movimiento 19 de Abril - M 19 (III)

Versuch einer kritischen Hinterfragung (Teil 3)

Der Schlußteil des Artikels über die Guerrillabewegung M-19 behandelt die Hinwendung der Organisation zu einer fast rein militärischen Strategie, in der den Volksbewegungen nur noch eine Unterstützungsfunktion zugebilligt wird. In den Schlußfolgerungen setzt sich die Autorin kritisch mit den Folgen einer militärischen Organisations- und Kampfform für die Entwicklung der Basisbewegungen auseinander.

Die Hinwendung zum Militärischen

Ein neuer Stil findet sich ab 1980: "Der bewaffnete Kampf muß bis zur letzten Konsequenz geführt werden: entweder die Eroberung der Macht für das Volk oder der Sieg der Streitkräfte der Oligarchie und die Vernichtung des Volksheeres." Um zu siegen, müssen die Massen mobilisiert werden. Dabei geht es nicht darum, Bewußtwerdungsprozesse auszulösen, sondern das Volk dazu zu bringen, sich dem Krieg anzuschließen. Kein Volk hat vor der Revolution politisches Bewußtsein erlangt. Die Bewußtseinsbildung findet danach statt ... Es bedarf keiner ideologischen Reden, damit die Massen sich zur Revolution bekennen. Das geht schnell, sie brauchen sie nötiger als wir. Nur durch Zuhören schließt sich das Volk der Revolution nicht an. Dann macht man die Revolution für das Volk. Deswegen müssen wir die Revolution nationalisieren, ihr den Geschmack von Pachanga geben, sie mit Bambucos, Vallenatos, Cumbias (kolumbianische Rhythmen, d.V.) begleiten beim Gesang der Nationalhymne ... Der Krieg wird gewonnen, wenn das Volk vereint ist. Um es zu vereinen, muß man es anziehen. Mit Taten! Das kolumbianische Volk versteht nur die Sprache der Taten. Es gefällt dem Volk, etwas zu sehen, zu fühlen, zu riechen ... Die Leute schließen sich dem Kampf an, wenn sie glauben, daß sie siegen werden ... Für das Volk ist die Revolution ein großes Fest." (1)

"Der Krieg muß die neuralgischen Punkte des Systems lähmen, die militärischen Aktionen müssen sich in politische verwandeln ... Der Kampf muß die Produktionsstätten erreichen und lahmlegen ... Ich glaube nicht an die Guerrilla allein. Ich glaube an die Guerrilla plus die lokalen militärischen Bewegungen, plus Protestbewegungen des Volkes, plus Selbstverteidigung der Bauern, plus den städtischen und ländlichen Volksbewegungen, den Intellektuellen, Künstlern, den Gewerkschaften, der Studentenbewegung, den Menschenrechtsgruppen. So summiert sich die Mehrheit des Volkes - jeder an seinem Arbeitsplatz oder Wohnort - zur Revolution und macht ihren Sieg möglich. Eine Guerrilla kann nur dann effizient sein, wenn sie von einer Massenbewegung unterstützt wird. Aber in Kolumbien wurden die Rucksäcke der Guerrilleros immer größer,

weil sie sich immer mehr von den Massen entfernten. Sie waren nicht verwurzelt in den Massenbewegungen, aber gleichzeitig fehlt eine wirkliche Volksbewegung auf nationaler Ebene. Wenn es eine demokratische Öffnung gäbe, würden wir uns in erster Linie der Herausbildung einer Massenbewegung widmen. Es ist klar, daß die demokratische Öffnung in einer verstärkten Repression enden würde." (1)

"Der Krieg findet statt zwischen Arm und Reich, zwischen Demokraten und Antidemokraten, zwischen Folterern und Verteidigern der Menschenrechte, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, zwischen denen, die nichts zu verlieren haben, und denen, die viel zu verlieren haben. In dem Maße, in dem das Volk unter der Repression zu leiden hat, in dem Maße, in dem das Volk gefoltert wird, in dem Maße der Hunger zunimmt, in dem die Möglichkeiten der Bildung schrumpfen, das Lebensniveau sinkt, in dem Maße werden die Bedingungen für eine Entwicklung geschaffen, die hinführen wird zur Nationalen Revolution." (1)

Gesellschaftliche Veränderung wird hier inzwischen vorrangig militärisch definiert; das Verhältnis Massenbewegung - Guerrilla verschiebt sich in Richtung militärischer Kampf. Die Massenbewegung hat nur noch eine unterstützende Funktion, während in den ersten Konzeptionspapieren noch die Guerrilla die Massenbewegungen unterstützen sollte. Es geht nicht mehr darum, daß die Massen über die Analyse ihrer konkreten Probleme sich ihrer Lage bewußt werden und sich organisieren und durch die Entwicklung neuer Arbeits- und Lebensformen die Gesellschaft verändern, sondern sie müssen dahin gebracht werden, daß sie den bewaffneten Kampf unterstützen. Erst wenn die Avantgarde die Macht hat, können Bewußtwerdungsprozesse ausgelöst werden. Die Revolution soll den Geschmack der Volkskultur haben, aber nicht, um diese zu entwickeln, sondern um sie zu nutzen, damit sich das Volk M-19 anschließt.

Batemans Gleichsetzung von Bewußtseinsbildung und Überzeugen bzw. Überreden macht deutlich, daß M-19 seine vorrangig militärische Konzeption nie hinterfragt und ein sehr beschränktes Konzept von politischer Arbeit hat. Gleichzeitig wird die uralte Vorstellung wieder ausgepackt, daß die Leute umso kampfbereiter sind, je miserabler ihre Lebensbedingungen sind. Daß dieses Konzept aber eher dem Denken der Kleinbourgeoisie als dem realen Verhalten der Massen entspricht, hat sich in der Geschichte oft genug gezeigt.

Die verstärkte Hinwendung zum Militärischen drückt sich auch in den Aktionen aus: M-19 beschießt den Präsidenten mit Granaten usw.

Bei mehreren schlecht geplanten und schlecht durchgeführten Kommandoaktionen, bei denen M-19 keinerlei Unterstützung aus der Bevölkerung hatte, fielen wichtige Führer der Gruppe in die Hände der Militärs, einige wurden ermordet, andere flohen in die Nachbarländer, wo sie um Asyl baten.

Vor allen in den Jahren 1980-1982 gab es eine Reihe bewaffneter Aktionen. Die Hauptstadt der Region Putumayo wurde eingenommen, ebenso eine Reihe von Dörfern, Polizei- sowie Radio- und Fernsehstationen. Ziel war meist, die Forderungen von M-19 bekannt zu machen.

M-19 in der Region Caquetá

Typisch für diese in erster Linie militärisch ausgerichtete Strategie ist die Arbeit von M-19 im Caquetá. Die bis 1979 vorrangig in den Städten arbeitende Organisation brauchte Erfahrung in ländlichen Regionen. Der Caquetá erschien geeignet wegen seiner

strategisch günstigen Lage, dem relativ hohen Organisations- und Bewußtseinsgrad und den Kampferfahrungen seiner Bevölkerung (vgl. LN 106). Es gelang auch, dort in kurzer Zeit die Sympathie der Bevölkerung zu wecken. Die politische Arbeit trug dazu bei, daß die Bauern ihre Situation und ihre Interessen in der Gesellschaft erkannten, d.h. das Klassenbewußtsein wurde geweckt oder verstärkt. Aber es wurden keine Organisationsformen geschaffen, die es den Bauern möglich machten, ihre Interessen zu vertreten. Diese Organisationsformen müßten zum einen die ökonomischen Interessen betreffen, d.h. Schaffung von kollektiven Produktionsverhältnissen, zum anderen müßten sie die politische Interessenvertretung ermöglichen. Gleichzeitig muß eine Guerrilla in ihren Einflußgebieten dafür Sorge tragen, daß die Bevölkerung sich gegen die militärische Repression wehren kann. Im Caquetá versprach M-19 Beistand, wenn das Militär kommen sollte. Als das Militär kam, verzog sich die Guerrilla in die Berge, die Bauern waren ausgeliefert, wurden gefoltert und ermordet. Es wäre an anderer Stelle zu untersuchen, welche Auswirkungen es auf die Kampf- und Organisationsbereitschaft der Bevölkerung hat, wenn sie sich zwar der Situation der Ausbeutung und Unterdrückung bewußt werden, aber gleichzeitig keine Organisationsimpulse erhalten, sondern im Gegenteil die brutale Repression alle aufkeimenden, zaghaften Versuche zerstört.



KOLUMBIEN

Betrachten wir kurz zwei Beispiele: 1981 ließ M-19 ein Flugzeug voller Waffen im Fluß Ortegazo landen, wenige Flugminuten von einer Militärbasis entfernt. Die Waffen wurden an die Bauern der Gegend verteilt, die gerade anwesend waren. Da es im Caquetá nicht gerade von Flugzeugen wimmelt, wurde das Militär aufmerksam und fand die Waffen bei der Bevölkerung. Die Repression nahm verheerende Ausmaße an (vgl. LN 106). Was ist der Sinn einer Waffenverteilung an nicht auf die bewaffnete Verteidigung vorbereitete Bauern? Das Ergebnis war jedenfalls ein grauenhaftes Massaker an Bauern von Remolinos und Hunderte von Flüchtlingsfamilien.

Ein anderes Beispiel: M-19 nahm ein Dorf ein und versammelte die Bevölkerung und verlangte, 20 Leute sollten sich für die Ortsgruppe melden. Niemand meldete sich, die 20 wurden einfach ernannt. Einer wurde zum Kommandanten bestimmt, vielleicht von der Bevölkerung und nicht von M-19. Dieser "Kommandant" wandte sich daraufhin weinend an Vertrauenspersonen; er wisse nicht, was M-19 eigentlich sei, was er als Kommandant zu tun habe, er verstehe alles nicht und habe Angst. Bei der nächsten Repressionswelle wurde er als M-19-Kommandant denunziert; 2 Monate nach seiner "Ernennung" wurde er zu Tode gefoltert aufgefunden.

Diese Beispiele sind leider keine Ausnahme und können auch nicht einfach damit abgetan werden, es gäbe nun mal kein Rezept für die Revolution. Sie sind vielleicht zu erklären mit dem Bestreben der Organisation, schnell an Stärke zu gewinnen. Es gab Zeiten, z.B. 1979/80, wo man der Organisation wachsende Sympathie entgegenbrachte und wo sich ihr viele Jugendliche anschlossen. Diesen Jugendlichen fehlte es an politischem Bewußtsein und politischer Klarheit, sie wollten kämpfen, verändern. Die Organisation war nicht in der Lage, sie angemessen zu schulen: Sie erhielten eine militärische Kurzausbildung, politische Schulung gab es nicht. So konnte es dazu kommen, daß ein großer Teil der Guerrillatrupps im Caquetá aus 14-16jährigen bestand, die sich inzwischen zum großen Teil der Amnestie unterworfen haben. Sie äußerten erschreckend wenig Klarheit über ihre politischen Ziele und Vorhaben.

Mitglieder von M-19 sehen die Operationen im Caquetá als Erfolg an: Noch nie hat eine Guerrilla so schnell Fuß fassen können und so schnell an Stärke gewonnen wie im Caquetá. Es wurden neue Organisationsformen entwickelt, die Integration der bäuerlichen Bevölkerung in die Aktionen gelang weitgehend.

Das bedeutet, daß die Organisation wertvolle Erfahrungen gesammelt hat, die, wenn sie ehrlich ausgewertet würden, M-19 sicher auch einen Schritt weiterbringen könnten. Aber die Bevölkerung hat auch Erfahrungen gesammelt. Z.B. mal wieder für eine linke Gruppe das Versuchskaninchen gewesen zu sein. Aber auch die Erfahrung, letztlich doch machtlos gegen das herrschende System zu sein. Wie werden sie sich verhalten, wenn die nächste Gruppe kommt, die ihnen etwas von sozialer Veränderung erzählt?

Die Amnestie und ihre Folgen

In die gleiche Phase fällt der Kampf von M-19 für eine bedingungslose Amnestie als Voraussetzung für den sozialen Frieden. Jaime Bateman gab nach langen Verhandlungen mit der Regierung strahlend bekannt, der letzte Amnestievorschlag sei akzeptabel. Die politischen Gefangenen wurden zum großen Teil freigelassen, eine Reihe von Guerrilleros - besonders im Caquetá - unterwarfen sich der Amnestie.

Aber die Repression in den militarisierten Zonen gegen die Bevölkerung und die Morde an engagierten Gewerkschaftern, Rechtsanwälten und Abgeordneten und Amnestierten durch paramilitärische Banden wie MAS gingen weiter. Im Caquetá z.B. fühlten sich viele Bauern verraten: die Hoffnung auf den politischen und gesellschaftlichen Wechsel ließ sie Folter und Mord ertragen, und nun unterwarfen sich diejenigen, die die Veränderung proklamiert hatten, einfach der Amnestie, während es für die unter Ausbeutung und Unterdrückung leidende Bevölkerung bis heute keine Amnestie gibt.

Das neue Ziel: Vernichtung der Streitkräfte

Vier Monate nach Inkrafttreten der Amnestie erklärte M-19 der Regierung erneut den Krieg: in Panama wurde Anfang 1983 von der nationalen Führung Folgendes festgehalten: Laut M-19 ist die Amnestie das Bedürfnis der Mehrheit, sie ist der erste Schritt der Öffnung. Die Oligarchie erkannte das Scheitern ihres Versuchs, die Guerrilla zu vernichten und war deshalb gezwungen, die Amnestie zu verkünden. Während wir - M-19 - unter Friede nicht nur Amnestie sondern Dialog, bessere Löhne, Reformen etc. verstehen, deklariert Belisario Betancur die Streitkräfte zum Friedenserhalter. Das hat



Präsident Betancur übergibt dem neuen Heeresbataillon "Liborio Mejia" im Caquetá die Fahne

zunehmende Gewaltanwendung gegen die Volksbewegungen zur Folge: Verhaftungen, Folter, Verschwindenlassen von Personen, militärische Offensiven gegen die Landbevölkerung. (Im Februar 1983 sprach M-19 von 315 Personen, die innerhalb der vorangegangenen 6 Monate von rechten paramilitärischen Organisationen ermordet worden waren; kürzlich erschien in der liberalen Tageszeitung 'El Espectador' die Notiz, allein in der Stadt Medellín seien in den letzten 6 Monaten 800 Personen ermordet worden; im Medio Magdalena, einer Kriegsregion, werden Dörfer bombardiert, Hunderte von Ermordeten und Gefolterten, 100 Familien mußten fliehen vor der Gewalt der Militärs.)

Dies ist - wie M-19 sehr richtig feststellt - die Realität der politischen "Öffnung". Angesichts dieser Situation und des fehlenden Interesses der Regierung, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung zu ergreifen, sieht M-19 den Aufbau eines Volksheeres als vorrangig an. Das Heer der Oligarchie soll zerschlagen werden und auf allen Ebenen müssen politische und militärische Konfrontationen vorangetrieben werden. "Es geht jetzt darum, der de-

mokratischen Fassade die Maske vom Gesicht zu reißen und aufzuzeigen, daß der militärische Weg der einzige ist, der zum Ziel führt. Einzig und allein die Zerschlagung des Heeres der Oligarchie, des Rückgrats des Systems, garantiert den demokratischen Prozeß. Die Hauptaufgabe ist jetzt die Schaffung eines bewaffneten Volksheeres, dessen Kampfbereitschaft dadurch gekennzeichnet ist, daß es in dauernden Schlachten an Stärke gewinnt und in der Hitze des Gefechts die Massen an sich zieht." (6; S. 8) Es sollen Waffen erbeutet werden, "für jede Waffe einen Kämpfer, für jeden Kämpfer einen Sieg." "Die feindlichen Streitkräfte bestehen aus 60 000 Soldaten des Heeres, 6 000 der Luftwaffe, 7 000 der Marine, 70 000 Polizisten und so weiter: das ist die Quelle, die uns mit Waffen versorgt. Unsere militärische Macht hat ihren Stützpunkt in der Südfront (Caquetá), die als Ausbildungsschule und Befehlszentrale dient; von dort aus werden neue Fronten geschaffen. Jeder Sieg bringt uns neue Kämpfer ... Jeder gefallene Guerrillero bringt uns 10 neue Kämpfer ... Wir wissen, daß ein Militärputsch in erster Linie nicht die Guerrilla und die Volksbewegungen zerstört, sondern einen politischen Widerstand schaffen und die Volksbewegungen und die fortschrittlichen Teile des Militärs in den bewaffneten Kampf einbeziehen wird." (6)



M-19-Anhänger protestieren gegen die paramilitärische Bande MAS:
"MAS - Mörder der Arbeiter, Studenten und Bauern"

M-19 sieht weiterhin die Notwendigkeit der Einheit aller fortschrittlichen sozialen Kräfte, "um den gemeinsamen Feind zu schlagen, wobei die Guerrilla den wichtigsten strategischen Faktor im Kampf zur Eroberung der Demokratie darstellt: die Waffen haben eine strategisch zentrale Bedeutung, denn es geht darum, das Rückgrat der Oligarchie zu brechen, d.h. die Streitkräfte zu vernichten. Wir müssen die Spezialeinheiten angreifen und herausfordern, das wird die Aufrüstung der Militärs nötig machen, dafür muß die Regierung Schulden machen, öffentliche Ausgaben werden gestrichen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nehmen zu. In dem Maße, wie die Verelendung der Bevölkerung sich verschärft, wird das Volk sich unserem Kampf anschließen." (6)

Dies sind neue Töne. Die Bewußtseinsbildung ist vorerst an den Nagel gehängt worden, es geht nur noch um den Aufbau des Volksheeres. In diesem letzten Papier der Konferenz der nationalen Führung des M-19 in Panama werden zwar die Volksorganisationen noch benannt, und es wird auch noch einmal die Vielfalt der Kampfformen beschworen, aber von knapp 40 engbeschriebenen Schreibmaschinenseiten beschäftigen sich bis auf 4 oder 5 alle mit der Strategie des bewaffneten Kampfes.

Diese Verlautbarungen haben einen großen Teil der Sympathisanten von M-19 verwirrt oder gar abgestoßen; auch eine Reihe von Mitgliedern - darunter führende Kader - haben die Organisation verlassen. Es gibt schwerwiegende Gründe, wie die Ermordung der Amnestierten, die Angriffe der Militärs auf Ex-Guerrilleros, die Verdrehung von Informationen in den Massenmedien usw., die das Verhalten von M-19 verständlich machen. Aber all dies muß den Führern der Organisation auch vorher bekannt gewesen sein: Daß MAS nicht von heute auf morgen vernichtet werden kann, daß die Militärs sich nicht aus den von ihnen besetzten Zonen zurückziehen werden, daß die Massenmedien die herrschende Klasse vertreten usw. Wer annimmt, daß die Führer von M-19 etwas anderes erwarteten, unterstellt ihnen politische Naivität. So bleibt der Eindruck, M-19 habe mit der Regierung ein doppeltes Spiel getrieben: die Gefangenen freikriegen, um mit neuen Kräften zum Krieg zurückzukehren. Wenn sich die bürgerliche Presse und die herrschenden Politiker darüber aufregen, so ist das heuchlerisch, aber das Volk erwartet von denen, die ihre politischen und militärischen Führer sein wollen, ein anderes Verhalten. Drei Jahre lang redete M-19 vom Kampf um die politische Öffnung und eine bedingungslose Amnestie; nun, wo sie ihr Ziel erreicht haben, folgt eine Kriegserklärung an die Regierung, die zur Zeit eine breite Unterstützung in der Bevölkerung hat. Selten gab es in der kolumbianischen Geschichte politisch, wirtschaftlich und sozial so günstige Bedingungen für die Formierung einer breiten demokratischen Bewegung, die M-19 mit ihrem Prestige hätte unterstützen können. Aber durch sein gegenwärtiges Verhalten unterstützt M-19 eher die reaktionären Teile der Konservativen Partei, insbesondere den Sektor Turbay Ayala und die Militärs, die sich von vornherein vehement gegen eine Amnestie ausgesprochen hatten. Die Kriegserklärung von M-19 bestätigt ihre Haltung. Offen fordern auch Grundbesitzerverbände u.ä. eine Verstärkung der Repression; offen ist auch die Verbindung zwischen ihnen, den Militärs und den paramilitärischen Banden, die sie mit der Kriegserklärung von M-19 stärker denn je rechtfertigen. So dient die Existenz der Guerrilla wieder einmal zur Rechtfertigung der Unterdrückung aufkeimender Volksorganisationen.

Schlussfolgerungen: Die Logik des Krieges

Seit der Nationalen Front reduziert sich der Kampf um die Veränderung politischer und ökonomischer Strukturen immer stärker auf bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Guerrilla und Streitkräften. Die militärische Repression von seiten des Staates, der sich immer mehr entsprechend der militärischen Doktrin der nationalen Sicherheit organisiert, führte die Linke zu der Auffassung, allein der bewaffnete Kampf, "die höchste Form des Kampfes", brächte die notwendige gesellschaftliche Veränderung. So wie die Oligarchie Politik auf die Kunst des Postenverteils und die Ausschöpfung von Pfründen reduzierte und die Verwaltung des Staatsapparates den Militärs überließ, so wurde die 'legale' Linke von

den bewaffneten Gruppen ersetzt. Während der Ära des Präsidenten Turbay Ayala waren Militärs und Guerrilla die Akteure des politischen Szenarios, der Rest der Kolumbianer wurde auf den Status des Zuschauers oder gar Opfers der Kämpfe ihrer selbsternannten Repräsentanten verwiesen. Zur Zeit Turbays (1978-82) konnte sich die Guerrilla aber zumindest politisch legitimieren, und ihre Aktionen wurden auch von sehr breiten Sektoren der Bevölkerung als politisch legitim angesehen. Dies änderte sich beim Amtsantritt von Belisario Betancur (1982): Die populistischen Versprechen des neuen Präsidenten und seine bescheidenere Art des Auftretens hat ihm spontan die Sympathie gerade der Unter- und Mittelklassen verschafft. Breite Teile der Bevölkerung glauben an ihn und seinen festen Willen, Schluß zu machen mit der Repression und der krassen sozialen Ungerechtigkeit. Der Erlass der Amnestie brachte ihm - und nicht der Guerrilla! - den Ruf der Friedenstaube ein. Militärische Aktionen gegen die Regierung werden derzeit von großen Teilen der Bevölkerung als politisch nicht legitim angesehen. M-19 hat innerhalb kurzer Zeit den größten Teil der Sympathien verloren: die einen dadurch, daß M-19 überhaupt für die Amnestie kämpfte, die anderen dadurch, daß die Organisation trotz der Amnestie die Regierung militärisch angreift.

Sein letzter Friedensvorschlag vom April 1983 - gemeinsam mit der FARC, der der KP angeschlossenen Guerrilla verabschiedet und an die Regierung gesandt - wird von niemandem mehr ernst genommen.

Es wird - auch von M-19 - immer wieder unterstellt, jeder Krieg habe seinen Sieger. Aber es gibt auch Kriege, bei denen nur Verlierer herauskommen. Nach der Weigerung des M-19, sich der Amnestie zu unterwerfen, nachdem die Gefangenen frei waren, wird der Kampf um gesellschaftliche Veränderungen weiterhin zwischen Guerrilla und Militärs stattfinden. Mit welcher Perspektive?

Kolumbien ist weder Kuba noch Nicaragua noch El Salvador. Es gibt - glücklicherweise - keine Diktatur, und die Bourgeoisie ist - leider - stark und erfahren im Umgang mit Volksbewegungen. Das kolumbianische Heer ist Weltmeister im Antiguerillakampf. Die Zentren der Macht sind nicht in der Hauptstadt konzentriert, sondern liegen verteilt in verschiedenen Städten. Breite Schichten auch gerade innerhalb der Volkssektoren wollen den "Frieden" um jeden Preis erhalten; die Zeit der 'violencia' hat die Menschen geprägt.

Zwar ist es richtig, daß die Landbevölkerung schon immer sozialer und militärischer Gewalt ausgesetzt war, und daß sie ein unausgeschöpftes Reservoir neuer Kämpfer für die Guerrilla darstellt, aber die Streitkräfte halten sie - mit internationaler Unterstützung - von den Machtzentren fern. So kann der Krieg unendlich lang hingehalten werden. Bauern-Soldaten und Bauern-Guerrilleros schlachten sich gegenseitig ab, die herrschenden Machtstrukturen bleiben unangetastet, vielleicht schreitet die Rezession rascher voran, die Nahrungsmittel verknappen sich, die Preise steigen, die Inflation wächst ... bis es dann irgendwann mal zum offenen Krieg kommt (wie ein M-19-Kämpfer kürzlich sagte: "Wir wollen den totalen Krieg!"), was bei Deutschen zumindest eine Gänsehaut auslöst). Da würden dann mit Sicherheit die Supermächte eingreifen, denn von jedweden Standpunkt aus gesehen ist Kolumbien ein strategischer Schlüsselpunkt. Die USA und UdSSR nähmen den internen Krieg zum Anlaß, an fremden Körpern ihr Kriegspotential zu erproben. Wer immer dann gewinnen mag und welcher Kurs eingeschlagen wird, liegt dann nicht mehr in den Händen des kolumbianischen Volkes.

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat zu einer Reihe von Bewegungen geführt: die Allianz der Gewerkschaftszentralen ist ein Beispiel, das erahnen läßt, was sich anbahnt, ebenso wie die vielen regionalen und lokalen Generalstreiks (paros cívicos). Für die herrschenden Klassen sind ein nationaler Generalstreik, eine Streikwelle, regelmäßige öffentliche Kundgebungen, wöchentliche Demonstrationen mit leeren Kochtöpfen etc. weitaus bedrohlicher als eine Guerrilla in den Urwaldregionen des Caquetá oder Putumayo. Solche Kampf- und Organisationsformen ermöglichen es dem Volk, zum Akteur seines Schicksals zu werden und den gesellschaftlichen Wandel nach den eigenen Vorstellungen selbst zu gestalten. Das Volk kann seine eigenen Waffen gebrauchen: seine Masse und seine Arbeit, ohne die das Kapital nicht überleben kann. Der Kampf um Demokratie und Sozialismus muß auf allen Ebenen der Kampf des Volkes sein.

Die neue Gesellschaft kann - auch in Lateinamerika - nur im Schoß der alten entstehen: Es geht darum, alle Formen gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen, die Ausbeutungs- und Machtstrukturen reproduzieren, neu zu gestalten. Diese Veränderung ist aber nicht durch eine Übernahme des Staatsapparates und - nach der Revolution - die Einführung einer neuen Produktionsweise zu erreichen. Die Veränderung muß basieren auf neuen kollektiven Produktionsverhältnissen, d.h. schon jetzt müssen die Volksbewegungen ihre Situation konkret verändern. Z.B. durch Produktions- und Einkaufskooperativen, die zum einen die miserablen Lebensbedingungen ein wenig verbessern und zum anderen Lernprozesse über die Situation der ausgebeuteten Sektoren möglich machen, die also zu Klassenbewußtsein führen. In diesem Prozeß kann sich das Bewußtsein der Unterdrückten, das in erster Linie vom Gefühl der eigenen Ohnmacht gekennzeichnet ist, zum Bewußtsein eigener Fähigkeiten und kollektiver Stärke hinentwickeln. Es kann nicht darum gehen, aus der Vogelperspektive das kapitalistische Wirtschaftssystem zu verdammen, denn schließlich leben wir darin und können uns ihm nicht einfach entziehen, sondern es kommt darauf an, es schrittweise zu erobern und zu verändern. Da der objektive Handlungsspielraum weiter ist als der subjektiv empfundene, sind solche Veränderungen möglich. Da kann Volksmacht aufkeimen, Demokratie praktiziert und gelernt werden, Gemeinschaftssinn entfaltet werden. Erst wenn diese Keime einer neuen Gesellschaft an ihre objektiven, strukturbedingten Grenzen stoßen, hat der bewaffnete Kampf seine Chancen. Dann erhebt sich das Volk nicht nur gegen ein ungerechtes System, sondern für eine neue Gesellschaft, die es - zwar unter den Bedingungen eines repressiven Systems, aber real - gelebt und in Ansätzen schon geschaffen hat.

Die Linke hat in Kolumbien aber den politisch-ideologischen Kampf immer unterbewertet. Er diente immer nur dazu, das Volk zum bewaffneten Kampf zu bewegen, der Kampfform, die sie als die höchste ansieht. Der Streit ging in erster Linie darum, wer den Zeitpunkt für den bewaffneten Kampf bestimmt. Damit verlor der politisch-ideologische Kampf seinen Charakter als Bewußtseinsbildung im Sinn des Erkennens eigener Interessen und Fähigkeiten und verkam zur Agitation.

Die Struktur politisch-militärischer Organisationen ist rigide und läßt keine demokratische Entscheidungsfindung zu. Ein leninistischer Parteaufbau, dessen entscheidungsfindende Instanz in der Parteispitze liegt, verhindert Basisdemokratie. Diesem Avantgardekonzept entspricht die Verachtung dessen, was das Volk denkt und tut. Das Volk folgt den 'caudillos', also wird Jaime Bateman zum 'caudillo' aufgebaut; das Volk glaubt an seine Führer, also

werden Führer geschaffen, die das Volk an sich binden ... Das Volk ist eben so, und davon müssen wir in unseren Kämpfen ausgehen - so wird dann argumentiert. Das bedeutet dann, von dem bestehenden Bewußtseinszustand und der Volkskultur ausgegangen wird, aber nicht um sie weiterzuentwickeln, sondern um sie auszunutzen. Eine militärische Organisation muß zwangsweise hierarchisch strukturiert sein, nicht jede Aktion kann vorher diskutiert werden und somit ist eine langsame Entwicklung von Keimen einer neuen Gesellschaft innerhalb der Volksbewegungen nicht mit einer militärischen Organisation vereinbar. Die Förderung einer neuen politischen Volkskultur, neuer Produktionsformen und neuer repressionsfreier zwischenmenschlicher Beziehungen ist unter den kolumbianischen Bedingungen unvereinbar mit einer militärischen Organisation.

ANMERKUNGEN UND QUELLEN:

- 1) Patricia Lara, Siembra vientos y recogeras tempestades. Bogota, 1982.
- 2) Concepcion y estructura de la organizaci6n politico-militar del M-19. Sexta Conferencia Nacional, März 1978.
- 3) Carta abierta a Maria Eugenia del M-19. Etwa 1973 oder 1974.
- 4) German Castro Calcedo: Como es el M-19. Interviews mit Jaime Bateman.
- 5) Dokumente der nationalen Konferenzen von M-19 1978 und 1979.
- 6) Dokument der Konferenz der nationalen Führung von M-19, Panama 1983.
- 7) Jose Fajardo und Miguelangelo Roldan, Soy el Comandante 1. Bogota, 1980.
- 8) Artikel und Interviews aus den liberalen Tageszeitungen El Tiempo und El Espectador aus verschiedenen Jahren.
- 9) SOLIDARIDAD (Monatszeitschrift), Bogota, Juni 1983, Nr. 45. Interviews mit Mitgliedern und Ex-Mitgliedern von M-19.
- 10) Flugblätter, Bulletins und andere Veröffentlichungen von M-19 aus verschiedenen Jahren.

GRENADA

“Wissenschaftlich entschieden“

Für das Verständnis der Auseinandersetzungen innerhalb des New JEWEL Movement in Grenada im September und Oktober erscheint ein Sitzungsprotokoll sehr nützlich, das von der Pariser Zeitung Le Monde in Auszügen und Zusammenfassungen veröffentlicht wurde. Es zeigt, wie auch unter der karibischen Sonne alle Lebendigkeit aus dem Denken und Reden verschwinden kann. Orwell läßt grüßen.

Außerordentliche Versammlungen des Zentralkomitees des N.J.M.

14.-16. September 1983

Anwesende Genossen: Maurice Bishop, Selwyn Strachan, George Louison, Unison Whiteman, Liam James, Chalkie Ventour, Ewart Layne, Phyllis Coard, Leon Cornwall, Kamau McBarnette, Tan Bartolomew, Fitzroy Bain, Chris Deriggs.

Abwesende Genossen: Hudson Austin (außer Landes), Ian Saint Bernard (krank).

Der Genosse Bishop läßt eine Tagesordnung herumgehen.

(Hier folgt ein ziemlich banales Projekt eines Arbeitsplans, der von den "Aufgaben" des Zentralkomitees, der Auswertung der im August geleisteten Arbeit usw. handelt. Die Gegner Bishops attackieren von Anfang an. Der erste Angriff wird von Liam James vorgetragen. Le Monde.)

Der Genosse Liam James schätzt, daß die vorgeschlagene Tagesordnung nicht den Punkt trifft. Der Genosse Ventour präzisiert, was sie enthalten müßte:

- 1) Analyse des gegenwärtigen Zustandes der Partei und der Revolution;
- 2) Analyse der Hauptprobleme des Zentralkomitees;
- 3) Wie da herauskommen.

Der Genosse Bishop versichert, daß es für ihn kein Problem darstellt, die Tagesordnung zu ändern, daß er aber besorgt ist, der Analyse eine zeitliche Grenze zu setzen. Der Genosse Layne schätzt im Gegenteil, daß sich das Zentralkomitee die notwendige Zeit voll nehmen sollte. Schwester Phyllis Coard ist einverstanden. Das Zentralkomitee entscheidet, der von dem Genossen Ventour angeregten Methode zu folgen. (...)

Der Genosse Ewart Layne entfacht die Diskussion. Seiner Meinung nach steht die Revolution vor ihrer größten Bedrohung seit 1979. Die Entmutigung und die Unzufriedenheit im Volk sind groß. Das internationale Prestige der Partei und der Revolution ist beeinträchtigt, wie das der Besuch der Delegation des Zentralkomitees in der UdSSR gezeigt hat.

Wir müssen den Staatssektor in einer Periode großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten verwalten und die Wirtschaft trotz des einschüchternden Drucks des Imperialismus aufbauen. Politisch müssen wir das Bewußtsein der Arbeiterklasse steigern und die Partei in

einem Land, das vor allem kleinbürgerlich bleibt, in eine marxistisch-leninistische Avantgarde umwandeln. Militärisch müssen wir die Verteidigung der Revolution angesichts einer verstärkten Aggression des Imperialismus organisieren, der seit Jahren eine "Kanonbootpolitik" anzuwenden sucht. Wir müssen eine besser gerüstete Armee entwickeln. Wir müssen unsere Beziehungen zur internationalen kommunistischen Bewegung, besonders zu Cuba, zur UdSSR und zur DDR enger gestalten. (...) Das Zentralkomitee ist auf dem Wege zu einem Rechtsopportunisten. (...)

Der Genosse Ventour ist mit dem Genossen Layne einverstanden. Er schätzt, daß die Partei die Auflösung riskiert. (...) Der Genosse Leon Cornwall billigt ebenfalls die Analyse, die der Genosse Layne gemacht hat. Er betont, daß die Flitterwochen für die Revolution beendet sind.

(Dann interveniert Bishop, um zu versuchen, die Situation wieder in die Hand zu bekommen. Le Monde.)

Der Genosse Bishop erklärt, daß er überrascht sei, wie gut die Genossen in ihrer Überlegung vorbereitet seien, was ihre Beiträge zeigen. Wenn ihm auch gewisse Schlußfolgerungen ein wenig voreilig erschienen, sind sie doch korrekt. Er gibt zu, daß das Hauptproblem im Zentralkomitee liegt. Dieses hat seit achtzehn Monaten zahlreiche Irrtümer begangen. Wir sind betroffen vom Bürokratismus und vom Formalismus, schätzt er.

(Bishop bemüht sich, aus der Versammlung Schlußfolgerungen zu ziehen, die für ihn nicht zu ungünstig sind. Er erkennt an, daß es eine "tiefe Krise" in der Partei gibt, stellt das Funktionieren des Zentralkomitees in Frage und schlägt ziemlich vage Lösungen vor, wobei er stets auf das "Kriterium des Marxismus-Leninismus" zur "Leitung der Arbeit des Zentralkomitees" Bezug nimmt. Seine Gegner erwidern ihm sogleich mit neuen Angriffen und schlagen ihre eigenen Schlußfolgerungen aus der Diskussion vor. Zum ersten Mal machen sie ihn selbst direkt und persönlich zum Gegenstand der Diskussion. Le Monde.)

Der Genosse Liam James schätzt, daß "das Grundproblem die Qualität der von dem Genossen Maurice Bishop ausgeübten Führung über das Zentralkomitee und über die Partei ist".

(Liam James zählt kurz die Qualitäten Bishops auf. Dann geht er zum Wesentlichen über. Le Monde.)

Es fehlt Maurice Bishop an den nötigen Eigenschaften, um in diesem Augenblick die Revolution vorwärtszubringen. Diese Eigenschaften sind:

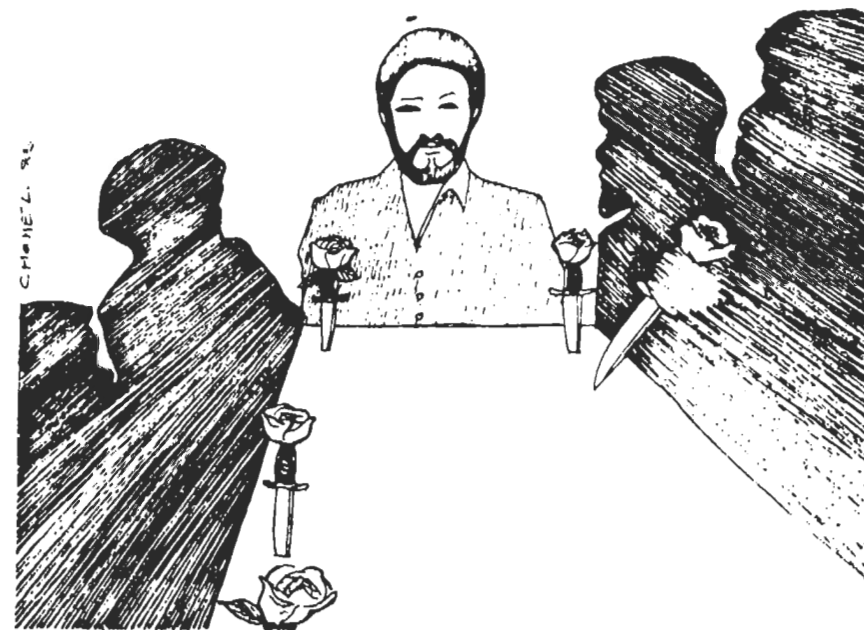
- 1) Ein leninistisches Niveau der Organisation und der Disziplin;
- 2) Eine große ideologische Gründlichkeit;
- 3) Eine höhere Intelligenz in Sachen der Strategie und der Taktik.

Kurz, die Eigenschaften, an denen es dem Genossen Maurice mangelt, sind genau die, derer man bedarf.

Der Genosse Layne schätzt ebenfalls, daß der Genosse Bishop die von dem Genossen James angesprochenen Eigenschaften nicht besitzt. Der Genosse Ventour ist mit den beiden Vorrednern darin einverstanden, daß dem Genossen Führer die Art von Führerschaft abgeht, die nötig ist, um aus der Krise herauszukommen. Er hat nicht die eigentümlichen Qualitäten, um die Partei auf marxistisch-leninistische Beine zu stellen. Der Genosse Ventour kritisiert darüberhinaus das Zentralkomitee, weil es den Genossen Bishop nicht kritisiert hat. Der Genosse Cornwall ist mit allen Genossen einverstanden, die bis hierhin gesprochen haben.

(Cornwall beschwört dann die "Schwäche der Führerschaft, die Maurice Bishop ausgeübt hat". Die anderen - die noch nichts gesagt hatten - machen sich an die Beute. Der härteste Angriff wird von Phyllis Coard vorgetragen, "Schwester Phyllis", wie der Text sagt. Sie kritisiert "den Idealismus, den Voluntarismus und die Unfähigkeit zu schwierigen Entscheidungen" bei bestimmten Leuten, die sie nicht nennt. Gegenüber "psychologischem Druck" wählten sie sogar den Ausweg in die "Krankheit". Sie "kritisiert das Zentralkomitee, weil es Bishop nicht kritisiert hat" und schließt damit, daß sie "harte Entscheidungen" in bezug auf die Zusammensetzung des Zentralkomitees heraufbeschwört. Le Monde.)

Der Genosse Führer bedankt sich bei den Genossen für die "Freimütigkeit ihrer Kritiken". Er ist enttäuscht darüber, daß die Genossen nicht vorher freimütig mit ihm diese Fragen eingebracht haben, und hebt die herrschende Meinung hervor, wonach er nicht die erforderlichen Qualitäten besitzt. Er hat "in diesen letzten Jahren viele Pro-



bleme gehabt" und fordert "Zeit, um seine eigene Rolle zu überdenken".

(Der Angriff wird wieder aufgenommen. Die Genossen bringen die Idee einer "gemeinsamen Führerschaft" vor, die von Maurice Bishop und Bernard Coard gemeinsam ausgeübt würde, wobei "der erste dem Zentralkomitee jeden Monat vorsitzen wird und der zweite dem politischen Büro jede Woche". Der Vize-Premierminister und Finanzminister Bernard Coard ist mit Bishop einer der Gründer des N.J.M.. Als unbeirrbarer Marxist-Leninist ist er die Seele des Komplotts gegen Bishop, nimmt aber an der Versammlung nicht teil. Es folgt dann ein Konzert von Beteuerungen über die jeweiligen "Qualitäten" von Bishop und Coard. "Bishop versteht es, alle Klassen zu vereinen, was eine lebenswichtige Anforderung ist", beobachtet der Genosse

Strachan, wobei er bedauert, daß im Laufe aller dieser Jahre das Fehlen des Genossen Coard zu spüren war." Man beschwört breit die Probleme der Armee, die "demoralisiert ist", und die zukünftige Verteilung der Aufgaben an der Spitze, wobei man die Rolle Bishops faktisch auf die einer Porzellanvase beschränkt. Der Betroffene "beglückwünscht die Genossen für ihre Beiträge" und findet es "anständig, daß die Partei alle Kräfte und Kenntnisse der Genossen benutzt". Schließlich hebt er einen "klaren Vertrauensmangel" ihm selbst gegenüber hervor. (Le Monde.)

Der Genosse Bishop würde sehr gern wissen, welches der Gesichtspunkt des Genossen Coard ist. Seine Sorgen gelten dem Bild, das von der Führerschaft gegeben wurde, (...) und dem drohenden Sturz der Revolution.

(Einige Stimmen, darunter die von Georges Louison, erheben sich, um Bishop zu unterstützen und die Idee einer "gemeinsamen Führerschaft" zu kritisieren. Le Monde.)

Der Genosse De Riggs ist nicht einverstanden mit dem Geist, in dem der Genosse Louison geredet hat. Der Genosse Layne schätzt, daß die "Form der gemeinsamen Führerschaft wissenschaftlich entschieden worden ist". Er erklärt: "Wir haben das Beispiel der sowjetischen Armee benutzt, wo das doppelte Konzept des politischen Kommissars und des militärischen Leiters funktioniert."

(Man geht zur Abstimmung über. Der Vorschlag von Liam James über die "gemeinsame Führerschaft" sammelt neun Stimmen auf sich. Zwei Mitglieder des Zentralkomitees enthalten sich, und zwei stimmen dagegen. Die Würfel sind gefallen. Le Monde.)

Der Genosse Bishop erklärt, daß es für ihn noch schwierig ist, zu begreifen, worin genau die "gemeinsame Führerschaft" besteht. Der Genosse Layne schätzt, daß der Genosse Führer ein Bedürfnis nach Zeit zum Überlegen hat. (...) Der Genosse Bishop schlägt die Vertagung der Versammlung vor. Der Genosse Unison Whiteman stimmt ihm zu. Der Genosse Liam James regt an, daß sich das Zentralkomitee am nächsten Tag in Abwesenheit des Genossen Bishop wieder versammeln solle, um dem Genossen Coard das Abstimmungsergebnis mitzuteilen und die Abfolge der notwendigen Maßnahmen vorzubereiten.

(Die Versammlung am nächsten Tag, Samstag, den 17. September, findet in Abwesenheit von Maurice Bishop statt, der zu einer Reise ins Ausland aufgebrochen ist, und ohne seine wenigen Anhänger, die ihm treu geblieben sind, aber in Anwesenheit von Bernard Coard. Man bedauert, daß der "Genosse Maurice" am Vortag den Eindruck eines "Vertrauensmangels" ihm gegenüber gehabt hat. "Denn", so sagt De Riggs, "die Genossen haben schließlich ganz richtig gesagt, daß sie von einer Position der Liebe und des tiefen Respekts für den Genossen Führer ausgingen." Die Vorbehalte Bishops, so fügt Layne hinzu, "werden die Genossen einschüchtern und ihr leninistisches Vorranschreiten in der Partei hemmen". Schließlich erntet der Genosse Coard ab. Er kritisiert die "Schwäche der Führerschaft", die von Bishop ausgeht wurde. Im Gegenzug preisen seine Kollegen seine eigenen "Qualitäten". Die Idee der "gemeinsamen Führerschaft" wird beibehalten. Die Genossen schlagen außerdem vor, daß "man nicht mehr während der Sitzungen raucht". Am 14. Oktober setzt der General Hudson Austin, inspiriert von Bernard Coard, Maurice Bishop ab. Am 19. wird er getötet. Die amerikanischen Truppen landen am 25. Oktober. Le Monde.)

Quelle: Le Monde vom 13./14. November 1983, Seite 7. Bei den Absätzen in Klammern handelt es sich um Zusammenfassungen und Kommentare der Redaktion von Le Monde.

NICARAGUA

Nicaragua unter der Knute der Contadora

Die ersten Zugeständnisse liegen vor

Die Maßnahmen, welche die sandinistische Regierung seit Mitte November ergreift, um den Weg zu einer friedlichen Lösung zu ebnet, lassen erkennen, daß sie bereit ist, zur Verhinderung einer Invasion weitgehende Zugeständnisse zu machen. Allerdings passiert alles dies mehr im Halbdunkel und dringt nur brockenweise an die Öffentlichkeit. Wir werden im folgenden versuchen, einige dieser Bruchstücke zusammenzusetzen.

Die "Wende", das heisst, der Eindruck, daß eine Invasion vielleicht doch noch aufgeschoben oder abgewendet werden kann, ist seit Mitte November immer offener zutage getreten. Die Bemühungen der Contadora-Gruppe, eine friedliche Lösung zu finden, haben zu diesem Zeitpunkt eine neue Qualität erhalten. Es scheint, daß sie von allen Beteiligten ernstgenommen und für eine realistische Lösung gehalten werden. Die rechte wie auch die sandinistische Presse betont ohne Unterlass die Notwendigkeit und Wichtigkeit eines solchen Vermittlers und setzen alle Hoffnungen in den Friedensplan, der Mitte Dezember vorgelegt werden soll. In der Phase seiner Vorbereitung sind nun die Contadora-Leute dabei, die Vorbedingungen zu klären, die seine Realisierung überhaupt erst möglich machen.

Erstmal Nicaragua ...

Im Moment heißt das in erster Linie, daß Nicaragua so weit wie irgend möglich zu den Zugeständnissen gezwungen wird, die die 21 Punkte beinhalten, welche Contadora ihrem Friedensplan zugrunde legt. Darin heißt es bekanntlich, daß ausländische Militärberater aus allen Ländern Zentralamerikas abziehen sollen und die völlige "demokratische" Freiheit in jedem von ihnen herrschen muss. Für Nicaragua bedeutet dies die Einwilligung in "freie" Wahlen nach westlichem Muster, Abzug aller Kubaner, Aufhebung der Pressezensur und ohne Zweifel noch einiges mehr, was in Richtung auf eine Auflockerung von wirtschaftlichen Maßnahmen geht, welche in Richtung staatlicher Wirtschaftsplanung und Agrarreform getroffen worden sind. Während die letzteren Verhandlungspunkte nur hinter vorgehaltener Hand gehandelt werden und erst im Laufe der nächsten Zeit das Stadium der Spekulation überwinden werden, ist klar, daß die ersten Bedingungen weitgehend erfüllt worden sind, das heißt, daß die Sandinisten tatkräftig an ihrer Realisierung arbeiten.

Mindestens 3000 Kubaner haben das Land verlassen. Die Pressezensur ist praktisch aufgehoben, ein Wahlgesetz garantiert die begehrten "freien" Wahlen, 350 Miskitos wurden amnestiert, die wegen Zusammenarbeit mit der Contra im Knast gesessen hatten, weitere Freilassungen von Contras stehen bevor. Auf allen Ebenen finden Gespräche mit Vertretern der oppositionellen bürgerlichen Parteien und mit der Kirche statt. Die Führung der salvadoranischen Opposition FDR/FMLN hat das Land verlassen. Nicaragua wird von der Contadora fest in die Mangel genommen. Entsprechendes geschieht natürlich keineswegs in den von den USA gehätschelten benachbarten Ländern, wo die Diktaturen die Bedingungen der 21 Punkte in überhaupt keiner Weise erfüllen.

Für die Öffentlichkeit ist diese Entwicklung nur indirekt erkennbar. Die von der FSLN kontrollierten Medien zitieren am laufenden Band Reden ihrer Führer, welche betonen, daß die Massnahmen der Liberalisierung, wie etwa die Amnestie der Miskitos oder der Abzug der Kubaner, überhaupt nichts mit der Contadora zu tun hätten. Über diesen Abzug herrscht ausserdem große Verwirrung. Tomas Borge und

Daniel Ortega bestätigen ihn im Rahmen einer Rede, der regierungsnahen 'Nuevo Diario' widerlegt ihn mit Hilfe kubanischer Quellen. Die reaktionäre 'La Prensa' berichtet darüber und erklärt auch, daß die salvadoranischen Politiker das Land verlassen mußten. Gegen diese Behauptungen gibt es keine Dementis in 'Barriada' und 'Nuevo Diario'. Angesichts der Tatsache, daß es offiziell immer noch eine Pressezensur gibt und noch immer alle Artikel vorgelegt werden müssen, erhalten die Aussagen von 'La Prensa' einen großen Grad an Glaubwürdigkeit. Sie werden von Seiten der FSLN "unter Freunden" bestätigt.

Die Frente versucht, alle diese vorläufigen Zugeständnisse so unauffällig wie möglich zu machen, zu denen sie gezwungen wird, ohne daß klar ist, ob andere Länder bereit sind, irgend etwas konkretes in Richtung der Erfüllung der 21 Punkte zu tun. Denn es sind ohne Zweifel Blancoschecks, die im Voraus von ihr verlangt werden, ohne daß irgendein Nordamerikaner Honduras verläßt oder "freie" Wahlen in Guatemala stattfinden. Sie muß sich gefallen lassen, dass mit zweierlei Maß gemessen wird und Contadora allein das Ziel verfolgt, aus Nicaragua ein sozialdemokratisches Land à la Costa Rica zu machen. Wahrscheinlich hofft sie, im Laufe der Zeit noch einiges abwenden zu können. Die Gratwanderung zwischen Friedenswille und diplomatischem Schnickschnack auf der einen und direkten konkreten Vorbereitungen für den Fall einer Invasion, die man momentan unternimmt, macht dieses Versteckspiel verständlich. Man erklärt dem Volk auf der einen Seite, daß der Yankee erbarmungslos angreifen wird und dies die Abwehrbereitschaft aller verlangt. Andererseits wird betont, daß Nicaragua alles tut, um den Frieden zu wahren. Die Aussagen bleiben abstrakt. Die Zugeständnisse, die unter gegebenen Umständen bittere Realität sind, werden dem Volk im Rahmen dieser Propaganda politisch nicht vermittelt. Es zeigt sich wieder eine der großen Schwächen sandinistischer Massenpsychologie. Man traut dem Volk durchaus zu, daß es kämpft, daß es fähig ist, sich mit der Waffe zu verteidigen, daß es gewillt ist, dies im Falle einer Invasion zu tun. Aber man traut ihm nicht zu, daß es einsieht, in welche politischen Konflikte eine Regierung geraten kann, die weiß, daß sie Tausende opfern muß, ohne die geringste Aussicht zu siegen. Also schiebt man diese Seite des Problems hinter dem Rücken aller nach. Sehr viel Verwirrung und Spekulation sind die Folge.

Die Bourgeoisie sieht immer noch rot

In einem Gespräch mit Maria Helena Selva von der Sozialdemokratischen Partei und dem Bischof von Managua Obando y Bravo, das ich am 20. November bzw. am 2. Dezember geführt habe, wurde deutlich, daß die Bourgeoisie erst allmählich bereit ist, sich gnädig zu dem Eingeständnis herabzulassen, daß einiges im Wandel begriffen sei. Die Vertreterin der stärksten unter den reaktionären Parteien erklärte genüßlich, daß die Frente bei der Contadora um Hilfe flehe wie jener Verletzte, der weit und breit keinen Arzt finde und deshalb jeden ersten besten um Hilfe anflehen müsse, wenn er nicht verbluten wolle. Natürlich unterstütze Contadora die Sache der "Demokraten", das heiße die ihre und damit die der USA. Sie glaube nicht an ernsthafte freie Wahlen unter Kontrolle der UNO. Es werde sicher etwas gemauschelt, was ermögliche, daß die Frente an der Macht bleibt. Ähnlich äußerte sich der Bischof, den viele hier für den Sprecher der Reaktion halten. Er meinte, es gebe jetzt tatsächlich praktisch wieder eine unkontrollierte Presse, zählte jedoch sofort die vielen Unfreiheiten in den Medien auf, die es den "Demokraten" unmöglich machten, sich in Versammlungen, in Rundfunk und Fernsehen frei zu äußern. Beide Gesprächspartner äußerten freimütig, daß es Augenblicke gebe, in denen die Freiheit nur mit Waffen zurückgewonnen werden könne, sie aber momentan der Meinung seien, mit Hilfe der Contadora könne so ein Ausweg vermieden werden.

Man wird abwarten können, was die "Demokraten" in der nächsten Zeit noch alles fordern. In den Gesprächen, die mit der FSLN geführt worden sind, haben sie es bestimmt deutlich gesagt. Darüber ist nichts veröffentlicht worden, aber es steht fest, daß einige von der Frente unannehmbare Forderungen darunter sind, wie etwa die Rückkehr von Eden Pastora und Alfonso Robelo zum Zwecke ungehemmter Wahlpro-

paganda. Auf diese beiden setzen Obando und die Politikerin Selva und erhoffen sich von ihnen einen nicht geringen Wahlerfolg, den letztere mit über 50 % veranschlagte, allerdings nur, wenn die Wahlen eben wirklich international kontrolliert würden. Der Bischof war skeptisch, ob das je der Fall sein werde. Es ist ein großes Glück für die Sandinisten, daß diese Bourgeoisie nur über wenig Leute verfügt, die das Maul derartig aufreißen und eine Anhängerschaft organisieren können. Sie sind fest entschlossen, jeden kleinen Finger Zugeständnis schamlos auszunutzen. Die Frente muß mit ihnen zu einem Arrangement kommen und weiterhin auf ihre Bereitschaft setzen, letztlich mit dem zufrieden zu sein, was ihnen als äußerstes zugestanden wird. Sie hat noch viele Trümpfe in der Hand. Die oben benannten Zugeständnisse mögen manchen Lesern als taktische Schliche und zeitbedingte Nebensächlichkeiten erscheinen. Sie werden in ihrer Tragweite sicherlich erst dann voll zu ermessen sein, wenn über die Gerüchte Klarheit herrscht, die über die Rückgabe von konfisziertem Land und Investitionserleichterungen für die Privatwirtschaft im Umlauf sind.



"Dem Volk von Nicaragua
mit herzlichen Grüßen!

Anmerkung: bei Übergabe
den Ring ziehen

Wehret den Anfängen, wenn Ihr es noch könnt

Gegen vieles von dem, was bisher gesagt worden ist, spricht der äußere Anschein ganz offen und direkt. Es wird Land verteilt, das im letzten Jahr konfisziert worden ist. Es gibt Versammlungen mit großen und kleinen Land- und Grundbesitzern, auf denen diese ihre Bereitschaft erklären, die Regierung gegen eine Invasion zu unterstützen. Die Bevölkerung ist noch immer dabei, sich gründlichst auf den Ernstfall vorzubereiten, die Teilnahme an den Massenorganisationen war noch nie so groß. Dagegen könnte der Verhandlungsrummel noch zweitrangig erscheinen. Aber "freie" Wahlen bedeuten in Nicaragua eben nicht, daß die Mehrzahl der Bevölkerung ihren Willen durch ein Kreuzchen zum Ausdruck bringt und dann sowieso alles beim alten bleibt. Sie sind der Ausdruck dafür, daß die FSLN sich einem Rattenschwanz von Bedingungen beugen muß, die nicht auf ihrem Programm stehen, etwa eine ungehemmten schamlosen Agitationsmaschinerie, die die Bourgeoisie mit aller Raffinesse entfalten wird und mit der sie sicher einiges an Grund gewinnen kann. Auch der Abzug der Kubaner wiegt, wenn er einmal in vollem Umfang vollzogen ist, schwer, abgesehen davon, daß die Möglichkeiten, die die FMLN bisher in Nicaragua hatte, eine wichtige Voraussetzung für ihre Arbeit waren. Der Kampf gegen die Erpressungen der Contadora wird noch lange weitergehen, wird ein Kampf um jeden Fußbreit an Selbstbestimmung bleiben. Die schleichende Gefahr einer Sozialdemokratischen Lösung ist näher denn je.

"Kakao gegen Contra"

Agrarreform in Nueva Guinea

Nachruf auf Ahmed Campos

Ende 1982 wurde Ahmed Campos, politischer Sekretär der FSLN im südlichen ländlichen Bezirk Nueva Guinea von Mitgliedern einer konterrevolutionären Gruppe ermordet. In Nicaragua kein ungewöhnlicher Vorgang. Bemerkenswert aber die Umstände des Mordes: Ahmed hatte nachts einen Mann im Auto mitgenommen, von dem er wußte, daß er konterrevolutionäre Ansichten hatte – ein amnestiertes Mitglied der früheren somozistischen Nationalgarde, der schon einmal wegen konterrevolutionären Aktivitäten im Gefängnis gesessen hatte. Als Ahmed damals für seine Freilassung plädiert hatte, hatten Mitglieder der Massenorganisation dagegen protestiert, aber Ahmed vertraute darauf, daß sich auch solche Leute überzeugen lassen. Er vertrat indifferent und oppositionell Eingestellten gegenüber eine Politik des Gesprächs und der Überzeugungsarbeit, führte tagelange Gespräche mit den 15 verschiedenen reaktionären Sekten der Region, ging ohne Begleitschutz aufs Land, redete mit den Leuten. Er war ungeheuer beliebt, konnte viel erreichen und viele überzeugen. Diesmal hatte er sich aber getäuscht. Der Mann überwältigte ihn in einer schwierigen Kurve und erschöß ihn mit seiner eigenen Waffe.

Ein Jahr später fahre ich nach Nueva Guinea zu einer Veranstaltung anläßlich der Landverteilung an Bauern und um Sissi zu besuchen, eine Deutsche, die hier seit zwei Jahren arbeitet, heute als Verantwortliche für Gesundheit und Bildung im Agrarministerium. Die Landverteilung findet am Jahrestag der Ermordung Ahmeds statt, um zu demonstrieren, daß sich die liberale Politik der Frente seitdem nicht geändert hat. Auch heute werden drei Contras freigelassen. Es sind Bauern wie die anderen, die etwas steif auf der Bühne stehen; einer hält eine kurze Rede, daß er von den Contras getäuscht worden ist. Von den Bauern, die sich der Contra angeschlossen haben und nicht direkt in Mordfälle verwickelt waren, werden viele wieder freigelassen. Die revolutionär eingestellten Bauern sehen das nicht unbedingt gern. Aber es hat Auswirkungen auf die indifferenten oder solche, die schon fast mit der Contra zusammenarbeiten.

Wer unterstützt die Contra?

Die konterrevolutionären Gruppen sind in Nueva Guinea stärker als in anderen Regionen auch in der Bevölkerung verwurzelt. Das hat historische Gründe: Es gab hier schon unter Somoza eine Agrarreform. In den 60er Jahren wurde hier Land an Bauern und unzufriedene Nationalgardisten verteilt. Wenn auch die Mehrheit der Bauern wenig von der Reform profitierte (oft wurden sie von Großgrundbesitzern vertrieben, nachdem sie das Land urbar gemacht hatten) so gab es in Nueva Guinea bessere Gesundheits- und Bildungseinrichtungen als sonst auf dem Land, so daß es die Revolution nicht so leicht hatte, die Leute durch solche Einrichtungen zu gewinnen. "Früher haben hier amerikanische Nonnen umsonst Trockenmilch verteilt, heute sollen wir die Kinder stillen", solche und ähnliche Äußerungen weiß Sissi zu berichten. Und die Tatsache, daß Somoza hier früher viele Leute für seine Nationalgarde rekrutiert hatte, schaffte freundschaftliche und verwandtschaftliche Bindungen zur Nationalgarde und spätere Contra.

So kann man auch nicht sagen, daß eine bestimmte Schicht die Contra unterstützt. Es gibt Kleinbauern, die der Propaganda der Contra Glauben schenken, von ihnen bestochen werden oder in abgelegenen Regionen aus Angst mitmachen, genauso wie größere Viehzüchter, die in der Bauernorganisation organisiert sind und in der Revolution gut ihr Geld verdienen.

Kampf gegen die Bürokratie

Der Kampf gegen die Contra bedeutet hier also – mehr noch als in anderen Regionen Nicaraguas – die Bauern zu überzeugen. Anfangs haben die Bauern, gerade in den abgelegenen Regionen, von der Revolution nicht viel mitbekommen. Heute ist Nueva Guinea wirtschaftlich prioritäres Entwicklungsgebiet. Wirtschaftliche Entwicklung findet in Nicaragua aber nicht ohne die Beteiligung statt, nicht nur weil die Staatsbürokratie viel zu ineffektiv ist, um irgend ein Projekt allein durchzuführen, sondern auch weil das ein politisches Grundprinzip der FSLN ist. So werden z.B. in der staatlichen Verkaufsstelle für Arbeitsmittel tagelang keine Macheten verkauft, weil die Rechnungsformulare ausgegangen sind. Der Chef von der staatlichen Finca regt sich dann auf und kriegt am Ende seine Macheten, aber die Bauern gehen wieder ein paar Stunden zu Fuß nach Hause. Der Kampf gegen den Bürokratismus wird aktiv von der FSLN und von der Bauernorganisation geführt. Seit 1981 haben die Bauern in Nicaragua eine eigene landesweite Organisation, die UNAG. Hier in Nueva Guinea besteht die Leitung aus fünf Bauern, einer hat noch etwas Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben, die anderen helfen ihm dann, aber sie lernen die Organisationsarbeit. Und es ist wohl wahr, wenn die Bauern die UNAG als ihre Organisation betrachten. Und auch wenn es in Deutschland keiner glaubt, die UNAG ist in Nueva Guinea maßgeblich an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligt. Sie konnte z.B. mit Ahmeds Unterstützung durchsetzen, daß die Mehrzahl der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe in Kooperativen umgewandelt wurden.

Landverteilung

Es ist auch der Arbeit der UNAG zu verdanken, wenn in Nueva Guinea heute 70 000 ha Land an 1500 Bauern verteilt werden. Anders als in anderen Gebieten Nicaraguas gehen die Landtitel größtenteils an Einzelbauern. Bauern, die Neuland urbar gemacht haben oder im Rahmen der somozistischen Agrarreform Land bekamen, was aber nie legalisiert wurde, erhalten ihr Land jetzt als Eigentum. Die individuelle Titelvergabe festigt natürlich die alten Besitzverhältnisse. Sissi meint, sie wisse auch, daß viele der begünstigten Bauern der Revolution indifferent bis ablehnend gegenüber stehen, aber die Bauern sollten das Land bekommen, um von der Revolution überzeugt zu werden und sich später vielleicht freiwillig in Kooperativen zusammenzuschließen. Andere von denen, die heute Land erhalten, wiederum sind sehr begeistert von der Revolution. Sie stehen gut gelaunt im strömenden Regen, begleiten die Landverteilung mit Sprechchören. Ein Bauer hält spontan eine kurze Rede, die man leider nicht versteht, weil sie ihm zu spät das Mikrofon bringen.

Schuldenerlaß und eine neue Exportstrategie

Anschließend werden Titel über Schuldenerlaß verteilt. Allen Bauern Nicaraguas werden zur Zeit die schulden, die sie beim Anbau von Grundnahrungsmitteln (Mais, Reis und Bohnen) gemacht haben, erlassen. Auf dem "Acto" der ersten Landverteilung im letzten Jahr wurde diese Forderung von den Bauern lautstark und mit Transparenten vertreten. Die Verschuldung ist in Nueva Guinea so entstanden: Die Bauern, die aus anderen Gebieten Nicaraguas hierherkamen, hatten traditionell Grundnahrungsmittel angebaut, was sie hier fortsetzten. Der Urwaldboden in dieser Region ist für solche Produkte aber nicht geeignet, er war nach wenigen Ernten erschöpft, und der Anbau wurde immer unproduktiver.

Grundlegend soll dem Problem jetzt durch eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion begegnet werden: Grundnahrungsmittel sollen nur noch für den Bedarf der Region produziert werden und statt dessen mit dem Anbau neuer Exportprodukte begonnen werden: Kakao, Kautschuk, Ingwer, Ananas und Zitrusfrüchte. Diese Produkte sollen zum Teil weiterverarbeitet werden und über eine zur Zeit im Bau befindliche Straße in zwei bis drei Jahren nach Bluefields an den Hafen der Atlantikküste gebracht werden, was viel

näher als zu Pazifikküste ist, und von dort verschifft werden. Die ersten 200 ha Kakao sind in Nueva Guinea schon gepflanzt, jedes Jahr kommen jetzt 350 ha dazu. Ich war erstaunt, daß in Nicaragua heute Geld vorhanden ist für so ein Projekt, das erst in einigen Jahren Gewinn abwerfen wird. Ob sie das Geld nicht dringender zur Bekämpfung der Contra bräuchten, frage ich Sissi. Es dient der Bekämpfung der Contra, meint sie, die Bauern sehen, daß sich hier etwas verändert, und sie haben Hoffnung auf Verbesserungen.



Nueva Guinea: Campesinos auf dem Weg zu einer Versammlung

COSTA RICA

Soziale Konflikte zerstören die Mythen

Costa Ricas politisches System hat seit dem Bürgerkrieg von 1948 eine bemerkenswerte Stabilität bewiesen. Es galt und gilt vielen auch heute noch als Beweis der Gangbarkeit eines reformistischen Weges in Zentralamerika, der die gefürchtete Alternative Diktatur oder Revolution umgeht. Die Hoffnung auf eine Ausbreitung eines solchen Modells sparen sich jedoch zumeist eine Untersuchung sowohl der historischen Bedingungen seiner Herausbildung als auch gegenwärtiger Entwicklungen. Dabei würde sich zeigen, daß die sozio-ökonomischen Verhältnisse, die ein politisches Modell gestatteten, das verblüffend viele "europäische" Merkmale beinhaltet, sich geändert haben. Einige Charakterisierungen dieser Verhältnisse sind nicht mehr als Legenden einer vergangenen Zeit. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise stellt darüberhinaus immer neue Anforderungen an das System von Herrschaft und Integration. Die Möglichkeiten der Konfliktlösung durch begrenzte materielle Zugeständnisse werden enger, während andererseits bestimmte Elemente der spezifischen costaricanischen politischen Kultur, Ideologie und Tradition noch Wirksamkeit zeigen. In dieser Situation taucht ein breites Spektrum von Widerstandsformen auf, mit denen die immer stärker von der Krise getroffenen Klassen und Schichten sich gegen die Folgen des vom Internationalen Währungsfonds diktierten "Sanierungskonzepts" wehren. Einige dieser Kämpfe und die unterschiedlichen Reaktionen des Staates sollen hier dargestellt werden.

Konflikte auf dem Land

Zu den wichtigsten politischen Mythen Costa Ricas gehört die Behauptung, daß es eine weitgehend gerechte Bodenverteilung gebe, daß der Familienbetrieb typisch für die ländliche Struktur sei. Wenn auch tatsächlich eine relativ starke Gruppe mittlerer Landwirte existiert, findet doch eine Konzentration von Einkommen und Land statt, die z.B. dazu geführt hat, daß Costa Rica in Mittelamerika den größten Anteil von Landlosen an der Landbevölkerung hat. Die Tendenz zur Bodenkonzentration bei gleichzeitiger Verringerung des Arbeitskräftebedarfs auf dem Land wurden in den letzten Jahrzehnten durch die Expansion der Viehwirtschaft, die Entwicklung der Anbau- und Pflegemethoden beim Kaffee und die Umwandlung von arbeitsintensiven Bananen- in Ölpalmenplantagen, die weit weniger Arbeitskräfte benötigen, verschärft. Gegenwärtig be-

sitzen ca. 300 Eigentümer mehr als 25% des kultivierbaren Bodens, während sich ca. 50000 Bauern weniger als 20% teilen müssen. Da auch in Costa Rica nie eine wirkliche Agrarreform durchgeführt wurde, andererseits in der Krise auch in den Städten keine Arbeit zu finden ist, nimmt die Zahl der Kleinbauern, die ihr Land verloren haben, und arbeitsloser Landarbeiter zu, die auf dem Land Beschäftigungsmöglichkeiten suchen. So ist das Land zu einem Brennpunkt sozialer Konflikte geworden.

Die seit Mai 1982 amtierende Regierung der Partido Liberación Nacional (Mitgliedsparter der Sozialistischen Internationalen) hatte ihren Wahlkampf mit dem Motto "Zurück aufs Land" geführt. Nach zwei Jahrzehnten von Industrialisierungsbemühungen sollte jetzt der Landwirtschaft Priorität gegeben werden, und zwar sowohl der exportorientierten (mit Hinblick auf die Verschuldung) als auch der für den Binnenmarkt produzierenden (mit dem propagierten Ziel der nationalen Selbstversorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln). Mit letztgenanntem Ziel im Zusammenhang stand die proklamierte bevorzugte Förderung von kleinen Landwirten, um drohende soziale Konflikte zu vermeiden. Das Scheitern des Programms "Zurück aufs Land" hat die Regierung mittlerweile selbst zugegeben. Ein vom Präsidenten Monge selbst in Auftrag gegebenes, vom Planungsministerium erstelltes Gutachten beinhaltete eine derart vernichtende Kritik an den bisherigen Leistungen der an der Landwirtschaftspolitik beteiligten Organisationen, daß Monge es als "Staatsgeheimnis" deklarierte und nicht veröffentlichten wollte. Auf Antrag der Opposition erkannte der Oberste Gerichtshof jedoch auf berechtigtes öffentliches Interesse und erzwang die Publikation des Dokuments. Auch wenn das Papier vor allem auf administrativer und technischer Ebene Kritik an der bisherigen Politik leistet, die bisherige Konzeption jedoch nicht inhaltlich in Frage stellt, wird das Scheitern des Regierungsprogramms in diesem Bereich offenbar.

Deutliche Zeichen für dieses Scheitern gab es schon früher. Als zu Beginn des Jahres die Forderungen der Vereinigung der kleinen und mittleren Landwirte nach Verbilligung der Produktionsinputs, Preisgarantien und Verbesserung der Vermarktung keine Erfolge hatten, wurden im März von ca. 10000 Bauern die Zufahrtsstraßen zu ca. 20 Städten und Ortschaften blockiert, um die Belieferung mit landwirtschaftlichen Produkten zu verhindern. Unter großem Protest der dominierenden reaktionären Medien gab die Regierung nach und schloß ein Abkommen, das den Forderungen entgegenkam.

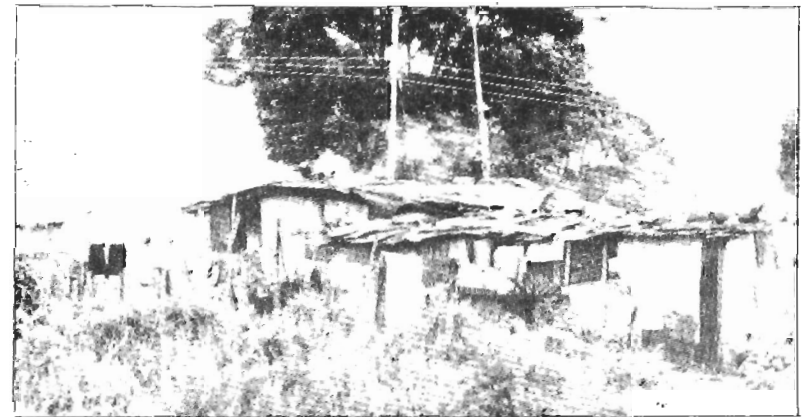
Schon in den ersten Monaten des Jahres, vor allem aber im Juli und August kam es zu einer Reihe von Landbesetzungen in vielen Teilen des Landes, so in den Cantones Upala und San Carlos im Norden des Landes, in Tierra Blanca in der Provinz Cartago und im Valle de Coto im Süden des Landes. Im letztgenannten Fall organisierte die Nationale Bauernföderation FENAC zusammen mit einer lokalen Gewerkschaft 800 landlose oder -arme Bauern und arbeitslose Landarbeiter, die Opfer der Umstellung auf den Anbau von Ölpalmen seitens der Compañía Bananera (einem Ableger der United Brands) geworden waren. Kurz darauf wurden sie von der Landgarde geräumt; viele kehrten aber später zurück.

Die Reaktionen der Regierung auf die Welle der Landbesetzungen waren - wie häufig in der costaricanischen Politik - zweiseitig: Notprogramm + Repression. Neue Versuche, Land zu besetzen, so wurde angekündigt, würden sofort mit dem Eingreifen der Sicherheitskräfte beantwortet. Mit dem neuen Programm sollen bis Ende dieses Jahres 2000 Familien, und bis 1986 10000 Familien Land zugeteilt bekommen. Da sich Land aber bekanntlich nicht beliebig vermehren läßt, verfiel die Regierung auf den Gedanken,

Grundeigentümer zu bitten, ihr Teile ihrer Ländereien zu schenken oder billig zu verkaufen. Da diese "Strategie" kaum große Erfolge verspricht, fordern sogar Abgeordnete der Regierungspartei Enteignungen und (wegen der Ebbe in der Staatskasse) eine Änderung der Verfassung, damit entschädigungslose Enteignungen möglich werden. Die Kosten des Programms (Kauf der Ländereien, Infrastrukturmaßnahmen, technische und finanzielle Hilfe) werden von diesen Abgeordneten nämlich auf ca. 2,5 Mrd. Colones (= ca. 55 Mio. Us-Dollar) geschätzt, eine Summe, die von der Regierung kaum aufzubringen sei. - Der Regierung scheint es jedenfalls gelungen zu sein, die Welle der Landbesetzungen zunächst zu bremsen.

Wohnungskonflikte

Seit einigen Jahren verschärft sich in Costa Rica ein Problem, das in anderen Ländern seit Jahrzehnten zum traurigen Alltag gehört, hier jedoch lange Zeit eine relativ geringe Rolle spielte: Die Wohnungsnot. Die Wirtschaftskrise und die mit ihr einhergehende Arbeitslosigkeit haben es für immer größere Teile der Bevölkerung unmöglich gemacht, die Miete zu zahlen, geschweige denn eigene Behausungen zu errichten, die Mindestanforderungen gerecht werden. "Entweder die Miete zahlen oder Lebensmittel kaufen" - vor dieser Alternative stehen viele und müssen ausziehen. An vielen Orten entstanden auf besetztem Land Siedlungen von tugurios, wie die ärmlichen Bretter- und Wellblechhütten genannt werden. Diese Slums tragen häufig Namen, in denen der ganze Spott ihrer Bewohner den Politikern gegenüber zum Ausdruck kommt: "Die Versprechungen von Carazo" (Präsident bis 1982), "Die Hütten von Calderón Fournier" (Oppositionsführer und Präsidentschaftskandidat bei den '82er Wahlen), "Der neue Tagesanbruch" (ein anderes Motto aus dem Wahlkampf des jetzigen Präsidenten Monge).



Die Bewohner der tugurios sind in großer Zahl in Wohnungskomitees organisiert, um gegenüber den staatlichen Institutionen ihre Recht geltend zu machen. Auf übergreifender Ebene haben sich drei Organisationen gebildet, alle drei sind Parteien verbunden. Als erste nahm sich die kleine linke Partido Acción del Pueblo dem Problem an und mobilisierte zur Gründung von Komitees, die in einer Nationalen Kampfkoordination für angemessene Wohnung(en) (COPAN) zusammengefaßt sind. Später gründeten Mitglieder der Regierungspartei PLN eine Demokratische Wohnungsfront (FDV); schließlich wurde die der kommunistischen Partido Vanguardia Popular

nahestehende Nationale Kampffront für Wohnung(en) (FNV) organisiert. Bei allen drei Gründungen drängte sich der Verdacht auf, daß sie als Vehikel parteipolitischer Ziele dienen sollten. Die PAP versuchte mit der Konzentration auf das Wohnungsproblem, den Umschwung von einer kleinen trotzkistischen Kaderpartei zu einer Massenbewegung zu schaffen, die "Liberacionistas" wollten in bewährter Manier "sozialen Sprengstoff" entschärfen, indem sie sich an die Spitze der aufkommenden Bewegung stellten, Vanguardia Popular sah schließlich ihre Felle davonschwimmen, wo eine Massenbewegung ohne ihre führende Beteiligung entstand.

Wie reagierte der Staat? Zunächst einmal mit einer Deklaration, nämlich der des nationalen Notstands im Wohnungsbereich (Januar 1983). Nach Regierungsangaben fehlen über 100 000 Wohnungen. Dann entwickelte das staatliche Wohnungsinstitut (INVU) ein Programm, "Grundstücke mit Dienstleistungen" (lotes con servicios), um Familien mit geringen Finanzmitteln zu Wohnungen zu verhelfen. Das INVU stellt zunächst die Grundstücke und die Installation von Wasser, Licht und Kanalisation und gibt "weiche" Kredite für die (nach und nach zu bezahlenden) Grundstücke und den Hausbau, der von den Betroffenen weitgehend in Eigenarbeit geleistet werden soll. Weitere Projekte, wie die Errichtung einer Steinfabrik, mit der die Beteiligten zu Preisen von wenig mehr als einem Sechstel des Marktpreises zu wichtigen Baumaterialien kommen, sind im Projekt enthalten.

Seitens der Wohnungsorganisationen gibt es unterschiedliche Kritik an diesem Programm; zum einen, daß Personen, die so geringe Einkünfte haben, daß nichts gespart, bzw. für die Kreditrückzahlung aufgewendet werden kann, ausgeschlossen sind, zum anderen ist die Qualität der Behausungen durch die materiellen Beschränkungen des Programms letztlich so, daß von "institutionalisierten tugurios" gesprochen wird. Dennoch richten alle drei Organisationen ihren Augenmerk hauptsächlich auf die zu verbessernde finanzielle Ausstattung des INVU-Programms. Um diese Forderung zu unterstreichen besetzten z.B. im Mai FDV-geführte Komitees Einrichtungen des INVU - ein Beispiel für die Bereitschaft auch führender Mitglieder der Regierungspartei, auch zu militanteren Mitteln zu greifen, um die Bewegung kontrollieren zu können (Zum anderen ist natürlich auch die PLN kein homogener Block; unterschiedliche Interessen und Konzepte führen auch zu Widersprüchen im Partei- und Staatsapparat; vgl. LN 115). Den Aktionen des COPAN wird es zugeschrieben, daß das INVU den Komitees das Vorschlagsrecht für "Kandidaten" für die Berücksichtigung in ihrem Programm gewährt hat. Diese werden aufgrund einer Einschätzung der sozio-ökonomischen Lage, aber auch der Aktivitäten der Wohnungsfrage benannt. Typischerweise wurden (zumindest bis zum Juni) lediglich Vorschläge der FDV akzeptiert, so daß sogar die FNV ihre "Kandidaten" über die Konkurrenzorganisation benennt.

Die Auseinandersetzungen um die Strompreise

Umfassende Auseinandersetzungen entwickelten sich an einem anderen Konfliktstoff. Ein Bestandteil des Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds vom November 1982 war die Erhöhung der Strompreise um insgesamt 92%. Neben dem allgemeinen Ziel der Reduzierung der staatlichen Defizite sollte diese Erhöhung der Bezahlung der Schulden dienen, die das staatliche Elektrizitätsunternehmen ICE im Ausland vor allem zum Bau zweier Wasserkraftwerke gemacht hatte. Die rasante Abwertung des costaricanischen Colon im Vergleich zum Dollar hat die Schuldensumme - gemessen in Colon - vervielfacht und für das ICE unbezahlbar gemacht. Die Regierung verfügte von November 1982 an eine monatliche Strom-

tarifierhöhung um jeweils 10-13,5% gegenüber dem Vormonat (nachdem es schon vorher beträchtliche Erhöhungen bei Strom, Wasser, Telefon und anderen Dienstleistungen gegeben hatte).



Proteste gegen die Stromtarifierhöhungen

Im April 1983 schließlich organisierte sich der wachsende Protest gegen die untragbaren Erhöhungen. In Windeseile entstanden in den Gemeinden Kampfkomitees, die die Bevölkerung mobilisierten und Aktionen organisierten. Sie schlossen sich in einer nationalen Koordination zusammen, die schließlich 52 Gewerkschaftsorganisationen und 140 Kampfkomitees umfaßte. Ein Stromzahlungsboykott wurde ausgerufen, zu dem die Teilnehmer sich mit Plakaten in den Fenstern bekannten: "Ich bezahle die Stromrechnung nicht!" Die Stromrechnungen wurden eingesammelt und der für das Kassieren zuständigen Institution geschlossen zurückgegeben. Wachkomitees wurden gebildet, die vor allem aus Frauen bestanden und die verhindern sollten, daß den Boykotteuren der Strom abgeklummt wurde. In vielen Vorstädten San José wurde verhindert, daß die Vertreter der zuständigen Institution ins Viertel gelangten. Wo das Kappen der Stromzufuhr gelang, bildeten sich Gruppen, die sie wieder herstellten.

Nachdem die Regierung zunächst mit Beschwichtigungen und Diskreditierungen geantwortet hatte, dabei aber keine Erfolge erzielen konnte, wurde eine andere Strategie versucht. Mit der Regierungspartei nicht eben fernstehenden Gewerkschaftsführern wurde ausgehandelt, die Stromtarife auf den Februarstand zu senken. Dieser Kompromiß wurde aber von der sich ihrer Stärke bewußt gewordenen Bewegung nicht akzeptiert. Am folgenden Tag wurde eine Demonstration vom Parlament zum Sitz des Präsidenten durchgeführt und ein Gesetzentwurf übergeben, der die Forderungen der Demonstranten enthielt; unter anderem Einfrierung auf dem Tarifstand vom Dezember 1982 für die Dauer von zwei Jahren, Erhöhung der Verbrauchsgrenze, innerhalb der Vorzugspreise gezahlt werden, besondere Tarife für die Schulen. Die Regierung

reagierte nicht. Anfang Juni wurden schließlich in mehr als 40 Gemeinden die Zufahrtswege blockiert. Das veranlaßte die Regierung schließlich zu Verhandlungen, die am 9. Juni als abgeschlossen erklärt wurden (die genauen Vereinbarungen liegen leider nicht vor).

Lohnkonflikte

Als letzter Punkt sozialer Auseinandersetzungen sei noch die Lohnpolitik erwähnt. Hier hat die Regierung halbjährliche Inflationsanpassungen dekretiert, die aufgrund eines Warenkorbs errechnet werden. Das gilt für öffentliche Bedienstete, wird aber auch für die Privatwirtschaft angewandt. In diesem Bereich entscheidet ein Gremium, in dem Unternehmer, Gewerkschafter und Staatsvertreter sitzen und der per Mehrheitsbeschluß (i. a. aus Kapitalseite und Staat) die Lohnerhöhungen festlegt. Am Warenkorb wird gewerkschaftlicherseits u. a. kritisiert, daß wichtige Ausgabeposten nicht enthalten sind (z. B. Miete), zum anderen aber viele Produkte einbezogen wurden, die preiskontrolliert sind, wodurch die mit Hilfe des Warenkorbs berechnete Inflation niedriger als die reale ist.

Für den Juli dekretierte die Regierung für die öffentlichen Bediensteten eine Lohnerhöhung von 450 Colones (ca. 10 US-Dollar), während die Gewerkschaften 1500 Colones (ca. 33 Dollar) forderten. Für die Privatwirtschaft, wo Gewerkschaften Lohnerhöhungen um 25% verlangten, Unternehmer 6-8% "boten", wurde mit Hilfe des erwähnten Warenkorbs 12,6% empfohlen. Streiks bei der Ölgesellschaft RECOPE (staatlich) und der ebenfalls staatlichen Banco Nacional brachen schnell zusammen. Die Zeitschrift "aportes" machte drei Gründe für den schnellen Zusammenbruch gewerkschaftlichen Widerstands aus:

- die Gewerkschaften (vor allem die sog. "demokratischen", d. h. nicht-kommunistischen) sind von öffentlichen Bediensteten dominiert. Regierung und Massenmedien können erfolgreich gegen Streikbewegungen Stimmung machen, indem sie sie als den Kampf ohnehin Privilegierten auf Kosten der Massen darstellen,
- viele Gewerkschaftsführer sind der PLN verpflichtet und sitzen als Parteivertreter in wichtigen Gremien staatlicher Institutionen, was auf Interessenkonflikte hinausläuft.
- den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, Strategien zu entwickeln, die über Lohnforderungen hinausgehen. (aportes, no. 16)

Hinzugefügt werden muß, daß selbst Repräsentanten der sich selbst als "demokratisch" von der linken CUT abgrenzenden Gewerkschaften betonen, daß im Privatsektor das Recht auf gewerkschaftliche Organisation praktisch nicht existiert. Der Organisationsgrad ist dort daher relativ gering. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder beträgt ca. 135 000.

Bei neuen Lohnverhandlungen im November einigten sich Staat und Unternehmer (nach Forderungen von 25% und einem Angebot von 3%) auf Erhöhungen von ganzen 5%.

Zwischen Integration und eigenen Wegen

Mit den unterschiedlichen Organisations- und Widerstandsformen, die im Laufe des Jahres entwickelt wurden, hat sich umfassende Unzufriedenheit manifestiert; das Bild der konfliktfreien Idylle, in der bescheidener, aber gerecht verteilter Wohlstand herrscht, ist spätestens jetzt zerrissen.

Diese Massenbewegungen sind unabhängig von den Parteien entstanden, auch von den Parteien der Linken, die bei den Wahlen Anfang 1982 keine überzeugende Alternative anbieten konnten und

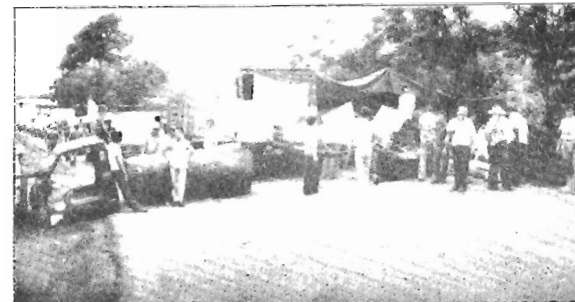
trotz der schon damals großen Unzufriedenheit sogar Stimmenverluste hinnehmen mußten. Typischerweise für das costaricanische Herrschaftssystem wurde versucht, sie durch eine Mischung von Zugeständnissen, Institutionalisierung und Repression zu integrieren. Eine Art von Institutionalisierung ist z. B. die Beteiligung der Wohnungsorganisationen am staatlichen Programm. Wie zweischneidig dieses Zugeständnis für die Organisationen ist, zeigt sich an der Vorzugsbehandlung gegenüber der von Repräsentanten der Regierungspartei geführten FDV. Die Zielrichtung ist offenbar: Die Mitglieder der anderen Organisationen richten ihre Hoffnungen jetzt auf Gleichbehandlung; es wird ein Spalt zwischen die Betroffenen getrieben.

Am erfolgreichsten widersetzte sich den Integrationsbemühungen offensichtlich der Protest gegen die Strompreiserhöhungen. Er war anscheinend zu keiner Zeit parteipolitisch dominiert und konnte auch über den von der Regierung als letztes Wort verkündeten Kompromiß hinweggehen. Neben dieser Unabhängigkeit war die Breite des Widerstands entscheidend: Die Betroffenheit war so allgemein, der Protest war so allgegenwärtig, daß sich neben unzähligen Gemeinden sogar 29 Abgeordnete solidarisierten, ohne die Bewegung kanalisieren zu können. Wie gesagt, muß die Einschränkung gelten, daß die konkreten Ergebnisse nicht beurteilt werden können; außerdem besteht die Gefahr, daß - ebenfalls ein beliebtes Verfahren - Zugeständnisse im Verlauf der institutionellen Behandlung der Abmachungen verwässert werden. Die Erfahrungen, die in vielen der lokalen Kampfkomitees mit der eigenen Stärke gemacht wurden, ist jedoch unabhängig davon von Bedeutung. Demokratie wird nicht mehr allein in einer "fiesta cívica" beim Wahlgang alle vier Jahre gesehen.

Abzuwarten bleibt, inwieweit diese Erfahrungen bei den Auseinandersetzungen in anderen Konfliktbereichen umgesetzt werden können und ob es gelingt, eine Verbindung der verschiedenen Kämpfe zu erreichen und letztlich ein alternatives gesellschaftliches Entwicklungsprojekt zu erarbeiten. Denn wie gesagt ist das Modell der Konsens- und Legitimationsbeschaffung durch materielle Zugeständnisse, auf die viele Kämpfe gerichtet sind, an seine Grenzen gelangt.

Neue Konflikte stehen jedenfalls bevor. Zur Abwechslung hat die Weltbank die Rolle des Internationalen Währungsfonds eingenommen und an die Vergabe eines Kredits Bedingungen geknüpft, die in dessen Tradition stehen, ja diese "vertiefen", indem sie z. B. nicht nur die Einschränkungen der Staatsausgaben fordern, sondern sogar sagen, wo gespart werden soll, z. B. beim Erziehungswesen. Auch Strompreiserhöhungen werden verlangt ...

Quellen: aportes 14/15 und 16, La Nación, La República, Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report



Straßenblockade

HONDURAS / EL SALVADOR

Keine Verlegung der Flüchtlinge!

In Honduras leben zur Zeit etwa 17 000 salvadorianische und 1000 guatemaltekeische Flüchtlinge unter der Betreuung des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees), Palais des Nations, CH - 1200 Genf.

10 000 salvadorianische Flüchtlinge befinden sich davon im Lager Mesa Grande, 6000 salvadorianische Flüchtlinge sind im Lager Colomocagua und 600 guatemaltekeische Flüchtlinge sind im Lager El Tesoro. Die Menschen in den Lagern sind es, die von einer Zwangsverlagerung bedroht sind. Akut ist die Gefahr vor allem für die Menschen von Colomocagua, weil dieses Lager direkt an der Grenze liegt. Im Augenblick werden Institutionen gesucht, die bereit sind, das Land zu kaufen, auf dem die Flüchtlinge angesiedelt werden sollen. Der Lutherische Weltbund ist u.a. im Gespräch und hat sich auch schon in Honduras umgeschaut. Einige Vertreter davon haben auch das Lager Mesa Grande besucht.

Eine Zwangsverlagerung über die Köpfe der Menschen in den Lagern hinweg wäre eine zutiefst undemokratische Maßnahme und würde für die Flüchtlinge eine größere Unsicherheit gegenüber dem hondurenischen Militär bedeuten. Alle Flüchtlinge lehnen eine Verlagerung ab! Trotzdem werden die Verlagerungspläne von einer Institution der Vereinten Nationen weiter betrieben, die eigentlich für die Flüchtlinge da sein sollte.

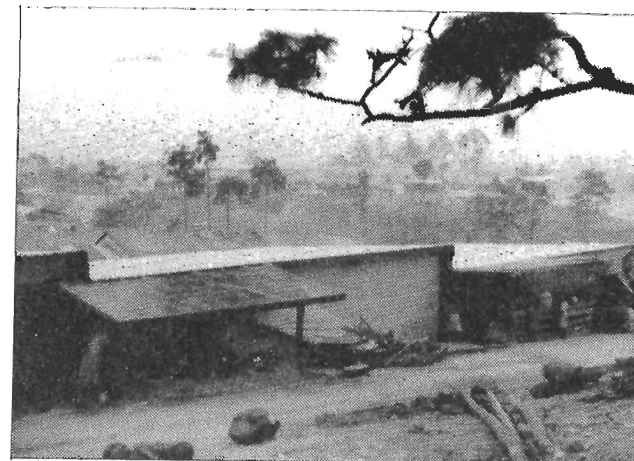
Wenn es zu einer Verlagerung kommt, dann kommt es auch zu Konflikten, die Menschenleben kosten. Außerdem wird der Klimawechsel bei einer Verlagerung von den Bergen in die tropischen Zonen von Yoro zusätzlich Menschenleben fordern.

Es ist auch zu befürchten, daß die Flüchtlinge im Innern von Honduras auf mehr Ablehnung stoßen werden, als bei den relativ verständnisvollen Bewohnern an der Grenze zu El Salvador. Aber auch hier verschlechtert sich das Klima zu den Flüchtlingen, was neuerliche Schmierereien an Häuserwänden von San Marcos, einem Ort 8 km von Mesa Grande, bestätigen: "Hondurener, verabscheue die kommunistischen Flüchtlinge!" oder "Salvadorianer, raus aus Honduras!"

Zur Situation in den Flüchtlingslagern Mesa Grande

Mesa Grande ist das Ergebnis einer Verlegung der Flüchtlinge von den Orten La Virtud und La Guarita zu Beginn des Jahres 1982. Die Flüchtlinge wollten damals keine Verlegung, aber unter der Zustimmung des Flüchtlingshochkommissariats wurde sie vom hondurenischen Militär schließlich durchgeführt.

Das Flüchtlingshochkommissariat versprach den Flüchtlingen bessere Lagerbedingungen und ausreichende Agrarstrukturen zur Selbstversorgung. Gleichzeitig übte das hondurenische Militär Repressalien gegen Flüchtlinge aus (Entführung, Ermordung, Auslieferung an El Salvador), sodaß auch ein weiteres Argument für die Verlegung gefunden wurde: das Flüchtlingshochkommissariat könne in unmittelbarer Grenznähe nicht die Sicherheit der Flüchtlinge garantieren.



Wer soll in den neu gebauten Häusern wohnen?

Die Flüchtlinge sind im folgenden in Transportern auf das 40 km entfernte Hochplateau Mesa Grande "verladen" worden. Einige haben den Transport nicht überlebt, viele sind einfach verschwunden. Insgesamt sind von über 8000 Flüchtlingen aus La Virtud und Guarita gut 6000 in Mesa Grande angekommen. Gleichzeitig sind Teile der hondurenischen Bevölkerung aus dem Grenzgebiet an unbekannte Orte geflohen. Leider gibt es über letzteres weder Untersuchungen noch Dokumente, es stützt sich auf Aussagen von Flüchtlingen und internationalen Helfern, die in der Region gearbeitet hatten.

Inzwischen ist durch neue Flüchtlinge die Anzahl in Mesa Grande auf etwa 10 000 angestiegen.

Hygienische Verhältnisse und Infrastruktur waren zunächst verheerend (vgl. Veröffentlichung Frenz, Greinacher, Junk, Päsche: El Salvador - Massaker im Namen der Freiheit, Reinbek 1982), ist aber dann im Laufe eines Jahres verbessert worden. Inzwischen ist aber das Flüchtlingshochkommissariat zu dem Schluß gekommen, daß die landwirtschaftlichen Gegebenheiten nicht zur Selbstversorgung ausreichen und beabsichtigt, die Flüchtlinge erneut umzusiedeln, weit nach Honduras hinein.

Es spricht nicht für das Flüchtlingshochkommissariat, daß es diese Prüfung nicht schon durchgeführt hatte, als es den Flüchtlingen 1982 ausreichendes Agrarland versprach, um sie zur Verlegung zu bewegen.

Colomocagua

Internationale Helfer und 6 000 salvadorianische Flüchtlinge leben im Lager Colomocagua, etwa 5 km von der salvadorianischen Grenze entfernt.

Die hondurenische Regierung, das Militär und das Flüchtlingshochkommissariat sprechen sich für eine schnelle bis sofortige Verlegung aus. Das Flüchtlingshochkommissariat argumentiert mit der unmittelbaren Nähe zur Grenze und wieder einmal mit den verbesserten Agrarmöglichkeiten im Inland, die Selbstversorgung ermöglichen soll.

Der Sicherheitsraum der Flüchtlinge ist in den letzten Monaten tatsächlich verletzt worden - in allen Lagern -. Dies liegt aber nicht an der unmittelbaren Grenz Nähe, sondern es handelt sich ausschließlich um Übergriffe, die von hondurensischen Sicherheitskräften durchgeführt wurden.

Eine ganz aktuelle Bedrohung ist vor kurzem bekannt geworden: Das hondurensische Militär hat dem Flüchtlingshochkommissariat eine Liste mit 64 Namen von Flüchtlingen übergeben. Die Militärs klagen die Flüchtlinge der "Subversion" an und kündigen an, sie des Landes zu verweisen. Die Liste umfaßt auch Personen, die tot sind, psychisch Kranke, Invaliden und von Flüchtlingen gewählte Koordinatoren. Die Gefahr der Angeklagten ist groß, weil Honduras die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat, d.h. das Militär kann jederzeit das Lager betreten, Flüchtlinge kontrollieren, internationale Mitarbeiter und Flüchtlinge entfernen. Damit werden die Flüchtlinge zu einem Spielball der Politik.

Das Flüchtlingshochkommissariat reagierte damit, daß es die Fälle einzeln zu untersuchen begann. Öffentlich zur Rede gestellt sagte es, die Unschuld der Flüchtlinge untersuchen zu wollen.

El Tesoro

Ähnlich verhält es sich mit dem Lager El Tesoro, in dem 600 guatemaltekeische Flüchtlinge leben. Hier fand im Juli 1983 ein massiver Übergriff von guatemaltekeischen Paramilitärs statt, die aber von offiziellen hondurensischen Militärs begleitet und geleitet wurden.

Die Position der Flüchtlinge

Die Flüchtlinge sprechen sich entschieden gegen eine Verlegung aus, die sie weiter nach Honduras hinein zwingt.



Die jungen Männer fehlen. Sie sind im Befreiungskampf von El Salvador.

Ihre Gründe sind verkürzt wiedergegeben:

- In den jetzigen Lagern gibt es eine Infrastruktur und gewachsene Sozialstrukturen.
- Die Flüchtlinge haben keinerlei Vertrauen in die Versprechungen des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen. Dabei ist ihnen auch noch das Beispiel von Mesa Grande vor Augen, bei dem das Flüchtlingshochkommissariat sie offensichtlich hintergangen hat.
- In ganz Honduras gibt es das Problem landloser und landenteigener Bauern gegen Großgrundbesitzer. Seit Jahrzehnten fordern Campesinos von offiziellen Stellen minimale Parzellen zur Ernährung ihrer Familien. Auch wenn die gleichen offiziellen Stellen ihre Ländereien gerne gegen teures, internationales Flüchtlingshilfsgeld verkaufen würden - die Flüchtlinge werden dann vor Ort gegen ihren Willen in diese Konflikte hineingeraten.
- Diese Konflikte werden noch verstärkt, weil zur Zeit des Krieges zwischen El Salvador und Honduras im Jahr 1969 eine regelrechte Pogromstimmung gegen Salvadorianer geschaffen wurde. Über 300 000 Salvadorianer wurden teils durch Gewaltakte der Bevölkerung gezwungen, Honduras zu verlassen. In Grenznähe stoßen die Flüchtlinge durch jahrelange Kontakte und familiäre Beziehungen weitgehend auf Verständnis und Solidarität unter den Hondurianern.

Im Landesinneren werden sie über Ländereien verfügen, die den einheimischen Campesinos vorenthalten werden und zusätzlich auf die alte Ablehnung gegen die "Fremdarbeiter" stoßen.

- Viele der Flüchtlinge sind Frauen, Kinder und alte Menschen. Wie sie allein den spürbaren Klimawechsel überstehen sollen ist noch nicht Gegenstand von Untersuchungen gewesen.
- Insgesamt fühlen sich die Flüchtlinge dem hondurensischen Militär und der zukünftigen hondurensischen Umwelt restlos ausgeliefert. Die Gefahr für die Flüchtlinge, daß mit ihnen gespielt wird oder sie sogar als Geisel mißbraucht werden, ist auch leider nicht ganz von der Hand zu weisen.



"Wir sind müde vom Gehen"

Frauen aus den Mütterkomitees melden sich zu Wort

"Wir als salvadorianische Mütter sind verzweifelt, seit wir wissen, daß die Vereinigten Staaten salvadorianische Truppen hier in Honduras ausbilden wollen. Wir fordern diese auf, die Repression und die Hilfe für das salvadorianische Militär zu beenden. Wir wollen den Frieden! Wir sind müde vom Gehen. Wir sind nicht einverstanden mit der Verlegung ins Innere von Honduras ... Ja zum Frieden! Nein zur Intervention!"

"Wenn man mir etwas von Verlegung erzählt, bin ich sehr bedrückt. In diesem Fall würde ich eher nach El Salvador zurückkehren, auch wenn ich dann dort sterben muß."

"Ich als Mutter fühle mich bedrückt. Aber indem ich auf Gott und die Muttergottes hoffe, vertraue ich darauf, daß uns die Völker der Welt helfen werden."

"Wir werden nicht aufhören, die Repression des Militärs anzuklagen. Aber wenn unser Leben hier (in Mesa Grande) nicht sicher ist, dann auch nicht weiter im Landesinnern!"



6-10 Personen wohnen in derartigen Zelten.

Liebe Brüder und Schwestern in aller Welt!

Im Namen der Flüchtlinge hier in Honduras grüßen wir Euch alle sehr herzlich. Wir hoffen, daß Gottes Gnade mit Euch allen ist.

Wir möchten Euch folgendes mitteilen:

Wir sind Flüchtlinge in der Republik Honduras. Wir mußten aus unserer Heimat einzig und allein deswegen fliehen, weil wir arm und verfolgt sind. Unser großes "Verbrechen" ist, daß wir Wohnungen, Nahrungsmittel und Bildung fordern. Außerdem möchten wir, daß man uns als Menschen und Personen Rechte einräumt. Weil wir Menschen sind, versuchen wir, unser Leben zu verteidigen. Die Bibel lehrt uns, daß Gott immer auf der Seite des Lebens und gegen den Tod ist.

Kurz nach unserer Flucht nach Honduras und unserer Einquartierung in Lager, kam das Gespräch auf die Verlagerung der Flüchtlinge nach Mesa Grande. Hier leben wir jetzt. Nach der Verlagerung ver-



Mesa Grande: Bau der Kirche

sprach man uns, daß wir nicht noch einmal an einen anderen Ort verlegt werden würden. Das vorgeschobene Argument, um unsere Verlagerung zu rechtfertigen, war damals, daß man an dem alten Ort unsere Sicherheit nicht mehr garantieren könnte. Dagegen sei in Mesa Grande unsere Sicherheit sehr wohl gewährleistet. Bei der Verlegung nach Mesa Grande mußten wir alle Früchte, unsere Arbeit und die aufgebaute Infrastruktur zurücklassen.

Jetzt kommt in Mesa Grande das Gespräch schon wieder auf eine erneute Verlegung noch weiter ins Landesinnere hinein. Wir aber wollen keine nochmalige Verlegung an keinen anderen Ort in Honduras.

Keine Verlegung aus folgenden Gründen:

- Wir glauben nicht länger an falsche Versprechungen.
- Die Hoffnung, wieder in unsere Heimat zurückkehren zu können, verringert sich durch eine Verlegung.
- Der Ort, an den wir verlegt werden sollen, ist in der Nähe eines der regionalen militärischen Ausbildungszentren. Es ist erst kürzlich eingerichtet worden. Dort werden Truppen des salvadorianischen Heeres ausgebildet. Und dieser Sachverhalt garantiert nun absolut nicht unsere Sicherheit.

Wir vermuten, daß die Verlegung in Übereinstimmung des salvadorianischen Heeres mit dem honduranischen Heer geplant ist. Und es gibt Gerüchte, nach denen wir auch nicht nach Olancho, sondern nach Yoro verlegt werden sollen.

Wir wiederholen noch einmal, daß wir keine Verlegung an einen anderen Ort wollen. Die Mächtigen behandeln uns nicht wie Menschen,



sondern wie leblose Dinge. In El Salvador wurden wir als Arbeitskräfte benutzt, ohne daß uns gleichzeitig irgendein Recht auf ein menschenwürdiges Leben zugestanden wurde. Als wir anfangen bessere Lebensbedingungen zu fordern, tötete man uns wie Tiere. Das gleiche passierte, als wir von El Salvador nach Honduras flohen. Und hier behandelt man uns weiter so als wären wir leblose Dinge.



Mesa Grande: Kirche nach der Fertigstellung.
(Die Plakate fordern zu mehr Pünktlichkeit auf.)

Man will uns entgegen unserem ausdrücklichen Willen verlagern. Das, was wir nicht verstehen ist, daß auch das Flüchtlingshochkommissariat der UN, das eigentlich die Aufgabe hat die Flüchtlinge zu schützen, schon seit einiger Zeit an den Planungen zur Verlegung gegen unseren Willen beteiligt ist.

Wir können nicht glauben das alle Staaten, die in den Vereinten Nationen zusammengeschlossen sind, mit dieser Politik einer ihrer Institutionen einverstanden ist.

Deswegen bitten wir Euch, unsere christlichen Brüder und Schwestern, daß Ihr für uns Eure Stimme erhebt. Wir bitten Euch gegen dieses neuerliche Verbrechen zu protestieren und die Vereinten Nationen aufzufordern, daß alle ihre Institutionen die Menschenrechte respektieren und sich nicht länger an der Repression gegenüber Flüchtlingen beteiligen.

Es gibt Gerüchte, das wir nicht nach Olancho sondern nach Yoro verlegt werden sollen. Wir wiederholen nachdrücklich, daß wir überhaupt keine Verlegung wollen, egal an welchen Ort.

Wir bitten Euch deswegen, daß Ihr gegen die Verlegung Protest erhebt und mit aller Kraft dagegen arbeitet, denn wir leben hier wie Gefangene und können nichts tun.

Mit brüderlichen Grüßen

alle salvadorianischen Flüchtlinge, die
in der Pastoral der kath. Kirche im
Flüchtlingslager Mesa Grande mitarbeiten

Aufruf an die Leser der LN

Betr.: Verlegung der Flüchtlinge in Honduras

Liebe Freunde,

wir wenden uns mit einem Dringlichkeitsschreiben an Euch, um Euch um Unterstützung für die salvadorianischen Flüchtlinge in Honduras zu bitten.

Um es vorneweg zu sagen, es handelt sich hierbei nicht um finanzielle Hilfeleistung, sondern um Euer persönliches und institutionelles Engagement für eine Menschengruppe, die —fast vergessen inmitten der militärischen Zuspitzung in der Region— in eine wachsende Drucksituation gerät.

Es ist geplant die Flüchtlingslager Colomocagua, Mesa Grande und El Tesoro, die zur Zeit im hondurensischen Hochland nahe der Grenze zu El Salvador liegen, ins Landesinnere von Honduras zu verlegen.

Diese Maßnahme geschieht völlig gegen den Willen der Flüchtlinge. Ihre berechtigten Befürchtungen und Kritiken werden von der sie verwaltenden Organisation leider nur sehr oberflächlich wahrgenommen.

Bis heute liegt die Verantwortung für die Flüchtlingsfrage einzig und allein beim Flüchtlingshochkommissariat der UN, eine Abteilung der Vereinten Nationen mit rein humanitärer Zielsetzung.

Dadurch bleibt ein großes Problem der Flüchtlinge unberücksichtigt: Die Frage ihrer Menschenrechte. Schon bis heute gibt es eine Liste von Verbrechen (wie Bedrohung, Entführung, Ermordung) von seiten des hondurensischen Militärs gegen Flüchtlinge und Helfer; Verbrechen die ungeahndet bleiben.

Alle diese Probleme werden sich bei einer Zwangsverlagerung ins Landesinnere von Honduras vergrößern (siehe: "Die Position der Flüchtlinge").

Zu unserer Bitte:

Die "Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V." ist der Überzeugung, daß dieses Flüchtlingsproblem in Honduras sofort in erweiterter Beobachtung und Untersuchung behandelt werden muß.

WIR ERSUCHEN EUCH DAHER, AN DEN WELTRAT DER KIRCHEN UND AN DIE VEREINTEN NATIONEN ZU SCHREIBEN. Fordert bitte mit uns, daß sowohl die Menschenrechts- wie auch die Minderheiten-Abteilung der Vereinten Nationen mit in diese Flüchtlingsfrage eingeschaltet werden, neben dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen.

Die Flüchtlingshilfe Mittelamerika fürchtet um die Rechte und um das Leben der Salvadorianer in Mesa Grande und Colomocagua. Sie formiert deshalb eine Schutzdelegation, die im Falle der Verlegung in Honduras sein wird, um den Flüchtlingen Beistand zu geben.

Bitte unterstützt die Flüchtlinge, indem Ihr Briefe an die erwähnten Institutionen schickt.

Mit freundlichen Grüßen

FLÜCHTLINGSHILFE
MITTELAMERIKA e.V.

Universitätsstr. 19
43 Essen 1

Der Urwald, der sich in Hamburger verwandelt

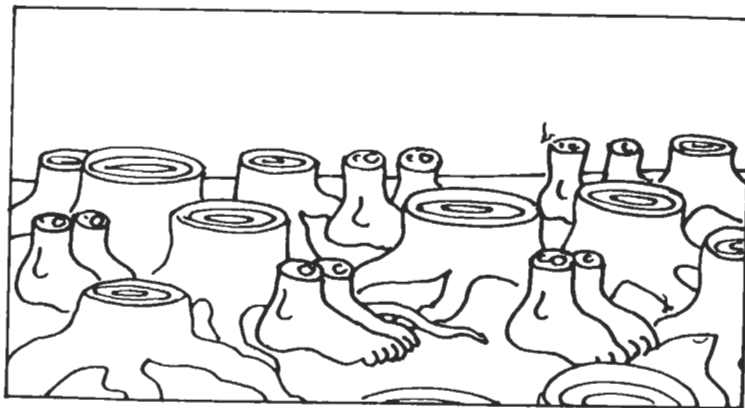
Umweltzerstörung und Ökologiediskussion in Mexiko

Verstädterung, Umweltvergiftung, Überschwemmungen, Smogalarm, Ausdehnung der Wüsten... einige Stichworte zur Umweltzerstörung in der 3. Welt. Nur sporadisch erreichen uns Nachrichten darüber. " Im Gegensatz zu dem, was wir zu denken gewohnt sind: die schwerwiegendsten Prozesse der Umweltzerstörung, die die Welt erleidet (Abholzung, Ausdehnung der Wüsten, Verlust der Energiereserven, Artenverarmung und Verseuchung), finden nicht in den Industriestaaten statt, noch weniger in seinen Ballungsräumen, sondern in den Ländern der 3. Welt und dort vor allem auf dem Land. " (Victor Toledo in NEXOS)

Abholzung und Bodenerosion

Wir machen uns Sorgen ums Weltklima, wenn wir erfahren, daß das Amazonasbecken erschlossen wird, daß die Axt gelegt wird an die "grüne Lunge" des Planeten. Weltweit werden die tropischen Regenwälder zunehmend zerstört. Wer verantwortet das? Wer hat was davon? Ist es der Holzklau der Armen zum Kochen und Heizen? Die wilde Besiedlung der Urwälder durch dieses stetig wachsende Heer von Hungerleidern? Zerstören sie die Urwälder und Dschungels beiderseits des Äquators? Wenn es so weitergeht, 40% der noch bestehenden Urwälder in Afrika, Asien und Lateinamerika bis zum Jahr 2000? Ja, auch das gibt es: Kleinbauern, die den Wald kolonisieren und dabei zerstören, weil sie das System der Brandrodung nicht beherrschen. Aber sie verursachen nur einen Bruchteil der Zerstörung.

Dahinter aber steht immer -direkt oder indirekt- das große Geschäft. Das machen Konzerne wie Nestlé im Bundesstaat Chiapas (Mexiko). Nestlé kontrolliert die extensiv betriebene Viehzucht der großen Farmen wie der Kleinbauern. Er versorgt sie mit allem, was sie brauchen: Futtermittel, Impfstoffe, Milchkannen und Milchwagen. Von ihm werden die Rohstoffe vermarktet: Die Milch, das Fleisch.



c pogrom

gezeichnet von Serr Buchegger

" Die Hamburger, die die Nordamerikaner verschlingen, haben ihrerseits Millionen Hektar der zentralamerikanischen Ökosysteme verschlungen, wo 40% der Urwälder für Weiden gerodet wurden, die Rinder nähren, die der US-amerikanische Fleischmarkt nachfragt. " (Toledo in NEXOS)

Diese Umwandlung des tropischen Regenwaldes geht auch in Mexiko in hohem Tempo vor sich:

TENDENZEN DER MAIS- UND DER VIEHPRODUKTION IN CHIAPAS¹⁾

	Maisanbau		Viehhaltung		
	Fläche in ha	% der Gesamt- fläche	Fläche in ha	% der Ge- samtfläche	Zahl der Tiere
1940	124 694	2,7	1 232 062	16,6	362 291
1976	408 500	5,5	3 661 720	49,0	2 953 000

Dabei ist längst bekannt, das der in Weideland verwandelte Urwaldboden der Tropen schnell verodet und versteppt und oft in wenigen Jahren jeder menschlichen Nutzung verloren ist.

" Englische Firmen ließen nicht einen Nadelbaum an der Atlantikküste Nicaraguas stehen; und zusammen mit nordamerikanischen und anderen europäischen Firmen holten sie einen Großteil der Edelhölzer aus den Dschungeln von Mexiko, den Philippinen und der malayischen Halbinsel... Von Lateinamerika ist zu berichten, daß dort Millionen Hektar gerodet wurden, wo die europäischen Metropolen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, Pflanzungen einrichteten für Kautschuk in Brasilien, für Kakao in Venezuela, für Zucker in der Karibik, für Bananen in Guatemala, für Baumwolle in El Salvador. " (Toledo in NEXOS)

So war es und so ist es heute noch: für die Verwertung des Kapitals (vor allem des internationalen) sterben die Wälder und veröden die Bodenstrukturen.

Abholzung ist eine Hauptursache der Erosion. In Mexiko sind von der irreversiblen Verödung des Bodens jährlich 100 000 ha betroffen; insgesamt 40 Millionen ha der Gesamtfläche von 197 Mio. ha bisher. In diesen durch Erosion verlorenen Gebieten tut sich biologisch weit weniger als in der Wüste.

Artenverarmung

Eine der wichtigsten "Errungenschaften" der modernen Landwirtschaft ist verbessertes Saatgut, Hybride genannt. Diese ergeben unter Standardbedingungen (Klima, Bodenstruktur, Zufügen der vorgeschriebenen Mengen von chemischem Dünger und Schädlingsbekämpfung) hohe Erträge. Die Samen dieser Ernte sind aber nicht fortpflanzungsfähig. Das bedeutet: der Bauer muß für jede Aussaat neues Saatgut einkaufen; und die ganze Chemie dazu. Biologisch gesehen heißt das: die Vielfalt der Sorten reduziert sich ungeheuer. Zudem verdrängen die flächendeckenden Monokulturen fast alle Arten des natürlichen Ökosystems. Im Bundesstaat Oaxaca sind z.B. über 1000 Sorten von Mais bekannt; sie verschwinden rapide, verdrängt von den Hybriden, die von den Saatgutfirmen unter Standardbedingungen gezüchtet werden.

Damit wird auch die immer neue Anpassung der Sorten an die jeweiligen Umweltbedingungen unterbrochen. Da nützt es auch wenig, daß auf sogenannten Gen-Banken wie etwa dem CIMMYT (dem internationalen Maisforschungszentrum in Mexiko) 13 000 Varietäten Mais eingelagert sind.

Die modernen Agrartechnologien, mit denen auch in den USA und Europa die Agroindustrien die Kleinproduzenten beherrschen, nehmen in Ländern wie Mexiko die Kleinbauern unbarmherzig in die Kredit- und Abnahmezange der Banken und Konzerne. Innerhalb kürzester Zeit nach der Umstellung von der traditionellen Anbauweise sind sie der Agrarpolitik des Kapitals vollkommen ausgeliefert. Dennoch - oder gerade deswegen wird diese Umstellung vom Agrarministerium massiv propagiert und gefördert.

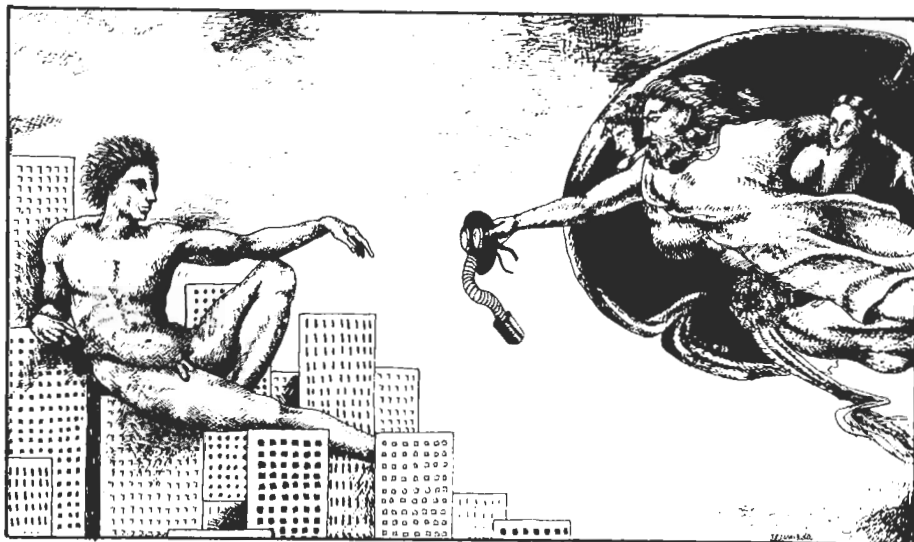
Dabei sind viele traditionelle Systeme mit ihren Mischkulturen in der Gesamtmenge des Ertrags pro Hektar kaum weniger erfolgreich. Auch auf guten, leicht bearbeitbaren Böden. Sie sind es aber immer, wo die Umweltbedingungen härter sind. Es gibt sogar zwei traditionelle mexikanische Anbausysteme, die weit ertragreicher sind als moderne Agrartechnologien auf gleichguten Böden. Das System der chinampas (der künstlichen Inseln der Azteken) und das System des marceño an den Ufern der Flüsse und Sümpfe in Tabasco. Beide nutzen den Schlamm zur Düngung und bewirken zudem keine ökologischen Schäden. " Diese Technologien sind ein Potential , das dringend schöpferisch zurückgewonnen werden muß." ¹⁾

Der Himmel verdüstert sich und die Wasser werden schwarz

Beim Anflug ist von Mexiko-Stadt nichts zu sehen. Nebel? Bei der Fahrt durch die größte Stadt der Welt herrscht Sichtweise unter 50 Meter. Dieser "Nebel" beißt mir in die Schleimhäute; die Augen tränen. Smog. In Berlin gabs deshalb in jenem Winter mehrmals Alarm. Würde man diese Maßstäbe anlegen, es gäbe hier Tag für Tag Smogalarm. Über zwei Millionen Autos, Zehntausende von Bussen, Taxis und Lastwagen verstopfen die Straßen, selbst wenn sie 16-spurig sind; ihre Auspuff-50% der Industrie des Landes konzentriert sich hier. Auf 2000 Meter Höhe, umgeben von hohen Vulkanen.

Über 20 Millionen Menschen sollen es sein, die in diesem Kessel unter diesen Bedingungen leben. Die Erkrankungen der Atemwege sind der Normalfall; wie die Erkrankungen des Magen/Darmtraktes. Denn das Wasser ist verseucht, das aus der Leitung kommt. Wenn es überhaupt kommt. Seit Anfang des Jahres (= Mitte der Trockenzeit) herrscht Wassernot in weiteren Teilen der Stadt. Zuerst und am schlimmsten in den Slums. Sie sind unterversorgt oder ganz ohne Wasser.

Anfang September, Regenzeit: Jeden Tag Überschwemmungen, von den Hängen gespülte Hütten, Erdrutsche, die ganze Siedlungen unter sich begraben; wieviele in den Wassermassen sterben, ist keine Nachricht wert. Ungehindert schießt das Wasser die Hänge herab, gräbt tiefe Schluchten, reißt die Erde von den Flanken der umliegenden Berge, weil es keine Wurzel gibt, die sie festhalten. Das Wasser drückt dann auch noch die Abwässer aus der Kanalisation hoch, las aguas negras (die schwarzen Wasser) treten über. Überall stinkt es danach.



Diese von Industrie- und Haushaltsabwässern vollkommen verseuchte Brühe ist in dem tiefer gelegenen Valle de Mesquital das einzig verfügbare fließende "Wasser"!

" Vor knapp 15 Jahren produzierten die Täler des Alto Lerma Gerste, Weizen, Erbsen und Mais. Jetzt sind seine Campesinos gefesselt an die Monokultur des Mais und Tausende Hektar, vollkommen ausgedürft, sind dazu verdammt, sich in eine Wüste zu verwandeln... Zwischen den Furchen sind Risse aufgebrochen, durch sie verschwindet das Regenwasser. Nicht ein Tropfen wird zurückgehalten. Die Brunnen, 4, 5 Meter tief, sind trocken. Die Feuchtigkeit, die einst in der Ackerkrume war, findet sich heute in 70 Meter Tiefe... Alle 1000 Meter, am Rande der Straßen, die die Dörfer verbinden, arbeiten die Motorpumpen der Stadt Mexiko. Sie laufen und pumpen. Holen Wasser hoch, Tag und Nacht. " (Gutiérrez in HERALDO)

" Die Landstriche, in denen sich 70% der Bevölkerung und 80% der industriellen Tätigkeit konzentrieren, verfügen nur über 15% der Wasservorräte des Landes." ²⁾ Und diese Reserven werden von Industrie und Haushalten der Ballungszentren zusätzlich verseucht.

So veröden rund um die Hauptstadt und andere Ballungszentren des Landes große Landstriche durch Abholzungen und Entzug des Grundwassers. Dazu kommt: nirgendwo in den Industriestaaten kann sich das Kapital so unbelastet von Kosten des Umweltschutzes verwerten, wie in den Fabriken der 3. Welt. Deshalb werden stark verseuchende Industrien in Länder wie Mexiko verlagert und produzieren dort ohne lästige Auflagen: Profite für die Multis und den schleichenden Tod für die dort Lebenden.

Der staatliche Erdölkonzern PEMEX agiert allerdings genauso, z.B. in Tabasco und Vera-Cruz, wo rund um die Erdölfelder, die Raffinerien und Städte Boden und Gewässer biologisch tot sind. Hysterisch und rücksichtslos wird hier der Devisenbringer Nr. 1 herausgesaugt, die Produktion täglich gesteigert. An Ixtoc, die Ölquelle, die den ganzen Golf von Mexiko verseucht hat, erinnert sich wohl noch jeder.

Naturerhaltung oder Ökoentwicklung?

Zwei Jahre nachdem die USA ihren ersten Naturpark einrichteten, zog Mexiko nach. Was es aber mit derlei Anstrengungen zur Erhaltung der Natur in Mexiko auf sich hat, lehrt die Geschichte. Eines hatten all die verschiedenen Kategorien von Naturreservaten gemeinsam: sie wurden den Kleinbauern und den Indio Gemeinden weggenommen, vom Staat enteignet. Deshalb konnte er später auch ungestört Konzessionen zur Abholzung vergeben und kassieren. Wichtiger noch: Solche Art der Konservierung der Natur in einigen Reservaten sind immer nur ein Alibi für die umso radikalere Vernichtung der natürlichen Ökosysteme rundum!

Eine wachsende Zahl staatlicher und unabhängiger Institute und Initiativen verfolgt inzwischen eine andere Politik. Sie suchen den Kompromiß zwischen dem wachsenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Naturressourcen und dem Gebot, die natürlichen Grundlagen dieser Produktion zu erhalten. Sie nennen das "ecodesarrollo" also Ökoentwicklung. Hier ein Modell wie es Victor Toledo mit den Bauern für eine Gemeinde in den Tropen entwickelt hat:



Es gibt solche Projekte, aber sie sind zarte Pflänzchen; die finanzielle und machtpolitische Absicherung ist gering. Der Hauptstrom der staatlich geförderten Entwicklung läuft in die Gegenrichtung: auf eine kapitalistisch dominierte Landwirtschaft hin. Es sei noch mal deutlich gesagt: Riesige Mengen Geldes (sofern sie nicht vorher in der Bürokratie versickern) fördern die radikal profitorientierte Ausbeutung von Menschen und Natur und nur wenig wird für die Reparatur, also Projekte, die heilen oder verhüten sollen, ausgegeben.

Der Frosch trinkt den Teich nicht aus, in dem er lebt

"Die Forstbeamten, die eine pflegliche Nutzung der Wälder kontrollieren sollen, werden oft unerklärlich reich, und zwar in dem Maße, in dem die Wälder -ebenfalls unerklärlich- verschwinden."

So auch in der Region des Patzcuaro-Sees in Michoacan, wo der Staat gegen den Willen der Gemeinden Konzessionen an große Konzerne vergibt. Die Forstgesetze schreiben vor, daß sowohl die Dorfgemeinschaft, der der Wald gehört, als auch der Staat Geld für die Nutzung bekommt, der Konzessionsnehmer darüberhinaus zur Wiederaufforstung verpflichtet ist. Keine dieser Bedingungen wird eingehalten - höchstens, daß manchmal der Staat ein bißchen Geld abkriegt, nicht nur einzelne Beamte.

Ein kleines Projekt des Landwirtschaftsministeriums verteilt dann Kiefernstöcklinge in den Indio Gemeinden, um die Schäden etwas einzudämmen (Erosion, Verarmung der Böden, Verlandung des Sees und Absacken des Grundwassers). Die Indios leisten die Wiederaufforstung als unbezahlte Arbeit. Aber sie haben es erreicht, daß die Konzessionen zurückgenommen wurden.

Die Triquis in Oaxaca haben das auch geschafft - aber der Preis war hoch: 500 Tote seit 1976 (sagen Solidaritätskomitees). Und zahllose Verschleppte, Verschwundene, Gefolterte. Sie mußten dabei nicht nur gegen die Papierfabrik kämpfen; auch gegen ihre eigenen Kaziken (lokalen Machthaber) und deren Anhänger, die von der Fabrik gekauft waren. Der Kampf der Triquis dauert an.

Sie wissen, warum sie kämpfen. Ich habe das mit eigenen Augen gesehen: Hitze, Dürre, die Luft flirrt und zittert im Tal. Ab und an ein Kaktus, verdorrt, grau, wie ein Skelett. Sonst sind die Hänge kahl. Am Talboden ein Bißchen Grün. Hier fließt ein Rinnsal, mehr nicht. Obwohl es Tag für Tag regnet, denn es ist Regenzeit. Das Nachbartal ist saftig grün, blühend, der Mais, die Bohnen stehen gut auf den kleinen Feldern an den Hängen. Hier ist die Erde ergiebig geblieben, weil die Berge von Wäldern bedeckt sind. Früher herrschten in beiden Tälern die gleichen Bedingungen.

Für die Bauern war nicht erst die Ökologiedebatte nötig, um sich darüber klar zu werden, wie wichtig es ist, sich die Natur, ihre Produktionsgrundlage zu erhalten. Sie haben eine lange Tradition im Verständnis der Natur. Besonders ungebrochen dort, wo sich die kapitalistische Produktion und ihre Profitorientierung noch nicht fest eingewurzelt haben. Vor allem etliche Indio Gemeinden sind da ziemlich resistent; bei ihnen hat die Gemeinschaftsproduktion eine jahrtausendealte Tradition. Bei ihnen sitzt der Respekt vor der Natur sehr tief, oft führen sie die Naturreligionen ihrer Vorfahren ungebrochen fort.

Die Ökologiedebatte in Mexiko

Ihre sozialen Träger sind kleine Teile der staatlichen Bürokratie und vorwiegend linke Intellektuelle. Die dritte Gruppe, ein Teil der Bauern also, artikuliert sich nicht öffentlich, dennoch ist ihr Einfluß beträchtlich, denn einige Wortführer konzentrierten sich auf die praktische Zusammenarbeit mit ihnen. Sie versuchen den bäuerlichen Widerstand gegen die kapitalistische Produktionsweise zu unterstützen (vgl. das Modell von Toledo). Dabei bauen sie auf dem Wissen und der Erfahrung der Dorfgemeinschaften auf und versuchen allenfalls deren Systeme zu erweitern und zu ergänzen (insbesondere die Erfahrung mit der Einbeziehung der Tierhaltung in den Produktionszyklus fehlt in vielen Regionen; schließlich waren es ja die Spanier erst, die Haustiere einführten).

Dabei sind diese Fachleute gezwungen, die Sozialstruktur und die Produktionsweise genauso zu berücksichtigen wie rein naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Sie müssen sich also auch mit der Stellung der Gemeinde zum nationalen und zum Weltmarkt befassen und damit mit der besonderen Dynamik eines abhängigen Kapitalismus.

Das verleiht der Debatte einen scharfen gesellschaftspolitischen, antikapitalistischen Ton. Der Horizont ist gegenüber der Ökologiedebatte in USA und Europa deutlich erweitert. Die Thesen und Themen der Debatte in den westlichen Industriestaaten zeigen deutliche Spuren -so meint z.B. Toledo- der Katastrophen- und Weltuntergangsvisionen von städtischen Mittelklassen. Sie sind ja in der Tat die Hauptträger der Bewegungen und ihre Ängste weisen eher in apokalyptische als antikapitalistische Richtung.

"Die Ausbeutung der Arbeiter und die Vergeudung der Natur -die einzigen Quellen, aus denen das Kapital seinen Reichtum schöpft- sind nicht anders als zwei Dimensionen ein und desselben Prozesses" (Toledo in NEXOS)

Die innerste Triebkraft der Zerstörung der Natur und der Lebensbedingungen der Menschen findet sich in der Profitgier des international operierenden Kapitals; die schlimmsten Auswüchse dieser Zerstörungswut für Mensch und Natur sind in den Ländern der 3. Welt zu finden.

Von dem im März nächsten Jahres in Tlaxcala (Mexiko) stattfindenden Ökologie-Kongreß sind also interessante Anregungen zu erwarten.

- 1) Victor Manuel Toledo
Julia Carabias
ECOLOGIA Y RECURSOS NATURALES
Hacia una política ecológica del PSUM
Mexico D.F. 1983 (darin Aufsätze von Toledo, Trueba)
- 2) José Trueba Davalos
ECOLOGIA PARA EL PUEBLO
Mexico D.F. 1980

Mexiko-Stadt: Die letzten Wälder werden geplündert

Im Artikel vorher haben wir die schonungslose Abholzung in Mexiko dargestellt. Und wir haben versucht zu zeigen, wer dahintersteckt und daß der Staat in der Regel diese Zerstörung begünstigt und fördert. Und daß sich Widerstand von unten regt, der manchmal dramatische Formen annimmt. Der folgende Artikel, den wir übersetzt haben, stellt einen eher alltäglichen Konflikt dar, der uns dennoch berichtenswert erscheint, weil er alle beteiligten Akteure ins Licht der Öffentlichkeit holt.

"Der Wald von los Dinamos wird von heimlichen Plünderern bald ganz gerodet sein; die Fauna und der einzige noch überlebende Fluß der Stadt werden sterben, wenn der Verantwortliche der Reforma Agraria nicht schleunigst in den Konflikt eingreift, den es um die Wahl der Gemeindevertreter gibt", behauptet eine Gruppe von Bürgern des Stadtbezirks Magdalena Contreras.

Sie betonen, daß mehr als 30 000 Kubikmeter Holz - vor zwei Jahren beschlagnahmt-unwiederbringlich verlorengehen; Waldschädlinge, vor allem der Bohrwurm verhinderten zusammen mit dem Weiden der Rinder und Schafe die natürliche Regeneration.

Diese Gruppe von Bürgern, angeführt von Gabriel Juárez Aguilar und Alejandro Serrano Garcia, dem Sekretär der CAM (= Bauernverband), und begleitet von drei Technikern der Forstdirektion des Landwirtschaftsministeriums, führte die Reichtümer vor, die durch die Ineffizienz des Agrarreform-Ministeriums in Gefahr sind.

Im Laufe der Begehung, die etwa fünf Stunden dauerte, brachten die Bürger vor, daß die Ausbeutung des Holzes nur einigen wenigen zugute komme, darunter Avelino Arriaga Sierra, der etwa 1000 Quadratmeter einzäunte, um dort Holz aufzustapeln. Andere erhielten nun seit fünf Jahren das Geld für die Konzession für Loreto y Pena Pobre (= großer Holzkonzern) und zwar Aurelio Velasco und Saúl Santana.

Sie sagten ferner, daß Mario Cabanas Becerril ebenfalls viel Geld für "die Erlaubnis, einen Teil des Wassers des Río Magdalena in Stadtviertel wie San Jerónimo und Fuentes de Pedregal umzuleiten", einstecke. Diese drei waren es auch, die 300 000 Pesos Entschädigung von der Firma Luz y Fuerza del Centro erhielten, als die drei Überlandmasten im Wald, nahe der Grenze zu Cuajimalpa, aufstellte.

Während der Besichtigung konnten wir zahlreiche Einzäunungen mit Stacheldraht sehen, z.B. am Cerro de la Palma und Barbechos; der unbarmherzige Einschlag hat zahlreiche Lichtungen in den Wald gerissen, was die Bestände an Hasen, Hirschen und Wildkatzen dezimiert.

Die Hütten vermehren sich stetig unter dem Vorwand, als Unterschlupf der Holzfäller zu dienen; ebenso die mit Kartoffeln, Mais und Mohrrüben bebauten Felder, sie verschlingen den Fichten- und Kiefernwald.

Der Besuch der Techniker des Landwirtschaftsministeriums diene dem Ziel, Aufschluß darüber zu erhalten, wie die eigentlichen Besitzer den Wald nutzen und schützen können, die einzige Lunge, die der Stadt bleibt, erklärte Gabriel Juárez. Das erste sei es, den Wald zu sanieren, später könne man an die Nutzung des Holzes und des Flusses denken; man könne es in ein Erholungsgebiet verwandeln.

Das Gebiet los Dinamos habe sich in ein begehrtes Objekt für Einheimische und Auswärtige verwandelt, wie die Invasion in den zweiten Dinamo, die sich bald auf den dritten ausdehnt, bewiese. Weder die Gemeindevertreter noch die der Reforma Agraria würden dem Einhalt gebieten. Gegenüber der Grundschule gebe es frisch-gebaute Häuser und Hütten aus Wellpappe die sich in Richtung Wald ausbreiten. Der Konflikt in der Gemeinde bestünde fort, so sagten sie, weil der Beauftragte der Reforma Agraria, Aurelio Garcia Sierra, keine ordentliche Mitgliederversammlung zur Wahl der Repräsentanten einberufen habe, obwohl der Beschluß bekannt sei, Rosendo Bautista Ramirez und Manuel Juárez Bautista nicht mehr anzuerkennen, die die Ämter jetzt innehaben.

In einem Schreiben an den Staatspräsidenten waren die Bürger um Gabriel Juárez genauer darauf eingegangen, daß die Juárez Bautista nur als provisorische Vertreter benannt worden seien, um die Durchführung des Präsidentenbeschlusses vom 7. 4. 1975 durchzusetzen, der 2293 ha an 1778 Gemeindemitglieder vergibt. Später, am 11.12.1981, also in dem Jahr, in dem der Beschluß durchgeführt wurde, hatten sie die Reforma Agraria um die Einberufung einer Versammlung gebeten, um den Kommissar für Gemeindebesitzungen und den Aufsichtsrat zu wählen. Die habe nie stattgefunden.

Das bestätigt sich in dem Schreiben Nr. 451572, das der Abteilungsleiter für Gemeindeangelegenheiten José Pérez Palma im April dieses Jahres an Humberto Serrano Pérez, Generalsekretär der CAM, schickte.

"Meine Abteilung hat keine Kenntnis von Wahlen zur Verwaltung der Gemeindebesitzungen von Magdalena Contreras. Bis heute haben wir keine Vertreter dieser Gemeinde registriert."

Vor ein paar Tagen, am 27. des Monats, schickte der jetzige Abteilungsleiter, Alfredo Gallegos Vega ein Mahnschreiben an Garcia Sierra, damit der eine "außerordentliche Vollversammlung einberufe, wenn es keine gesetzlichen Hindernisse gäbe", damit " Wahlen der internen Vertreter von Magdalena Contreras stattfinden können. Informationen bitte an mein Amt."

Die ganze Akte voll Mahnschreiben und Petitionen über Jahre hin brachten die Gemeindemitglieder zum Chef der Agrarreform-Behörde, um die sofortige Absetzung des Beauftragten und seines Sekretärs durchzusetzen und gleichzeitig die Untersuchung seines Privatvermögens.

Zusätzlich forderten sie die baldige Einberufung der Wahlversammlung und das Einschreiten gegen Manuel Juárez Bautista und Rosendo Bautista, gegen die bereits Akten mit dem Zeichen 24 - 78/82 bzw. 25 - 123/83 bei der Staatsanwaltschaft von Mexiko-Stadt eröffnet seien

(Matilde Perez Uribe in EL DIA vom 30. Sept. 1983)

Die internationale Verschuldung

Während im letzten Artikel versucht wurde, die konkreten Ausprägungen der mexikanischen Politik der letzten Jahrzehnte darzustellen, wird in diesem Teil eine Übertragung auf den internationalen Kontext vorgenommen. Einher geht damit zugleich die Analyse der mexikanischen Verschuldung bis zur Phase der Umschuldung (September 1982).

Der mexikanische Weg

Die extern bedingte Verschuldung muß intern bezahlt werden. Das heißt jedoch nicht, daß es nicht auch eine ganze Reihe von internen Ursachen der Verschuldung gibt.

Die Stetigkeit der herrschenden Klasse und die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wurden dabei immer durch ein schnelles wirtschaftliches Wachstum mit geringem Auslandseinfluß bestimmt. Über viele Jahrzehnte war es Mexiko gelungen, eine substantiell eigenständige Politik zu betreiben.

Als Hauptprobleme traten immer wieder die chronischen Kapitalmängel auf, wenn es um die Finanzierung des Wachstums ging. Die " Götter auf Zeit ", wie manche die mexikanischen Präsidenten auch nennen, sind zwar im Sinne des Vermächtnisses der Revolution formal legitimiert. Die eigentliche Legitimation aber ist letztlich die Summe der Erwartungen des Volkes, die es mit der eignen Politik zu erfüllen gilt.

Am Anfang jeder Präsidentschaft standen und steht auch weiterhin das Bemühen, deutliche politische Akzente zu setzen und durch ein möglichst schnelles Wirtschaftswachstum das System funktionsfähig zu halten. Die Rahmenbedingungen dafür waren aber jeweils sehr verschieden.

So brachte Lazaro Cárdenas (1934 - 1940) die nationale wirtschaftliche Entwicklung durch die Verstaatlichung der Ölindustrie, der Eisenbahnen und der Schaffung einer bundesstaatlichen Elektrizitätsgesellschaft voran. Die durch den zweiten Weltkrieg erzwungene Isolation Mexikos zwang den Staat, eine aktivere Rolle bei der industriellen Entwicklung zu spielen. Der größte Teil der öffentlichen Investitionen ging dabei in die Infrastruktur, die Schwerindustrie und die chemische Industrie.

Der Erfolg dieser Politik zeigte sich vor allem am hohen Selbstversorgungsgrad, von dem sich Mexiko in den siebziger Jahren wieder weit entfernt hat.

Die politischen Folgen der Verstaatlichungspolitik Lazaros wurden in den vierziger Jahren durch die starke Zurückhaltung ausländischer Investoren, die unter anderem auch kriegsbedingt war, deutlich. Der Rückgriff auf die eigene Notenpresse heizte schließlich die Inflation an und erzwang mehrere Abwertungen. Nachdem so in den fünfziger Jahren ein " Inflationäres Wachstum " geschaffen wurde, begann man noch vor Ende der fünfziger Jahre, eine Politik des " Stabilisierenden Wachstums " zu installieren. Diese Strategie wurde dann bis Anfang der siebziger Jahre eingehalten. An den beiden Säulen des " Stabilisierenden Wachstums ", dem öffentlichen Sektor einerseits und dem Privaten Sektor andererseits zeigten sich deutlich

die Diskrepanzen und Defizite der mexikanischen Politik. Dabei waren es weniger die politischen Ansätze, die zur " La Crisis " führten, als vielmehr die Rahmenbedingungen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. So gelang es dem mexikanischen Staat nicht, ein funktionierendes Steuersystem zu schaffen, daß die geringen Steuereinnahmen erhöht und für eine bessere Verteilung gesorgt hätte.

Das Auslandskapital hatte somit günstige Bedingungen. Die Regierung, die durch das offene Eingreifen in den Markt, wie z.B. durch den Protektionismus und dem langen Festhalten am Pesokurs, eher der eigenen nationalen Bourgeoisie ein gutes Klima bot, sah sich gezwungen, Verbesserungen in den sozialen und weniger profitablen Bereichen durch zusätzliche Gelder von den Banken zu erfüllen.

Diese auf schwachen Füßen stehende Politik der öffentlichen Verschuldung wurde unter Gustavo Diaz Ordaz (1964 - 1970) eingeleitet und setzte sich über Echeverría fort. Sie wurde erst mit dem Zusammenbruch im Spätsommer 1982 gestoppt. Von Anfang an hatte sich Mexiko dabei überwiegend aus privaten Quellen bedient, um weitgehend autonom über die Kapitalverwendung entscheiden zu können.

So erhielt Mexiko im Zeitraum von 1965 - 1970 aus öffentlichen Quellen (AID, Exim-Bank, Weltbankgruppe, Interamerikanische Entwicklungsbank etc.)

1,5 Mrd \$, von den Internationalen Banken dagegen 2,3 Mrd \$. Betrachtet man heute die Größenordnung der mexikanischen Verschuldung, dann wird deutlich, daß sich selbst bei einem jährlichen Zuwachs um 10% kaum die totale Verschuldung entwickeln kann. In diesem geringen Zahlungsbilanzdefizit spiegelt sich letztlich die Realität des kapitalistischen Systems wider, in welchem Überschuldländer wie die Bundesrepublik immer Defizitländer bedingen. Es kann somit keineswegs der mexikanischen Politik ausschließlich angelastet werden, daß ihre Erfolge immer von Defiziten sowohl finanzieller als auch struktureller Art begleitet waren.

Der Weg in die Krise.

Natürlich steckt gerade in diesem Mechanismus der Leistungsbilanzdefizite und Leistungsbilanzüberschüsse die Wurzel der weltweiten Verschuldung. Was Keynes in Bretton Woods schon vorgeahnt hatte, entwickelte sich schließlich in den 70 iger Jahren mit einer ungeheueren Dynamik, in deren Strudel zu allererst die Länder gerissen wurden, die am stärksten in den Handel und Kapitalverkehr der Industrieländer involviert waren.

Die Exportoffensive der Multinationalen Konzerne Ende der sechziger Jahre und die inflationäre Entwicklung des Dollars, bedingt durch die hohen finanziellen Aufwendungen der USA für den Vietnamkrieg hatten für den internationalen Handel und den Kapitalverkehr jene fatalen Folgen, die zum Verschuldungsdesaster führten.

Die Inflation des Dollars, der Zusammenbruch des Bretton - Woods Systems und die aggressive Politik der Multinationalen Konzerne rief schließlich die OPEC - Staaten auf den Plan. Ihrer Politik wird auch heute noch immer fälschlicherweise die internationale Verschuldung angelastet. Das Beispiel Mexiko (viertgrößter Erdölproduzent der Welt) zeigt, daß der Logik hier nachgeholfen wird.

Die offensive Politik Echeverrias wurde noch vor der Ölkrise installiert. Ihr Ziel war es, mehreren Übeln gleichzeitig beizukommen. Einmal sollten die Probleme der Vergangenheit, nämlich das Zahlungsbilanzdefizit und die Folgen von 30 Jahren Importsubstitutionspolitik behoben werden, und zum anderen sollte eine stärkere Anpassung des Binnenmarktes an die sich verändernden Strukturen und eine bessere Einkommensverteilung erreicht werden. Damit verbunden war eine massive Expansion der Regierung in viele Bereiche der Wirtschaft. So stieg allein die Zahl der staatseigenen Unter-

nehmen von 86 im Jahre 1970 auf 470 im Jahre 1976. Heute beherrschen die öffentlichen Unternehmen das Öl, die Stromgewinnung und Stromversorgung, den Stahl, die Petrochemie, das Bankwesen und die Transport- und Kommunikationseinrichtungen. (Siehe auch die Tabelle in LN Nr. 121 S. 70, z.B. Anstieg des wirtschaftlich aktiven Bevölkerungsteils im Bereich der Dienstleistungen.)

Die Schlüsselrolle bei der Finanzierung dieser Politik hatte die Nacional Financera ("Nafinsa") die 1934 gegründet wurde und die wichtigste Investitionsbank darstellt. Die Solidität der Bank und ihre großen Aktienanteile an den wichtigen Unternehmen (ausgenommen Landwirtschaft) und Beteiligungen in verschiedenen Schlüsselindustrien ließen die Nafinsa zu einem kreditwürdigen Umschlagplatz für internationale Kredite werden.

Und um den Multinationalen Konzernen nicht zu viel Spielraum zu geben, zog die Regierung es lieber vor, die eigene Industrie zu unterstützen. Damals kamen bereits zwei Drittel des Kapitals aus dem Ausland und der Großteil von den Banken.

Diese Form der indirekten Finanzierung durch das Ausland über die Nafinsa diente den Interessen Mexikos. Gemessen an den hohen Kapitalsummen war die Effizienz gering. Die Transaktionskosten, die von den Bestechungsgeldern über Kommissionen bis zu Sonderkonten reichen, reißen sich an die Fehlinvestitionen und sind so zusammen zu einem Schmiermittel im gesamten Mechanismus geworden, dessen Absorptionsgrad unbegrenzt ist. Auf diese Weise fand sowohl über die öffentliche als auch private Kreditvergabe und über die anschwellende Korruption eine Umverteilung zuungunsten der breiten Bevölkerung statt. Die Regierung Echeverría legte zwar Wert auf eine autonome Politik im Inneren, begab sich aber gleichzeitig in eine zunehmende Abhängigkeit externer Art, die sich nur scheinbar als Hilfe erwies, den die günstigen Kredite und Importe stellten sich sehr schnell als Danaergeschenk heraus.

Die Regierung Echeverría hatte sich vor der Sonnenseite des internationalen Kapitals und Handels blinden und bestechen lassen.

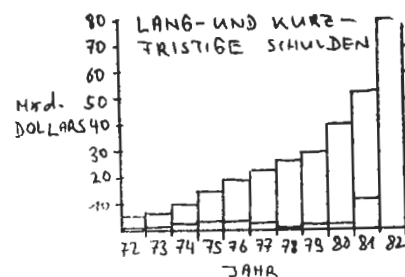
Der Internationalen Krise folgt die nationale Krise

Wie die Tabellen der LN Nr. 121 S. 68 zeigen, wiesen Anfang der siebziger Jahre die Ampeln für Mexiko bereits auf rot. Die Importe nahmen verstärkt zu, trotzdem sank das jährliche Wachstum des Bruttosozialprodukts. Das anwachsende Handelsbilanzdefizit wurde durch die steigende Inflationsrate noch zusätzlich belastet, und die Schulden begannen allmählich anzuwachsen. Während diese Entwicklungen noch als vorübergehend und hinnehmbar erschienen, kam es international durch die Ölkrise 1973/74 und die rezessiven Entwicklungen in den Industriestaaten zu einem grundlegenden Umschwung. Die Kosten dafür und für die sich in den Industrieländern in diesen Jahren vollzogene Anpassung wurden voll auf jene Länder abgewälzt, die sich gerade für die internationalen Märkte voll geöffnet hatten. Da in den Industrieländern zur Zeit der Ölkrise die Nachfrage nach Gütern und Kapital weit unter dem Angebot lag und eher stagnierte, baute man die Märkte in den Schwellenländern aus.

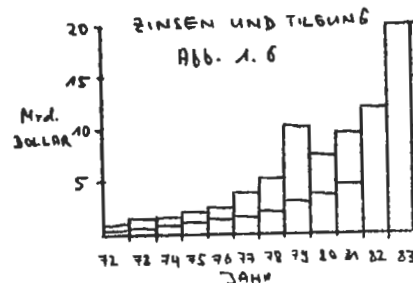
Die Rezession wurde exportiert, was nicht allzu schwierig war, da man, wie Mexiko zeigt, schon in den Jahren zuvor die Strukturen für den Export von Kapital und Gütern in die Entwicklungsländer geschaffen hatte. Das Vertrauen in den Kapitalismus erlitt bei den Eliten der Entwicklungsländer durch die Ölkrise keine Einbuße.

Die gegenläufigen Entwicklungen auf den Weltmärkten zwangen Echeverría, immer stärker in die Kassen zu greifen, um seinen propagierten Zielen näher zu kommen. Ähnlich erging es auch Lopez Portillo. Die niedrigen Zinsen, die jahrelang sogar unter der Inflationsrate lagen, und der überfließende Kapitalmarkt begünstigten die eingeschlagene Politik.

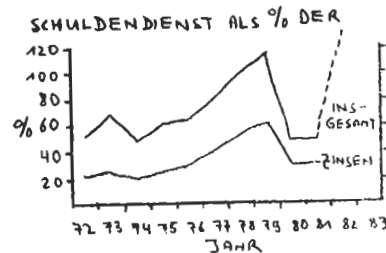
AUSSENVERSCHULDUNG MEXIKOS



AUSLANDSSCHULDENDIENST



AUSFUHREN



Der Glaube, die Kostensteigerungen bei den Importen durch das leicht erhältliche Kapital wettmachen zu können, erwies sich als fatal.

Den Industrieländern war es so gelungen, einen Großteil ihrer Kosten abzuwälzen und gleichzeitig einen Verwendungszweck für das bei ihnen nicht einsetzbare Kapital zu finden. Das billige Geld wurde so zum Köder um die Importinteressen wach zu halten. Die Industrieländer wandten auf diese Weise schnell ihre Rezession und schlitterten in eine steigende Inflation, die eine tragbare Belastung war. Nicht jedoch für die Konservativen und Monetaristen, die mit dem Inflationsstrom zunehmend stärkeren Einfluß in die Politik fanden.

Mit der Wende in den USA setzte auch die Politik des knappen Geldes ein. Die Zinsen stiegen zeitweise bis auf 20 % (siehe Diagramme nebenan). Wie schon in den Jahren zuvor ließen sich die Industrieländer nun auch die Inflationskosten von den Entwicklungsländern, insbesondere den Schwellenländern bezahlen. Der Druck auf Echeverría's Politik nahm gegen Ende seiner Amtszeit sowohl intern als auch extern zu. Weder er noch Lopez Portillo zogen die notwendigen Konsequenzen aus diesen Entwicklungen. Portillo setzte vielmehr, getragen vom "Ölrausch", die eingeschlagene Politik fort, da sie für ihn und für die Banken plötzlich wieder als bezahlbar erschien. Damit aber wurde nur die Abrechnung für eine pragmatische und kapitalgeile Politik um etliche Jahre hinausgezögert. Das sogenannte "mexikanische Wunder" wurde so zum Alptraum.

Die Säulen und Kurven in den Diagrammen hier und in der LN Nr. 121 zeigen, daß der rapide Anstieg der Ölexporte ab 1977, der Mexiko in den folgenden Jahren 40 Mrd \$ brachte, sich lediglich in der Handelsbilanz und im jährlichen Wachstum niederschlug. Das Absinken der kurzfristigen Schulden war dabei eine Folge der gestiegenen Liqui-

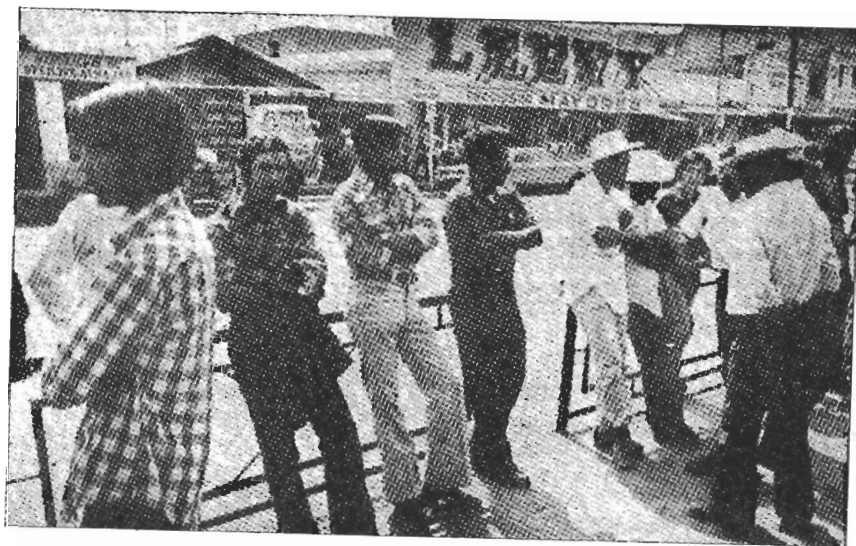
dität. Die Ölmilliarden hatten somit eine Politik am Leben erhalten, die keineswegs mehr autonom war und auch nicht den Interessen des Volkes diente. Es fehlte eine Politik, die das Land aus seiner Nachläufer- und Lasteselrolle herausgeführt hätte. Während sich eine Elite maßlos bereicherte, blieben dem Volk immer wieder die Kosten und Lasten.

So gesehen war das mexikanische Volk immer am "burden sharing" beteiligt, als es darum ging, die Kosten für den Vietnamkrieg zu begleichen (dieser hatte jene finanziellen Verwerfungen zur Folge, die die Opec-Länder zum Handeln zwang), insbesondere durch die Folgen der abgewälzten Ölkrise, als es darum ging, den Industrieländern bei der Finanzierung ihrer Anpassungskosten zu helfen (die Ölpreisbedingten Kosten der Industrieländer wurden ebenfalls abgewälzt), als es schließlich darum ging, die Folgen der Inflation der Industrieländer zu tragen (die Politik des knappen Geldes und die damit verbundenen Zinssteigerungen lassen das Kapital akkumulieren, welches die Industrieländer für ihren Weg in die kapitalintensiven Technologien des Postindustriellen Zeitalters benötigen).

Die Lasteselrolle Mexikos ergibt sich somit eindeutig aus den ungünstigen "Terms of Trade" und "Terms of Money". Die Tatsache, daß Mexiko noch immer keinen Wandel in seiner Politik vollzogen hat, bestätigt seine Nachläuferrolle. Mexiko muß sich weiter verschulden, um seine Schulden zahlen zu können. Mexiko muß sich weiter verschulden, um sein Außenhandelsdefizit begleichen zu können und Mexiko wird sich, falls kein Wandel erfolgt, weiterhin verschulden müssen, allein um das System am Laufen zu erhalten und um aus der Rezession herauszukommen.

Miguel de la Madrid - eine Wende oder wie heißt die Alternative?

Im nächsten und letzten Teil soll einerseits die Politik des derzeitigen Präsidenten untersucht werden und zum anderen soll eine mögliche alternative Politik in Mexiko zur Diskussion gestellt werden. Es sollen dabei auch die politischen Implikationen, die bisher weitgehend unbeachtet blieben, betrachtet werden. Die mexikanischen Interessen in Mittelamerika, das Öl als politischer Zündstoff, das Verhältnis USA - Mexiko, Mexiko ein Schrittmacher mit Herzschrittmacher?



SOLIDARITÄT

Arbeitsbrigaden nach Nicaragua — Waffen für El Salvador?

Mitte November wurde das Ersuchen der in Nicaragua regierenden sandinistischen Befreiungsbewegung FSLN bekannt, durch die Bildung internationaler Arbeitsbrigaden in den NATO-Staaten der drohenden US-Intervention eine politische Kampagne entgegenzusetzen. In der Folgezeit fand dieser Gedanke, durch öffentlichen Druck der außenpolitischen Isolation Nicaraguas entgegenzuwirken, breite Zustimmung. In der anlaufenden Kampagne kamen die ersten materiellen Hilfeleistungen. So stellte die Bonner Parlamentsfraktion der Grünen 30.000 DM zur Verfügung und das Berliner Netzwerk unterstützte die Ausrüstung der Gesundheitsbrigaden mit einem Darlehen in Höhe von 50.000 DM.

Während die organisatorischen Vorbereitungen auf Hochtouren laufen, befindet sich die Kampagne, was ihre politische Durchschlagskraft betrifft, noch in der Anfangsphase.

Auf dem Bundeskongreß der Nicaragua-Solidaritätskomitees in Berlin (26/27.11.83), der das eigentliche Startsignal der Kampagne gab, wurde der gemeinsam verabschiedete Aufruf "Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua" von einigen compañeros, insbesondere aus dem Berliner El Salvador-Komitee, kritisiert. Sie schlugen stattdessen vor, die Kampagne unter dem zentralen Aufruf "Waffen für El Salvador - Brigaden für Nicaragua" zu organisieren. Diese Position wurde von der Mehrheit der Delegierten aus den Nicaragua- und Mittelamerika-Komitees unzweideutig abgelehnt.

Am 1.12.83 erschien in der "taz" unter der Überschrift "Aufruf des El Salvador-Komitees" eben jener erwähnte "Waffen-Aufruf" sowie der Aufruf um die Gruppe einiger Berliner Hochschulangehöriger "Initiative für eine Kampagne Frieden für Nicaragua" und schließlich der - unter der bemerkenswerten Überschrift "Der Aufruf des (!) Nicaragua-Komitees" - von dem Bundeskongreß verabschiedeten Aufruf zu Diskussion. Dieser technische Coup eines irritierenden Nebeneinanderstellens anscheinend gleichwertiger Aufrufe soll im folgenden Anlaß zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Aufruf "Waffen für El Salvador" sein. Dieser Aufruf ist selbstverständlich keineswegs für die bisher mangelnde Breitenwirkung der Kampagne verantwortlich. Er reagiert u.E. jedoch unangemessen auf die Situation des Befreiungskampfes in El Salvador und ist nicht in der Lage, dem Verständnis der Solidaritätsarbeit hier neue Impulse zu geben. Von daher führt er zu einer Reihe von praktischen Konsequenzen, die einer Klärung über die Aufgaben und Ziele einer Internationalismusarbeit hier nicht weiterhelfen.

Ist der Sieg der Guerrilla eine Waffenfrage?

Mit der kontrollierten Öffnung zur Opposition versucht das ökonomisch schwer angeschlagene Nicaragua aus dem Räderwerk der Kriegswirtschaft auszubrechen und mit dem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Contadora-Gruppe den Interventionsdruck der Reagan-Administration abzufangen. Nicaragua, Mitglied im Weltsicherheitsrat, scheint durch die erpresserisch erzwungenen Maßnahmen tatsächlich eine gewisse Entspannung an der "Interventionfront" zu erreichen.

Um so mehr droht sich die Interventionsgefahr auf El Salvador zu verschieben. Dort läuft für die Reagan-Regierung einiges nicht nach Plan. Im Parlament z.B. blockiert die extreme Rechte die zweite Phase der "Agrarreform" und damit die Reformen, deren Erfüllung Reagan innenpolitisch vorweisen muß. Auch die neuen in Honduras von den USA trainierten Eliteeinheiten der Armee konnten das militärische Gleichgewicht nicht verändern (vgl. Inforpress Centroamericana v.24.11.83; Latin America Regional Report, Mexico und Central America v.28.10.83 und 2.12.83). Die Desertionen und die Zahl der Gefallenen auf Seiten der Armee stiegen in den letzten zwei Monaten sprunghaft an, die Kampfmoral geht weiter zurück. In dieser Situation wird ein gewisser Genral Jaime Abdul Gutiérrez als Putschist gehandelt...

Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich gefährlich verkürzt, das Augenmerk lediglich auf Nicaragua (und das zumal in sehr problematischer Weise) zu richten, wie es der Aufruf der Berliner "Initiative für eine Kampagne..." tut.

All dies sieht der Aufruf "Waffen für El Salvador" natürlich auch. Die Armee sei "moralisch besiegt und militärisch am Ende. Die FMLN hat in zwei Dritteln des Landes die Initiative des Krieges an sich gerissen," heißt es dort. Während aber die FMLN eine politische Lösung sucht, die Bundesregierung - ohne daß dies hier auf Widerstand stößt - wieder einen Botschafter nach El Salvador entsendet und mit 20 Millionen DM die Entwicklungshilfe wiederaufnimmt, während das US-Projekt "Wahlen" in El Salvador für das kommende Frühjahr terminiert ist und die FMLN z.B. im östlichen Anamoros eine komplette Kompanie der Armee festsetzt (135 Gefangene und 12 Tote), dabei zwar ihren bisher wichtigsten Sieg in dem dreijährigen Befreiungskampf erzielt (so ihre eigene Einschätzung), aber nicht zum ersten Mal eine reichhaltige Waffensammlung erbeutet (vgl. inforpress vom 24.11.83), glauben die Berliner *compañeros* mit ihrer Forderung nach (mehr) Waffen, die entscheidende Kampagne zur Unterstützung des Befreiungsprozesses in El Salvador zu organisieren.

Existieren diese profanen Realitäten nicht mehr, wenn die Guerilla erst mehr Waffen hat? Verlangt die Entscheidung der Bundesregierung nicht gerade von einem El Salvador-Solidaritätskomitee entschiedenen Widerstand, der politisch mehr zu vermitteln in der Lage ist als eine Waffenspende? Wäre es nicht produktiver, anlässlich des Wahlprojekts, das die US-Politik legitimieren soll, die FMLN als legitime Vertreterin der unteren Klassen politisch zu unterstützen, und sei es nur, indem man noch einmal versucht, ihre Anerkennung zu erzwingen? Existiert auch das Problem einer Aufstandsbewegung in den Städten nicht mehr, wenn die Guerilla erst mehr Waffen hat? Oder ist dies kein politisches Problem, sondern eher ein militärstrategisches? Werden die Städte dann notfalls auch ohne politische Aufstandsbewegung genommen?

Die taz vom 13.12.83 meldete, daß die FPL nunmehr auch ihren legendären Führer, Cayetano Carpio in den Mord an der FPL-Kommandantin Ana Maria - dem politische Differenzen zugrunde lagen - durch den FPL-Kommandanten Marcelo verwickelt sieht. Eine Politik, die die Lösung in der "Waffenkampagne" sieht, handelt unverantwortlich, indem sie den gesellschaftlichen Kräften hier einen Mythos aufbaut. Sie arbeitet an einem Verblendungszusammenhang: Waffen gleich Lösung der Probleme. Kommt es dann zu einigen weiteren "Aufdeckungen" ganz und gar unemanzipatorischer Prozesse in der Guerilla, kann auf die Desillusionierung und Demobilisierung der nur auf die "Waffenfrage" orientierten "Bündnispartner" oder "Unterstützer" nicht mehr politisch reagiert werden.

Eine solche "Militarisierung der Bewegung" enthebt die Akteure der Kritikmöglichkeiten und führt letztendlich zum politischen Opportunismus und damit zu dem Gegenteil der so gern betonten "Autonomie".

Zweifelsfrei war die Kampagne "Waffen für El Salvador" VOR DREI JAHREN ein bedeutsamer Schritt nach vorn. Bei vielen, das wurde oft betont, veränderte sie die Einstellung zu der leidigen Gewaltfrage positiv. Aber so sehr die Waffen immer letztendlich der Politik untergeordnet sein müssen, so wenig dürfen wir unsere Politik den Waffen unterordnen.

Aufruf

für eine Kampagne: "Frieden für Nicaragua - gegen eine Invasion der US-Regierung in Mittelamerika"

Während in der Bundesrepublik und in anderen NATO-Ländern der Protest der Friedensbewegung gegen die Raketenrüstung ein großes Ausmaß erreichte, verstärkte die US-Regierung ihren Druck auf mittelamerikanische Länder und führte die Invasion auf Grenada durch. Um dem Verlust der traditionellen Herrschaft und ihrer politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Mittelamerika entgegenzuwirken, setzt die Regierung Reagan zunehmend auf militärische Gewalt.

- In Guatemala wurden durch einen Putsch im Sommer '83 Militärs an die Macht gebracht, die nicht nur die Vernichtungsstrategie gegen die indianische Bevölkerung und jede Art der politischen Opposition fortführen, sondern auch die Pläne der US-Regierung zur Wiederbelebung eines mittelamerikanischen Militärpaktes (CONDECA) gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung von El Salvador zu verwirklichen bereit sind.

- In El Salvador erhalten die USA durch massive Militär- und Finanzunterstützung das von der Befreiungsbewegung FDR/FMLN politisch und militärisch besiegte Regime.

- Gleichzeitig wird Honduras durch die Anlage US-amerikanischer Militärstützpunkte und durch die Aufrüstung der honduranischen Armee zur Drehscheibe der militärischen Aktionen der US-Regierung in Mittelamerika ausgebaut: Z.Zt. befinden sich etwa 5000 US-Soldaten in Honduras, die dort seit über sechs Monaten "Übungen" mit der honduranischen Armee durchführen.

Die Regierung der USA bekämpft mit dieser Strategie revolutionäre Bewegungen, die Ursachen in der Ausbeutung und Verelendung eines großen Teils der Bevölkerung dieser Länder haben.

Die Invasion Grenadas hat erneut bewiesen, daß die US-Regierung dort, wo sie mit wirtschaftlichem und politischem Druck nicht weiterkommt und der schnelle militärische Sieg möglich erscheint, zu direkten militärischen Aktionen bereit ist. Die Bedrohung Nicaraguas hat sich durch diese Entwicklung extrem zugespitzt. Schon seit Jahren sieht sich das Volk Nicaraguas wirtschaftlichem Druck und Angriffen konterrevolutionärer Gruppierungen ausgesetzt, die offen von der Regierung der USA, namentlich ihrem Geheimdienst CIA, mit Waffen, Dollars und Militärberatern unterstützt werden. Diesem unerklärten Krieg sind seit Anfang dieses Jahres bereits mehr als 1000 Menschen zum Opfer gefallen. Durch Sabotageangriffe auf Produktionsanlagen, Verkehrswege und Treibstofflager sind allein in diesem Jahr Schäden in Höhe von mehr als 120 Millionen US-Dollar verursacht worden. Dadurch wird die Versorgung der Bevölkerung Nicaraguas mit lebensnotwendigen Gütern ernsthaft bedroht.

Das Volk Nicaraguas braucht dringend Frieden, um die erklärten Ziele seiner Revolution verwirklichen zu können.

Die Regierung Nicaraguas bemüht sich seit langem, militärische Konfrontationen zu vermeiden und hat gerade in letzter Zeit eine Reihe von einseitigen Vorleistungen erbracht, im Sinne der Friedensinitiative der sog. CONTADORA-Staaten.

Wir sind davon überzeugt, daß Einzelne, Gruppen und Organisationen, die sich bei uns für den Frieden einsetzen, auch einen wirkungsvollen Beitrag für die Erringung des Friedens in Mittelamerika leisten können.

Die Bundesrepublik ist der engste Verbündete der USA und als militärischer Eckpfeiler der NATO für die aggressive Politik der USA mitverantwortlich. Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen beschlossen, erneut einen Botschafter nach El Salvador zu entsenden. Während die "Entwicklungshilfe" für El Salvador gerade erheblich erhöht worden ist, kommt die Bundesregierung ihren Finanzverpflichtungen gegenüber Nicaragua, die sie bereits vor zwei Jahren eingegangen ist, nicht nach.

Vor diesem Hintergrund fühlen wir uns als Bürger der Bundesrepublik besonders verpflichtet, uns für den Frieden in Nicaragua einzusetzen. Wir rufen deshalb dazu auf, eine internationale Präsenz in Nicaragua zu bilden, die sich für den Frieden in dieser Region einsetzen soll. Wir wissen, daß eine Reihe von Gruppen in anderen NATO-Ländern, speziell den USA selbst, die Lage in Mittelamerika ähnlich beurteilen wie wir und an gemeinsamen Aktionen interessiert sind.

Die US-Regierung soll wissen, auf wen sie im Ernstfall schießen läßt: US-Amerikaner, Spanier, Deutsche, Holländer, Franzosen etc. Sie soll auch wissen, daß diese internationale Bewegung eine permanente Öffentlichkeit über ihre Aktionen in Mittelamerika herstellen wird.

Der Aufenthalt in Nicaragua kann in der Beteiligung an Arbeitsbrigaden und anderen Friedensaktionen bestehen. Ein erster wichtiger Schritt ist die Entsendung von Internationalen Arbeitsbrigaden für die Kaffeeernte im Dezember '83.

Damit möglichst viele Menschen aus vielen Ländern und verschiedenen Bereichen an Aktionen in Nicaragua teilnehmen können, muß der Aufenthalt in einer Art Rotationsprinzip über einen längeren Zeitraum erfolgen. Die Teilnehmer der Friedenskampagne sollen während ihres Aufenthaltes in Nicaragua symbolische Aktionen durchführen und in der Gemeinde- und Landesentwicklung mitwirken. Z.B. in der Ernte helfen, in der Landwirtschaft, in den Schulen, beim Bau von Kanalisationen, beim Wiederaufbau zerstörter Einrichtungen.

Wir rufen Menschen verschiedenen Alters, verschiedener sozialer Zusammenhänge und politischer Orientierungen auf - die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, Jugendverbände, kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen - sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Die verschiedenen Personen, Gruppen und Organisationen können ganz unterschiedliche Beiträge leisten: mit dem Einsatz der eigenen Person in Nicaragua, im vollen Bewußtsein des Risikos, das damit auf sich genommen werden muß; mit politischer und moralischer Unterstützung der Teilnehmer in der Öffentlichkeit ihrer Länder; mit materieller Unterstützung durch Geldspenden, technische Ausrüstung etc.; durch die Übernahme von Patenschaften (mancher verfügt über die notwendigen finanziellen Mittel, kann aber aus persönlichen Gründen nicht nach Nicaragua fahren - andere haben die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Nicaragua, aber nicht genügend Geld, um ihren Einsatz finanzieren zu können. Patenschaften können hier einen Ausgleich schaffen). Auf diese Weise kann die ganze Kampagne eine größere Öffentlichkeit erreichen.

Diese Kampagne bezieht sich auf ein Land, in dem militärische Überfälle an der Tagesordnung sind. Darum muß sich jeder, der nach Nicaragua geht darüber klar sein, daß der Aufenthalt dort mit einer Gefahr für sein Leben verbunden ist. Aus diesem Grunde hat die Entscheidung, ob jemand nach Nicaragua geht oder die Kampagne hier aktiv unterstützt einen sehr persönlichen Charakter.

Unsere Aktionen sind nicht militärisch und werden ohne Waffen durchgeführt. Es ist aber für uns selbstverständlich, daß die Völker Mittelamerikas die Formen ihres Kampfes um soziale Gerechtigkeit und Freiheit selbst bestimmen.

Wir glauben, daß in dieser Idee eine historische Chance liegt und daß

ihre rasche Verwirklichung der US-Regierung eine ganz andere Art von Widerstand entgegensetzen wird, als Reagan es bisher erwarten mag. Es ist für uns eine Herausforderung und eine Chance zugleich, qualitativ neue Formen der internationalen Solidarität zu entwickeln.

Wenn unsere Regierungen den Krieg fördern, laßt uns den Frieden erkämpfen. Die Gruppen, die nach Nicaragua gehen, werden unterstützt von den Vielen, die in ihren Heimatländern ihren Widerstand ausdrücken gegen alle, die die Kriegspolitik der Regierung der USA in Mittelamerika mitbetreiben oder tolerieren und die von der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung profitieren.

Dieser Aufruf wurde erarbeitet von:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin
Berliner Initiative "Frieden für Nicaragua"
Werner Lüttkenhorst, Informationsbüro Nicaragua e.V.
Anja Kuhr, Hamburg
Günter Hopfenmüller, Hamburg
Bert Reuter, Berlin

Die Kampagne muß, soll sie erfolgreich sein, von einem breiten Spektrum im In- und Ausland getragen werden. Spezifische Gruppen- und Parteiinteressen müssen zugunsten einer gemeinsamen Aktion zurücktreten. Die Geschichte hat gezeigt, daß Dominanz- und Profilierungstreben für die internationale Solidarität tödlich sein können. In diesem Sinne sind alle Leser aufgefordert, schnell zu prüfen, ob sie diese Kampagne mit ihrer Unterschrift und mit praktischer Unterstützung tragen wollen.

Kontaktadresse: Kampagne "Frieden für Nicaragua - Gegen eine Invasion der US-Regierung in Mittelamerika"
c/o FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ZEITSCHRIFTENSCHAU

EPN - ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN Nr. 11/83

c/o CON, Westerdeich 38
2800 Bremen

BILDUNG - DAS NEUE ABC DER DRITTEN WELT: Mexico, Brasilien, Indien, Benin / Süd-Süd-Kooperation in Westafrika / Fairer Sport mit Apartheid ist nicht möglich / GRENADA: Um eine Hoffnung ärmer? AFGHANISTAN: "Wir haben viel gelernt" / ZENTRALAMERIKA: Ist Frieden möglich? Die Contadora sucht eine lateinamerikanische Lösung / CHILE: Kei demokratischer Prozeß mit Pinochet / Chiles Christdemokraten auf dem Weg zum Dialog mit der Diktatur / KENIA: Freiheit mit gesenktem Kopf: der Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o / Spielwiese für Verlagsriesen: Der Buchmarkt Kenias.

EL PARCIAL Nr. 11

c/o D. Hermes, Kielortallee 4
2000 Hamburg 13

LA INTERNACIONAL SOCIALISTA EN CENTROAMERICA - Pressedokumentation zu den Aktivitäten der Sozialistischen Internationale in Mittelamerika (fast ausschließlich in spanischer Sprache)

LATEINAMERIKA ANDERS Nr. 22/83

c/o IGLA, Münzwardeingasse 2
A - 1061 Wien

MULTIS IN LATEINAMERIKA: Multis: Macht oder Mythos? / Multinationale Konzerne in Lateinamerika Ausbeutung per Gesetz: Technologietransfer und Recht / FARMER SHELL frißt Campesinos: Multis in der Landwirtschaft / Tödlicher Kreislauf: Chemie-Multis und das Pestizid-Geschäft / Moderne Vampire Sterben für die Arbeit / Elektronik-Multis in Lateinamerika / CHILE: Für einen eigenständigen Weg zum Sozialismus / MEXICO: Der 2. Oktober wird nicht vergessen! / KOLUMBIEN: Belisarios Friede und die Todesschwadronen.

POGROM Nr. 102/103

Postfach 2024, 3400 Göttingen

Nachrichten aus der Vierten Welt / Albaner in Jugoslawien / Arabischsprachige orthodoxe Christen in der Türkei / Äthiopische Flüchtlinge aus Djibouti / Zwangsrepatriierung von Flüchtlingen / Die Falaschas: Äthiopiens schwarze Juden / Koreanische Minderheit in Japan / Indianer und Inuit in Kanada: Tiefflugübungen der deutschen Luftwaffe in Labrador - Indianer in Südamerika: Besetzung der FUNAI in Brasilien / Kongreß des südamerikanischen Indianerrats - Asyl in der BRD: Kurden, Tamilen.

REZENSIONEN

"America - Bilder einer Via Misera", von Enrique Bostelmann



"Wieviel Vorgebung von Kraft, wieviel ungenutzte intellektuelle Fähigkeit", bemerkt Carlos Fuentes angesichts der Menschen in den Bildern des mexikanischen Fotografen Enrique Bostelmann. Sein 1968/69 im "campesinado" und in den Provinznestern Mexikos und Guatemalas entstandener Bilband - eben im Berliner Verlag Das Arsenal erschienen - spiegelt die fast zeitlosen, archaischen Lebensbedingungen der überwiegend indianischen Bauern Zentralamerikas wieder. In der Mehrzahl seiner über 150 Fotografien ist es ihm gelungen, einen düsteren, kontrastreichen Realismus zu schaffen, der weder aufgesetztes, revolutionäres Pathos noch erbarmendes Mitleid zu erwecken sucht. Daß es ihm darüberhinaus gelingt, aus den erstarrten Verhältnissen, die Kraft zur Veränderung aufblitzen zu lassen, macht den Reiz und die Bedeutung dieser "Fotos vom Rand einer amerikanischen Kultur", wie es im Untertitel heißt aus.

Waffenexport

Das Geschäft mit der Aufrüstung der Dritten Welt

von Behrendt, Möller, Walter

Loseblattsammlung. Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit
Hrsg.: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V.

Das 15te Heft der Materialsammlung für Unterricht und Bildungsarbeit ist erschienen, diesmal mit dem Thema: Waffenexport. Das Geschäft mit der Aufrüstung der Dritten Welt.

Es ist den Autoren gelungen, reichhaltiges Material zur ökonomischen Dimension und den sozialen Auswirkungen des Rüstungsgeschäftes sowohl in der BRD als auch in den Entwicklungsländern zusammenzustellen.

Es werden fünf Schwerpunkte behandelt:

- A) die Auswirkungen der Rüstungsexporte in den Entwicklungsländern
- B) den Anteil der BRD daran
- C) wirtschaftliche Folgen der Rüstungspolitik in der BRD
- D) Alternativen zur Rüstungsproduktion
- E) Korrekturmöglichkeiten, sprich: Eingriffe in die Rüstungsindustrie.

Auf ca. 60 Seiten wechseln sich Kurzberichte, Basisdaten, Briefe, Zeitungsartikel, Dokumente, Schaubilder, Tabellen, Karikaturen, Fotos und Landkarten ab. Da die Autoren anscheinend den Anspruch auf Vollständigkeit hatten, sind die Seiten auf Kosten einer Übersichtlichkeit vollgestopft mit verschiedenen Artikeln, Schaubildern etc.

Ist den Autoren die inhaltliche Gliederung gelungen, so läßt das Heft doch Mängel bei der formalen Strukturierung erkennen. So sind in der Einleitung verschiedene Blöcke offensichtlich beim Setzen vertauscht worden. Eine Durchnummerierung aller Inhaltssequenzen wird nicht durchgehalten, mal werden Zahlen vertauscht, dann fehlt eine.

Abgesehen von diesen äußeren Mängeln sind die Herausgeber ihrem Anspruch, Unterrichtsmaterial zu erstellen, in keinster Weise nachgekommen.

- 1) Es fehlt jeglicher didaktische Hinweis zur Handhabung im Unterricht.
- 2) Das intellektuelle Niveau des zusammengestellten Materials ist bestenfalls in der gymnasialen Oberstufe oder in der Erwachsenenbildung einsetzbar. Für den Einsatz in die Sek I muß der Lehrer das vorgelegte Material erst auf das Schülerniveau heruntertransformieren, bevor er es einsetzen kann. Also kann von Unterrichtsmaterial in dieser Loseblattsammlung nicht die Rede sein.
- 3) Für den Unterricht wertvolle Schaubilder, Fotos, Karikaturen und Landkarten erscheinen hier eher als Untermauerung für den Leser. Sie sind auf ein solches Format herunterfotokopiert, daß Texte nicht mehr lesbar sind, geschweige denn als Anschauungsmaterial für die Schüler vervielfältigt werden können.

Hier ist eine materialreiche Dokumentation eines uns alle betreffenden Problems erstellt worden - und daß das Geschäft mit der Rüstung uns alle betrifft, wird jedem Leser spätestens beim Durcharbeiten dieses Materials deutlich - doch leider haben die Herausgeber ihr Kind falsch getauft. Es ist offensichtlich, daß die Autoren mit der heutigen Schulwirklichkeit nicht vertraut sind.

Eine Materialzusammenstellung, die sich der didaktischen Probleme nicht stellt, kann eine Handreichung für Teamer in der Erwachsenenbildung sein, sollte aber nicht als Material für den Unterricht, wie es der Titel verspricht, verkauft werden.

Folgender Brief wurde uns zur Veröffentlichung zugesandt. Wir drucken ihn ab, weil wir meinen, daß unsere Leser zu Genüge Anlaß und Gelegenheit zu ähnlichen Aktionen haben:

An den Präsidenten der
Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Ronald Reagan
White House
Washington D.C.
USA

Berlin, 22. 10. 1983

Sehr geehrter Herr Präsident,
wir haben uns heute versammelt, um den 36. Geburtstag unserer Freundin Kirsten zu feiern.

Als Bürger dieser Stadt, die dem Volk der USA z.B. wegen der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime viel zu verdanken hat, teilen wir Ihnen mit, daß wir beschämt und betroffen sind von Ihrer und der Haltung Ihrer Regierung gegenüber dem Volk von Nicaragua. 1978 hat sich die nicaraguanische Bevölkerung unter schweren Verlusten von ihrem Diktator Somoza befreit. Viel wurde seitdem erreicht: Nahrung, Bildung und Gesundheit für alle. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, der Boden an die verteilt, die in der Vergangenheit durch das Plantagensystem ausgebeutet wurden. Durch das neue Gesundheitssystem sank die Kindersterblichkeit um 30%, die Malaria um 60%. Anstatt Nicaragua zu unterstützen, versuchen Sie und Ihre Regierung den Wiederaufbau über wirtschaftlichen Boykott und militärische Bedrohung zu verhindern. Mit der Hilfe, die die Regierung der USA bewaffneten Gruppen leistet, die gezielt Terror und Mord gegen das neue Nicaragua ausüben, werden Sie persönlich mitschuldig am Tod unzähliger Menschen. Auch ein Bürger unserer Stadt, der Arzt Dr. Albrecht Pflaum, wurde Opfer dieses Terrors.

Mit Ihrer Wirtschaftspolitik bewirken Sie genau das, was Sie beweisen wollen. Wenn die USA die Wirtschaftsbeziehungen zu Nicaragua einfrieren, brauchen Sie sich nicht zu wundern, daß Nicaragua seine Produkte an die Länder - also auch an die Sowjetunion - verkauft, die die Waren abnehmen wollen.

Wir empfinden für Ihre Politik tiefe Verachtung und haben deshalb bei unserer Geburtstagsfeier eine kleine Sammlung zur Unterstützung der Menschen in Nicaragua gemacht. Das Geld wird zum Betrieb eines Krankenhauses verwendet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Goldberg

50 Jahre Partido Aprista
Peruano (PAP) 1930-80.

Eine sozio-ökonomische Analyse
zur Erklärung der Politik Perus.

1983. IX, 660 S. DM 57,-.
ISBN 3-88156-256-7.

Da die systematische und theoretische Untersuchung populistischer Bewegungen und Herrschaftsformen in Lateinamerika noch nicht weit fortgeschritten ist, soll die vorliegende Arbeit am Beispiel der peruanischen "Alianza Popular Revolucionaria Americana" (APRA) hierzu einen Beitrag leisten.

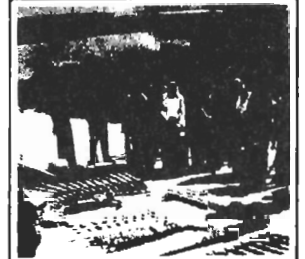
Die Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile: Der erste Teil befaßt sich mit der politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklung Perus seit dem Beginn dieses Jahrhunderts, der zweite Teil vor allem mit den ideologischen und programmatischen Konzepten der APRA bzw. von Haya de la Torre.

Erhältlich für DM 57,- incl. Porto und Verpackung bei

Bernd Goldberg
Am Mühlengraben 24
3180 Wolfsburg 1

Dritte Welt 
im Unterricht,
in der Bildungsarbeit
und ... in der Freizeit

NEUERSCHEINUNG



Waffenexport

Preis pro Nummer: 5,- DM bzw.
8,- DM + Porto
Abonnement für 6 Nummern einschließl. aktueller Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern: 30,- DM,
Nr. 13 folgende: 38,- DM

Bestellungen an:
GEB, Sandstr. 15, 7800 Freiburg

Mit Columbus und seinem Ei...

begann die Eroberung Lateinamerikas und das Elend seiner Urbevölkerung - bis in unsere Zeit. In Nicaragua tun heute Volk und Regierung viel für Selbstbestimmung und Selbstversorgung. Z. B. Förderung der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Wir unterstützen eine von Frauen selbstverwaltete Hühnerfarm im Dorf Rio Grande. Mit der Produktion von Eiern wollen die Frauen etwas gegen die gefährliche Eiweißlücke in der Ernährung der Kinder tun. Helfen Sie uns, damit wir helfen können.



Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
1000 Berlin 61, Friedrichstr. 236,
Konto-Nr. 1600 220 800, Bank für Gemeinwirtschaft
Berlin, Kennwort: Ländliche Entwicklung
Lateinamerika, Kenn-Nr.: 9820.

Schreiben Sie uns. Wir senden Ihnen gerne Informationen über unsere Arbeit.

DRITTE WELT

Schwerpunkt* bei URBS ET REGIO



Thema dieses Buches sind die räumlichen und sozialen Konsequenzen einer auf Kapitalverwertung orientierten Entwicklung Lateinamerikas. Im Mittelpunkt stehen die praktischen Lösungsversuche sozialer Bewegungen in weltmarktabhängigen Staaten sowie die Anstrengungen einiger Länder, einen selbstbestimmten Entwicklungsweg zu beschreiten.

- Die Autoren/Innen analysieren in sieben Beiträgen:
- Stadt und Land im historischen Kontext
 - Binnenwanderungsbewegungen
 - Marginale Lebensbereiche in den Städten
 - Selbsthilfeprogramme
 - Wohnungsbaupolitik und Wohnungskämpfe
 - Bevölkerungsbeteiligung bei Wohnungsbeschaffung und -gesetzgebung
 - Versuche zur Aufhebung des Stadt - Land Gegensatzes

**FÜR
KURZENTSCHLOSSENE
ZUM
SUBSKRIPTIONSPREIS
VON DM 17,-**

**Einsendeschluß:
1. Februar 1984**

WIE KOMMEN SIE ZU DIESEM BUCH?

1. Ihre lokale Buchhandlung besorgt Ihnen den Band.
(zum regulären Preis von DM 26,-)
2. Sie bestellen direkt beim Verlag:
(bis 1. 2. 1984 zum Subskriptionspreis von DM 17,-)

Urbs et Regio
Gesamthochschulbibliothek
Mönchebergstraße 19
3600 Kassel

Versand umgehend mit beiliegender Rechnung

Das Gesamtverzeichnis der Schriftenreihe gibt's kostenlos beim Verlag.

- * Zu Lateinamerika ist erschienen:
Klein, E., BOLIVIEN: ROHSTOFFEXPORT UND POLITISCH-ÖKONOMISCHE BINNENENTWICKLUNG (1982 - 1982)
Urbs et Regio Band 14/1979, 402 Seiten,
Preis: DM 26,-
- * Wichtige Aspekte zur lateinamerikanischen Stadtentwicklung finden Sie auch bei:
Eichler, G., PROBLEME DER VERSTÄDTERUNG IN DER DRITTEN WELT, (Seiten 280 - 278) und
Jönck, V., VERSTÄDTERUNG, MIGRATION UND RAUMPLANUNG IN PERU, (Seiten 277 - 321)
in:
Jönck, P., Schulze-Göebel, H.-J., Wenzel, H.-J. (Hrsg.),
STADT UND GESELLSCHAFT, SOZIOÖKONOMISCHE ASPEKTE DER STADTENTWICKLUNG
Urbs et Regio Band 13/1978, 486 Seiten, Preis 26,-
URBS ET REGIO bringt außerdem Beiträge zu
AFRIKA UND CHINA: Informationen im Gesamtverzeichnis.

RADIO FARABUNDO MARTI del FMLN

Analyse der wirtschaftlichen politischen und militärischen Entwicklung in El Salvador

Eine Analyse, die die wichtigsten Entwicklungen in und um El Salvador monatlich überschaubar zusammenfaßt.

Bestellungen:

AG Radio Farabundo Marti
c/o Internationalismus Buchladen
Postfach 30 03
3000 Hannover 1

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN -VERTRIEB-

SONDERANGEBOTE

Argentinien-Paket: (Paket 1)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Lebend wurden sie verschleppt - lebend wollen wir sie zurück (Dokumentation zur Repression in Argentinien und den deutsch-argentinischen Beziehungen)

1983 91 Seiten
zusammen statt DM 13,50 DM 10,- (incl. Porto)

Atom-Paket: (Paket 2)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft 1980 159 Seiten

zusammen statt DM 14,50 DM 10,- (incl. Porto)

Kirchen-Paket: (Paket 3)

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit (Dokumente und Aufsätze über Basiskirche in der Dritten Welt und in Europa) 1980 140 Seiten

Kirche in Lateinamerika 1979 208 Seiten

zusammen statt DM 17,- DM 12,- (incl. Porto)

Grosses Paket: (Paket 4)

Der Griff nach der Bombe - das deutsch-argentinische Atomgeschäft 1981 145 Seiten

Das deutsch/brasilianische Bombengeschäft 1980 159 Seiten

Zeichen der Hoffnung und Gerechtigkeit 1980 140 Seiten

Kirche in Lateinamerika 1979 208 Seiten

Chile - der Mut zu Überleben 1978 40 Seiten

Bolivien - ein Volk in Widerstand 1981 192 Seiten

Chile - der Wille zu Überleben (Serie mit 12 Postkarten von Stoffbildern aus Elendsvierteln in Santiago)

zusammen statt DM 50,- nur DM 30,- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 9 (Paket 5)
LN 95 - LN 105 (Juli 1981 - Juli 1982)

zusammen statt DM 35,- DM 25,- (incl. Porto)

Lateinamerika-Nachrichten Jahrgang 10 (Paket 6)
LN 106 - LN 116 (September 1982 - Juni 1983)

zusammen statt DM 40,- DM 30,- (incl. Porto)

Das Sonderangebot gilt bis zum 31. 1. 1984, jedoch nur solange der Vorrat reicht. Lieferung nur gegen Vorauszahlung. Bestellungen bitte auf nebenstehenden Bestellabschnitt unter Beifügung eines Verrechnungsschecks einsenden an:

LN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

ausschneiden und einsenden an:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

() Ich bestelle ein Geschenkabon 1984 für

Name

Straße

PLZ Ort

() Ich bestelle Paket

Einen Verrechnungsscheck über DM
habe ich beigelegt.

Name

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift